

**Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse
in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945
und ihre Position im öffentlichen Raum**

Franz Mannhart

Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der
Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und ihre Position
im öffentlichen Raum.

Versuch einer Standortbestimmung und Wertung.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilian-Universität zu München

vorgelegt von

F r a n z M a n n h a r t , Bad Godesberg

1957



Referent: Professor Dr. Karl d'Ester

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1957

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S.	1
I. <u>Die Entwicklung der deutschen Presse nach 1945</u>		
a) Der erste Abschnitt von 1945 - 1949: Die 'Goldene-Käfig-Periode'	S.	6
b) 1949: Der Startschuss in die Pressefreiheit	S.	12
c) Zusammenfassende Würdigung	S.	16
II. <u>Struktur und Bild der deutschen Tagespresse der Gegenwart</u>		
a) Die Position der 'Zeitung' in der Gesamtheit der periodischen Druckschriften	S.	19
b) Die Typen und Richtungsgruppen in der Tagespresse der Bundesrepublik	S.	22
c) Die 'unabhängige Zeitung'	S.	31
d) Die Anpassung der Parteipresse	S.	41
e) Der Strukturwandel der deutschen Presse	S.	45
f) Haben wir eine gesunde Presse?	S.	50
g) Die repräsentativen Organe	S.	57
h) Die 'journalistische Qualität'	S.	62
III. <u>Die Presse im Spannungsfeld der Öffentlichkeit</u>		
a) 'Pressefreiheit' kann nur relativ verstanden werden (Relativität der Pressefreiheit)	S.	64
b) Das Verhältnis von Staat und Presse	S.	79
c) Die Bedeutung der Zeitung im öffentlichen Leben - heute	S.	89
IV. <u>Die deutsche Presse in der Perspektive des Auslands</u> .	S.	101
V. <u>Ausblick</u>	S.	114
Anhang I:		
Die Tagespresse der Bundesrepublik im Lichte der Statistik	S.	126
Anhang II:		
Übersicht über die grössten Tageszeitungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom Januar 1958	S.	142
Literaturverzeichnis	S.	146



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung

Eine Zeit, deren Charakter in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bestimmt ist von der 'emanzipierten Masse', von Meinung und Haltung der großen Zahl, ist der fruchtbarste Nährboden des Zeitungswesens. - Es ist in den Grundzügen seiner heutigen Gestalt als Kind einer extensiven Periode, die ihren Schwerpunkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte, geboren und bis zur Gegenwart zu einer gewaltigen Macht herangewachsen, zu einem millionengliedrigen Organ geworden, das als wesentlicher Faktor aus dem Volksleben und Staatswesen nicht mehr fortzudenken ist.

Die klassische Lehre vom demokratischen Staatswesen postuliert die Dreiteilung der Staatsmacht in Legislative, Exekutive und Justiz. Ist neben (besser: hinter) sie nicht faktisch die 'Presse' getreten, die ohne öffentlichen Auftrag doch öffentlich wirkt und auf alle drei Bereiche der Staatsführung ihren Einfluß ausübt?

Ihre nicht bis ins letzte erfaßbare Macht und Wirkungskraft durch jenen millionenfältigen Nachrichten- und Gedankenaustausch mit Hilfe des gedruckten Wortes ist eine gegebene Größe in jedem Staat, besonders in jedem demokratischen Staat.

Trotz des Vordringens von Rundfunk und Fernsehen und trotz ihrer großen Bedeutung als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung ist die Presse und da wiederum die Zeitung nach wie vor umfassendstes und wirksamstes Organ der Öffentlichkeit, Inbegriff aller Publizität. Jaspers charakterisiert den Tatbestand umfassend in dem Satz:

"Ohne Presse kann diese Welt nicht leben!" (1*)

Die nachfolgende Darstellung untersucht die Strukturwandlungen der deutschen Presse im Raume der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, die ihren Ausgangspunkt in der einmaligen historischen Situation des völligen staatlichen Zusammenbruchs des

(1*) Jaspers, K.: Die geistige Situation der Zeit (1931),
6. Auflage, Berlin 1947, S. 111

Deutschen Reiches hatten. Aufgezeigt werden sollen vor allem die Entwicklungen, Tendenzen und Tatsachen, die zu jenem eigenartigen Mosaikbild der deutschen Presse von heute führen, in welche - nachdem die ehemaligen Besatzungsmächte versucht hatten, in fast synthetischer Weise eine 'neue' Presse zu kreieren, die in keinerlei traditionellem Konnex zur deutschen Vergangenheit stand - Erscheinungen, Kräfte und Gedanken der Zeit nach 1945 zusammen mit jenen, die aus der deutschen Zeitungstradition stammen und die mit der Normalisierung der Verhältnisse immer stärker publizistisch wirksam wurden, eingeordnet sind, nebeneinanderstehen, ja zum Teil sich ineinander verschmolzen haben.

Auf der Darstellung dieser Presse-Entwicklung aufbauend will diese Arbeit die deutsche Tagespresse in ihren gegenwärtigen staatspolitischen, wirtschaftlichen und publizistischen Zusammenhängen und Aspekten zeigen und unternimmt den Versuch, ihre tatsächliche Position im Gemeinwesen zu bestimmen. Die entscheidenden Fragen, die sich angesichts dieses Faktors im Volks- und Staatslebens, dieser imposanten Macht stellen, die sich einer festen Einordnung zu entziehen scheint, werden hier aufgeworfen und einer wissenschaftlichen Analyse unterzogen. Es werden diejenigen Kräfte dargestellt, die in der Presse, mit der Presse und durch die Presse wirken.

In diesem Gesamtüberblick über die deutsche Tagespresse, der die Problematik der modernen Presse im demokratischen Staat aufreißt (wenn er auch speziell von den deutschen Verhältnissen ausgeht), wird auch der Versuch gemacht, Entwicklungsmöglichkeiten, -wahrscheinlichkeiten und Notwendigkeiten der Presse, besonders in ihrem Verhältnis zum Staat und zu den gesellschaftlichen Kräften herauszuarbeiten. - So liegt diese Arbeit in ihrer Thematik am Schnittpunkt zwischen Zeitungswissenschaft, Geschichte und Soziologie.

Wenn es auch schwierig sein dürfte, Erscheinungen, die zeitlich noch naheliegen, wissenschaftlich zu erfassen, und die

Forschung sich noch gewisse Beschränkungen in Bezug auf die letzte Gültigkeit der Ergebnisse und die Abrundung des wieder-gegebenen Themas auferlegen muß bzw. zwangsläufig auferlegt bekommt, so glaube ich doch, daß die Gestaltung dieses Themas in der von mir vorgenommenen Weise einen wichtigen Teilausschnitt des gesamten Problems der Stellung und Aufgabe der Presse innerhalb der Gesellschaft in einer Art erschließen könnte, die einem später Forschenden nur sehr schwer möglich sein dürfte, da ihm wohl kaum der Einblick in das Problem in dieser Vielfalt und Intimität und der Zugang zu dem entsprechenden Quellenmaterial gegeben wäre, wie dies bei mir tatsächlich der Fall war (wesentlich bedingt durch meine jahrelange Arbeit auf diesem Feld im Rahmen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung).

Vielleicht kann diese Darstellung auch konstruktiv in die Zeit und in die Praxis hineinwirken; gerade als zweckfreie Analyse mit ihrer Aufhellung verborgener und vielschichtiger Tatbestände könnte sie einen wesentlichen Beitrag leisten, um zu einer sachlichen und objektiven Beurteilung der Probleme auf dem publizistischen Sektor und besonders auf dem Gebiet der Pressepolitik zu kommen.

Es wäre ein besonderer Wunsch des Verfassers, daß diese Arbeit, die sich neben der notwendigen Darstellung statistischer Fakten vorwiegend um die Klärung und Interpretierung der Zusammenhänge bemüht, mithelfen könnte, der Presse jenen Platz in der deutschen Demokratie zu sichern, den sie braucht, um positiv wirken zu können, und den die Demokratie braucht, damit sie auch tatsächlich die humanste und beste aller Regierungsformen sein und ohne Hemmungen und Hemmnisse funktionieren kann. Denn ohne das Wirken der 'freien Presse' kann echte Demokratie im modernen Massen-Staat nicht funktionsfähig, überhaupt nicht sein. Die Presse bildet das Nervensystem des modernen demokratischen Staates, eine Blockierung der Freizügigkeit

der Presse würde das sein, was die Nervenlähmung für den Körper ist, ein Krankheitszustand, der schließlich über kurz oder lang zur Krise führen müßte.

In dieser Arbeit wird der Umkreis deutlich gemacht, in dem die Zeitung arbeitet und in den sie ausstrahlt und der wiederum auf sie wirkt.

Die Tagespresse ist in ihrer Struktur eingehend untersucht worden; sie ist für den Leser nicht mehr länger das undurchsichtig wirkende Phänomen, dessen Macht man irgendwie ahnt und widerstrebend fühlt und hinnimmt, von dessen Gesetzen, Abhängigkeiten und Wirkungsweise man jedoch nichts weiß. - Bereits vor dem ersten Weltkrieg weist Brunnhuber in seinem Buch "Das moderne Zeitungswesen" auf diesen Übelstand der mangelnden Vertrautheit weiter Volksschichten mit den Arbeits- und Wirkungsgesetzen der Presse hin. Er schreibt wörtlich:

"Unter den Schwierigkeiten, mit denen die Entwicklung unseres Pressewesens zu kämpfen hat, steht die fast absolute Unbekanntheit selbst der gebildeten Kreise mit der Art und den Gesetzen der Zeitungsarbeit obenan. Diese Unbekanntheit erschwert natürlich die Würdigung dieser Arbeit ungemein und ist eine der Wurzeln jener Animosität gegen die Presse, die sowohl in der Verwaltung und Rechtsprechung sich geltend macht, nicht zum Ruhm und nicht zum Heil unseres Volkes, denn man bessert die Presse nicht mehr durch Maßregelungen und Repressionen." (2*)

Dieses Zitat könnte nur in dem Sinne ergänzt werden, daß selbst viele 'Fachkreise' in den Berufen, die im öffentlichen Leben wirken, und auch große Teile der aktiven politischen Kräfte irrige Auffassungen über die Presse hegen und oft kaum konkrete Vorstellungen von dem Rahmen haben, der für eine Pressepolitik im demokratischen Staat gegeben ist.

Ich habe in dieser Abhandlung als Mittel zur konkreten Erschließung verschiedener Fragen in einzelnen Abschnitten die Ergebnisse der Querschnittumfragen demoskopischer Institute herangezogen. - Diese Arbeitsmethode hat sich - obwohl sich an sie vielfach die Verdächtigung des Unseriösen geheftet hat,

(2*) Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907, Sammlung Göschen, S. 144

wie an alles, was nicht jedem Zugriff offen steht - nach Jahren großer Erfahrung und nachdem Befragungsmaterial von vielen Hunderten von Umfragen vorhanden ist, als ein solides Instrument und ein sicherer Maßstab für die Bewertung der Vorgänge in der öffentlichen Meinungsbildung erwiesen.

Wenn es auch nicht möglich war, manches abschließend zu fixieren und zu beurteilen, wenn einzelne Problemkreise nur abgetastet werden konnten und es besonders bei diesem Thema schwierig ist, eine abschließende Deutung zu versuchen, und vielfach eine klare Fixierung des Standpunktes in einzelnen Teilfragen zugunsten einer bestimmten Tendenz unmöglich war (ohne daß man das Gebot wissenschaftlichen Objektivitätsstrebens verletzt hätte), so hoffe ich doch, daß diese aus intimer Vertrautheit mit der Materie entstandene Arbeit eine solide Unterlage für die wissenschaftliche Forschung der Zukunft bieten kann. Einen guten Baustein für diese Forschung zu liefern, das war mein erstes Bestreben.

Franz Mannhart

Die Entwicklung der deutschen Presse nach 1945

a) Der erste Abschnitt von 1945 - 1949: Die 'Goldene-Käfig-Periode'
Wenn man die deutsche Presse im politischen Geschehen der Gegenwart erkennen, ihren Standort, ihre Stellung und ihre Bedeutung fixieren will, dann ist das nur möglich, wenn wir die Struktur dieser Presse erforschen und offenlegen und das Gesamtbild aus den einzelnen Steinen und Steinchen - gleich einem Mosaik - zusammensetzen.

Relativ schwach ist die innere Verbindung der deutschen Presse der Gegenwart zur Vergangenheit der Presseentwicklung in Deutschland - im Gegensatz z.B. zur englischen Presse, die in einem kontinuierlichen Wachstum ihr heutiges Bild und ihre heutige Breitenwirkung und Größenordnung gewann. Mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Frühjahr 1945 schien eine jahrhundertelange deutsche Pressetradition ihr Ende gefunden zu haben. Am vierten Tage nach dem Waffenstillstand, am 12. Mai 1945, erließen die Alliierten Militärregierungen die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1, welche die Herausgabe einer Zeitung von einer Lizenz abhängig machte. (1) - Waren bereits während des Krieges die deutschen Zeitungen auf eine ganz geringe Zahl des früheren Bestandes zusammengeschmolzen, so mußten nun auch die letzten der alten Blätter ihr Erscheinen offiziell einstellen.

Die alliierten Besatzungsmächte griffen beim geplanten Neuaufbau einer deutschen Presse bewußt nicht auf die Tradition der Vergangenheit zurück, sondern hatten die Absicht, im 'Jahre 0' zu beginnen, die Presse vom Grunde her neu zu gestalten. So entstand aus den Retorten der vier Besatzungsmächte die sogenannte 'Lizenzpresse', die wiederum in sich nicht einheitlich in ihrer Grundlage war, sondern in den einzelnen Besatzungszonen weitgehend dem Presseleben, den Zeitungsstrukturen und den politischen Grundlagen und Absichten jedes der Deutschland besetzt haltenden Länder angepaßt wurde.

(1) Die drei westlichen Alliierten gehen mit ihren Gesetzen und Verordnungen, die das Pressewesen in den westlichen Besatzungszonen betrafen, auf das Gesetz Nr. 191 vom 24.11.1944 zurück, das dann später von den vier Besatzungsmächten durch die Nachrichten-Kontrollvorschrift Nr. 1 noch einmal gemeinsam fixiert wurde.

Besonders starke Elemente eines formaldemokratischen Idealbildes waren im Lizenzierungssystem der amerikanischen Besatzungsmacht sichtbar, die in ihrer Besatzungszone vorwiegend 'überparteiliche' Zeitungen lizenzierte, d.h. "dem Lizenzträger als Einzelperson oder in der Gemeinschaft mehrerer Personen wurde die überparteiliche Haltung zur Pflicht gemacht. So handelte es sich durchweg in der US-Zone um Zeitungen mit mehreren Lizenzträgern verschiedener Parteirichtungen, getrennt nach Chefredakteur-Lizenzträger und Verleger-Lizenzträger" (2). Dr. G. Bitter setzt sich in seinem Buch "Zur Typologie des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland" in eingehenden Ausführungen mit diesem "neuen Zeitungstyp" auseinander und zeigt dabei sehr plastisch Vorteile und Gefahren dieses Zeitungstyps in der öffentlichen Meinungsbildung auf. (3) - Jedoch dürfte es nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen, wenn Bitter feststellt, daß die Grundkonzeption der überparteilichen Presse in der US-Zone den Presseverhältnissen Amerikas entsprechen würde. Der größere Teil der amerikanischen Presse ist zwar 'unabhängig', aber das hindert die Blätter nicht, für die eine oder andere Partei (z.B. in den Wahlkämpfen) entschieden Stellung zu beziehen und zu werben (und das widerspricht der ursprünglichen Besatzungsauffassung von der 'überparteilichen' Zeitung). Die Überparteilichkeit in den meisten amerikanischen Blättern beschränkt sich auf eine tatsächlich weitgehende Objektivität in den Nachrichtenspalten.

Im Gegensatz zur Methodik der Presseneugründungen in der US-Zone stand die Auffassung der britischen Besatzungsmacht, die in ihrer Zone im Norden und Nordwesten Deutschlands überwiegend 'partei-gebundene' Zeitungen lizenzierte, d.h. die Parteien schlugen Personen, die ihnen nahestanden, als 'Lizenzträger' vor. Es sollten politische Zeitungen sein, die sich an die Anschauungen der Parteien anlehnten, jedoch nicht abhängig von ihnen sein durften. Überdies hatten die Blätter entsprechend dem englischen journa-

(2) Bitter, G.: Zur Typologie des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland, München 1951, S.52

(3) a.a.O. S.63/65

listischen Vorbild die Nachrichten und Meinungen deutlich voneinander zu trennen. Damit sollte die Grundlage einer wahrheitsgetreuen, 'objektiven' Unterrichtung geschaffen und der Leser zum anderen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich in dem Folgenden 'um die Meinung des Blattes' handele, die er sich nicht unbedingt zu eigen zu machen brauche.

Die Entwicklung in der französischen Zone folgte weitgehend den Grundsätzen, die im amerikanisch besetzten Gebiet angewandt wurden. Auch hier wurden die ersten deutschen Zeitungen als überparteiliche, unabhängige Zeitungen lizenziert. Wenn auch in jedem Land der französischen Zone alle vier damals bestehenden (lizenzierten) Parteien über je eine Parteizeitung verfügten, so lag doch das publizistische Übergewicht auch hier eindeutig bei den überparteilichen Blättern, die ebenfalls als Lizenzträger meist Persönlichkeiten gegensätzlich parteipolitischer Einstellung in einem Zeitungsunternehmen vereinigten.

Der von den alliierten Mächten so in dem späteren Gebiet der Bundesrepublik vollzogene Neuaufbau der deutschen Presse zeigte also durchaus kein einheitliches Bild. Die damals begründeten Strukturverschiedenheiten bleiben auch heute noch im Zeitungsmosaik der Bundesrepublik Deutschland deutlich sichtbar: so hat z.B. Nordrhein-Westfalen die einzigen parteigebundenen Blätter mit großen Auflagen in der Bundesrepublik.

Das erste von Deutschen herausgegebene Blatt nach dem Zusammenbruch war die FRANKFURTER RUNDSCHAU, die am 31. Juli 1945 die amerikanische Lizenz erhielt. Zuvor wurde die deutsche Bevölkerung ausschließlich durch Nachrichtenblätter der Militärbehörden mit der Weltgeschehen verbunden. Oft schon kurze Zeit, nachdem ein Landstrich von den alliierten Truppen besetzt worden war, wurden die flugblätterartigen Nachrichten-Zeitungen von Militärlastwagen aus in Städten und Dörfern an die Bevölkerung kostenlos verteilt. Doch bald wurde diese Periode abgelöst durch die von den Militärregierungen herausgegebenen Zeitungen, denen entweder gleichzeitig oder in kurzen Zeitabständen die Lizenzblätter folgten. Drei

Zeitungen als typische Besatzungsorgane ragten bald über die anderen hinaus: DIE NEUE ZEITUNG in der amerikanischen, DIE WEIT in der britischen und die TÄGLICHE RUNDSCHAU in der russischen Besatzungszone. - Es dürfte in diesem Zusammenhang doch interessant zu vermerken sein, daß die TÄGLICHE RUNDSCHAU, das Blatt der sowjetischen Militäradministration, die erste Zeitung war, die in Deutschland nach dem Zusammenbruch herauskam, und ihr folgte bereits 6 Tage später, am 21. Mai 1945, gleichfalls in Berlin, eine zweite deutsche Tageszeitung mit sowjetischer Lizenz, die BERLINER ZEITUNG.

Wenn hier einleitend, um die Anfänge des Zeitungswesens in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg möglichst plastisch herauszuarbeiten, auch auf die sowjetische Besatzungszone Bezug genommen wurde, so soll das keineswegs eine Einbeziehung der weiteren Presse-Entwicklung in der sowjetischen Zone in diese Betrachtung bedeuten; denn eine Untersuchung über die Entfaltung (soweit davon gesprochen werden kann) in dieser Zone würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Es hat ohne Zweifel seine Berechtigung, wenn die Auffassung vertreten wird, daß die Neuformung der deutschen Presse durch die Experten der alliierten Militärregierungen ohne Bindung an die deutsche Presse-Vergangenheit vor allem durch die Absicht bedingt war, daß man so leichter diese neue Presse als Instrument der Pläne der Besatzungsmächte formen und benützen könnte, die die völlige 'Umerziehung' des deutschen Volkes zum Gegenstand hatten. In der Praxis bedeutete das nicht nur, daß die Zeitungen die Tendenz haben sollten, das deutsche Volk zu einer bestimmten politischen Grundanschauung, zur Grundanschauung der westlichen Welt, zur demokratischen Gesinnung (im liberal-westlichen Sinne) hinzuführen, sondern das 'Umerziehungs-Instrument' sollte auch als freundlich-beruhigender Interpret bei bestimmten Besatzungsmaßnahmen wirken, die z.T. unter den Vorzeichen der '3 D' - Demilitarisierung, Demontage und Denazifizierung - standen. Diese Tendenzen schwächten sich im Laufe der Jahre und der politischen Entwicklung auch in der eigentlichen Besatzungspresse

immer mehr ab. Aus den weitgehend den Interessen der Besatzungsmächte dienlichen Instrumenten der öffentlichen Meinungsbildung wurden immer mehr Organe, die auch wieder unter dem Gesichtspunkt des spezifischen deutschen Interesses zu wirken begannen.

Eine Presse ist in ihrer Gestalt und Qualität nicht nur das Produkt von Planung und bestimmter weltanschaulicher und politischer Absichten und Haltungen, sondern sie wird ganz besonders beeinflusst von den Persönlichkeiten, die sie formen. Diese Persönlichkeiten bilden den eigentlichen spezifischen Charakter einer Zeitung oder einer Zeitschrift. Wer waren nun die Männer, die führend am Aufbau der deutschen Presse nach 1945 beteiligt waren?

Nach Auffassung der westlichen Alliierten bot die deutsche Presse den Tatbestand einer 'totalen Nazi-Presse'. Also war es nach der Meinung der Westmächte nur natürlich, daß man die bisherigen verlegerischen und journalistischen deutschen Kräfte völlig ausschaltete, um die Voraussetzungen für den vollen Erfolg der neuen Presse zu schaffen. Am schärfsten wurde dieser Grundsatz eingehalten in der US-Zone, während die britischen Behörden wesentlich milder verfahren. Am großzügigsten erwiesen sich hinsichtlich der 'Vergangenheit' der Journalisten und Verleger (Lizenzträger) die Franzosen, die schon sehr frühzeitig erfahrenen deutschen Zeitungsmännern die Möglichkeit gaben, Zeitungen herauszugeben (4). - Bitter wies in seinem vorhin bereits zitierten Buch darauf hin, daß besonders in der britischen Zone die Lizenzverleger als Vertreter der politischen Parteien Männer mit völlig anderen bürgerlichen Berufen waren, die nun plötzlich zu Zeitungsverlegern wurden (dagegen sei als Leiter des Unternehmens durchweg ein Fachmann gefordert worden). - In einer Fortsetzungs-Artikelserie "Deutschlands neue Millionäre" brachte eine bekannte deutsche politisch rechtsstehende Wochenzeitung im Herbst 1951 (FORTSCHRITT vom 20. Oktober 1951) einen großen Bericht unter dem

(4) - : Die öffentliche Meinung und ihre Instrumente in 'Deutschland heute - 8 Jahre danach', Bonn 1953, S. 129
(herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

Titel "Goldene Bäume im Blätterwald", der hier nicht wegen seiner ressentiment-erfüllten, ironischen Tonart angeführt werden soll, sondern weil er an Hand einzelner Beispiele (5) wichtige Hinweise auf die Auswahlmethoden der Besatzungsmächte gibt und hier auch die wirtschaftliche Seite, nicht die unwesentlichste in diesem Zusammenhang, schlaglichtartig beleuchtet wird. Man bekommt eine Vorstellung von dem Ausmaß der wirtschaftlichen Umwälzung im Zeitungsgewerbe. Millionen entstanden aus den Trümmern und vereinigten sich in den Händen von wenigen Lizenzverlegern. So wuchs z.B. die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG aus dem Nichts, so entstand aus den 200 000 RM, die 1947 in das Handelsregister als gleiche Anteile der Herren Schwingenstein, Goldschagg, Schöningh und Friedmann eingetragen wurden, ein wirkliches Millionen-Unternehmen. "Der Gesamtwert des Verlages wurde von Fachleuten vorsichtig auf 17 Millionen DM beziffert. Von der Null auf solche Zahlen zu steigen, ist innerhalb von fünf Jahren, noch dazu solchen, wie sie hinter uns liegen, gewiß ein einmaliger Vorgang." (6)

In einem überaus aufschlußreichen Aufsatz im DEPARTMENT OF STATE BULLETIN gibt der 'Public-Affairs-Specialist' im Bureau of German Affairs, R. Strauss (der selbst nach dem Krieg US-Presseoffizier in Deutschland war) die Richtlinien wieder, die für die Auswahl der Redakteure und Herausgeber von periodischen Publikationen in der amerikanischen Zone Anwendung fanden: Entscheidend war die Opposition gegen den Nationalsozialismus, die berufliche Qualifikation kam erst an zweiter Stelle. - Das Durchschnittsalter der 113 Lizenzverleger und Redakteure war 49 Jahre, 43 der 113 hatten Universitätsbildung, 11 hatten Abitur oder entsprechende Examina, 22 Volksschule (von denen die meisten als Sozialisten zum Journalisten-Beruf gekommen waren). - 25 hatten überhaupt keine journalistische Erfahrung. (7)

(5) Es wurden angeführt SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, München, SCHWABISCHE LANDESZEITUNG, Augsburg, HEILBRONNER STILLE, STUTTGARTER ZEITUNG.

(6) - : Goldene Bäume im Blätterwald, FORTSCHRITT vom 20.10.1951

(7) Strauss, R.: Postwar Development of the German Press. Sonderdruck aus DEPARTMENT OF STATE BULLETIN of February 23, 1953 Department of State Publication 4992, S.294 ff.

Auf der anderen Seite soll hier nicht unerwähnt bleiben das unter schwersten materiellen Bedingungen durchgeführte Aufbauwerk der vielen namenlosen Männer und Frauen, die in der allgemeinen Mutlosigkeit, umgeben von Mißtrauen, Ich-Sucht und versteckter Feindseligkeit, versuchten, ein Fundament für eine demokratische deutsche Presse zu schaffen. - Welche Schwierigkeiten diesem Beginnen, abgesehen von fehlenden materiellen Voraussetzungen, zerstörten Verlagsgebäuden und der Papier-Malaise, sich entgegenstellen konnten, das soll ein typisches Beispiel zeigen: Carl Severing, der Preußische Innenminister bis 1932, wurde bei der Lizenzverteilung für die **FREIE PRESSE** in Bielefeld - obwohl vorgeschlagen - wegen seiner 'preußischen Vergangenheit' ausgeschaltet, ja er durfte selbst als Chef-redakteur seine Leitartikel nicht mit Namen zeichnen.

b) 1949: Der Startschuß in die Pressefreiheit

Am 4. Mai 1949 wurde der Lizenzzwang für Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckwerke in der amerikanischen Besatzungszone durch die 'General-Lizenz Nr.3' aufgehoben. Die englische und die französische Zone folgten zögernd diesem Beispiel. Am 23. September 1949 wurde durch das 'Gesetz Nr.5 über die Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten' die Freiheit von jeglicher Lizenzierung in der gesamten Bundesrepublik hergestellt.

Den deutschen Vorkriegsverlegern konnte nun eine Rückkehr in das Pressegeschäft nicht mehr länger verwehrt werden, obwohl viele der Lizenzzeitungen und ihrer Verantwortlichen nur wenig Begeisterung für diese Folgen der Pressefreiheit aufbrachten. Der oben genannte Beitrag des amerikanischen Spezialisten R. Strauss charakterisierte die Haltung der Lizenzverleger mit den folgenden Worten:

"Der Wind der Freiheit blies ein wenig kühl um die deutsche Presse. Als das Wort fiel, daß die Lizenzierung bald enden würde und damit der Schutz vor dem schweren Wettbewerb mit den legalen Eigentümern der verpachteten Pressebetriebe, zog sich mancher Lizenzverleger in die hinterste Ecke seines goldenen Käfigs zurück und versuchte, das Tor hinter sich zuzuklinken." (8)

In einem Geleitwort in der Sondernummer des ZEITUNGSVERLAG zum 50-jährigen Bestehen der Zeitschrift sprach der Bundespräsident Professor Heuss in ähnlicher Weise diese Tendenzen an, als er im Verlauf seiner Ausführungen darauf hinwies, daß es 1947 in einer Versammlung von Lizenzträgern (9) durchaus nicht Jedem gefallen habe, als er davon gesprochen hätte, daß von echter Pressefreiheit erst dann die Rede sein dürfe, wenn der Wind des freien Wettbewerbs durch den Blätterwald fahre. - Erst mit dem Hinsinken des Monopols beginne der Kampf der Leistung.

Die alten verlegerischen Kräfte hatten sich im Verein Deutscher Zeitungsverleger gesammelt und versuchten nun, sich gegen die relativ gefestigt dastehenden Lizenzblätter durchzusetzen. Trotzdem in der amerikanischen Zone die Lizenzierung bereits einige Monate vor dem übrigen Bundesgebiet aufgehoben worden war, erwies es sich, daß die Schwierigkeiten eines neuen Starts für die Vorkriegsverleger gerade in der amerikanischen Zone am größten waren. - Dr. Walter Jaenecke, der Vorsitzende des VDZV, (der VDZV schloß sich am 1. Oktober 1954 mit der Vereinigung der Lizenzverleger, dem "Gesamtverband der Deutschen Zeitungsverleger e.V." zum "Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V." zusammen) begründet diese Erscheinung mit dem Hinweis, daß sich die in der US-Zone lizenzierten und nicht auf bestimmte parteipolitische Grundlinien festgelegten Blätter als relativ krisenfest erwiesen hätten. Zum anderen sei besonders in der US-Zone durch eine weiterdauernde Verpachtung der Zeitungsbetriebe die Herausgabe der alten Blätter durch die Eigentümer dieser Betriebe oft unmöglich gemacht oder zumindest erschwert worden. Nach Auffassung von Dr. Jaenecke hätten jedoch die größten Schwierigkeiten des Starts im Fehlen des personellen Apparats, in der Begrenzung der finanziellen Mittel, in dem nur schwer zu beschaffenden Zeitungspapier, vor allem aber im Verlust des früheren Verbreitungsgebietes an die in diesem Raum bereits warm gewordene 'Lizenzkonkurrenz' gelegen. Immerhin hätten in den

(9) Professor Th. Heuss war Lizenzträger der RHEIN-NECKAR-ZEITUNG, Heidelberg.

4 Jahren zwischen 1949 und 1953 trotz mancher Fehlschläge und nicht mehr durchführbarer Pläne rund 450 frühere Zeitungen ihr Wiedererscheinen durchsetzen und ihre Position endgültig festigen können. Sie würden eine Auflage von 3,5 Millionen Exemplaren umfassen. Daneben seien durch Fusionen, Beteiligungen und sonstige Vereinbarungen weitere Veränderungen erfolgt, die in den oben angeführten Zahlen nicht zum Ausdruck kommen. (10)

R. Strauss stellt in seiner bereits erwähnten Studie über die Entwicklung der deutschen Presse nach dem Kriege in diesem Zusammenhang fest, daß sich der Anlauf der Vorkriegsverleger, die kleinen Lokalblätter wieder zu eröffnen, als ein Fehlschlag erwiesen habe. Die Zeiten hätten sich geändert. Soziologische Veränderungen, wie Einschleusung der Flüchtlinge und das allgemein mangelnde Interesse an 'Heimatblättern' hätten diese Wirkung hervorgerufen, zumal die Deutschen unter 35 Jahren keine sentimentalen Erinnerungen an die Heimatblätter gehabt hätten, sondern wichtige Neuigkeiten lesen wollten. Und der Deutsche hätte am meisten für sein Geld über die Ereignisse in Deutschland und der Welt durch die Lizenzblätter erfahren können, die im Großen und Ganzen ihren hohen Standard der Berichterstattung aufrechterhalten hätten.

Der Beweis, daß die ehemalige Lizenzpresse weiterhin die Höhe ihrer Auflage halten werde, sei in der Tatsache zu sehen, daß die erfolgreichsten Altverleger in der Gestaltung ihrer Zeitungstypen sich der Art und dem Standard der Lizenzblätter angepaßt hätten.

1949 erschienen in den drei Westzonen und in West-Berlin 139 Zeitungen. Bis 1952 war die Zahl der Zeitungen in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin auf 621 Zeitungen (Hauptausgaben) mit 607 Nebenausgaben angestiegen. Die Ziffern für 1954 lauten auf 1403 Zeitungstitel, die sich auf 680 Haupt-

(10) Jaenecke, W.: Wandlungen im Zeitungswesen / Zwei Jahrzehnte deutscher Presse. Sonderausgabe des ZEITUNGSVERLAG, "50 JAHRE ZEITUNGSVERLAG" Nr.1/2 vom 31.1.1953

und 723 Nebenausgaben verteilen. (11) - Diese Ziffern, die hier nur kurz angeführt werden sollen, um das Bild in diesem Zusammenhang lückenlos darzustellen und abzurunden, und weiteres wesentliches Zahlenmaterial sind in dem dieser Arbeit angehängten statistischen Kapitel dargestellt und werden dort näher erläutert, untersucht und analysiert.

Wenn die Frage gestellt wird, wie weit sich der Aufteilungs- und Atomisierungsprozeß der Blätter noch fortsetzen könnte, dann ist zu einer Beurteilung der Hinweis von Bedeutung, daß sich gegenüber der Zeit vor 1933 die Kalkulationsgrundlagen der Zeitungen tiefgreifend verändert haben. Die Aufwendungen sind, an der Geldeinheit gemessen, um mehr als 100 % gestiegen (Papier um ca. 220 %, Lohn um ca. 85 %, Vertrieb und Technik um je ca. 100 - 105 %). Andererseits liegt die Erhöhung der Zeitungspreise weit unter diesem Satz (ca. 20 - 30 %), und auch dieser Satz hat sich in vielen Gegenden der Bundesrepublik als abträglich erwiesen, so daß man, um einem Leserschwund vorzubeugen, die Abonnentenpreise nicht entsprechend erhöhte. - Um eine Rendite abzuwerfen, bedürfen die Zeitungen - sonst gleiche Verhältnisse vorausgesetzt - einer Auflage, die mehr als doppelt so hoch sein müßte als 1932. Dr. Jaenecke äußert sich in seinem vorstehend angeführten Beitrag in ähnlicher Weise dahingehend, daß die wirtschaftlichen Belastungen des modernen Zeitungsbetriebes eine erheblich höhere Mindestauflage voraussetzen würden, die oft nur in den Formen gemeinschaftlicher Organisation oder im wirtschaftlichen Zusammenschluß zu sichern sein dürfte..

Es scheint nach Lage der Dinge also ausgeschlossen, daß in Deutschland wieder wie vor 1932 4703 Tageszeitungen erscheinen, die Deutschland einst den Ruf eintrugen, das zeitungreichste Land der Welt zu sein.

(11) Die Ziffern für 1952 sind wiedergegeben im Leitfaden für Presse und Werbung 1953, herausgegeben von W. Stamm, Essen, 1953. Die Zahlen für 1954 entstammen den Untersuchungen des Instituts für Publizistik, Berlin, die in dem von diesem Institut herausgegebenen Werk "Die deutsche Presse 1954", Berlin 1954, niedergelegt sind. - Prof. Dr. Hagemann ergänzt diese Feststellungen dahingehend, daß es (nach dem von ihm 1955 veröffentlichten Bericht) nur 225 selbständige "Zeitungen" gibt, die tatsächlich in ihren wesentlichen Teilen publizistisch selbständig gestaltet sind. Näheres siehe statistisches Kapitel im Anhang.

Nachdem die aus der Situation und Presseentwicklung nach dem Krieg entstandenen Differenzen zwischen Alt- und Neuverlegern durch die Gründung eines gemeinsamen Verlegerverbandes (Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger) am 1. Oktober 1954 ein Ende gefunden haben, scheint sich eine relativ ruhige und konstante Weiterentwicklung der deutschen Presse abzuzeichnen.

Hier ist noch einer Sonderheit Erwähnung zu tun, ohne die die Gesamtübersicht der gegenwärtigen deutschen Presse nicht vollständig wäre. In West-Berlin galt bis 1. Juli 1955 das Relikt aus der Besatzungszeit: Nach dem 'kleinen Besatzungsstatut' bedurften dort bis zu dem obengenannten Datum alle periodischen Presseerzeugnisse einer schriftlichen Genehmigung der Besatzungsmacht, die für den Sektor des Lizenzantragsstellers zuständig war. Diese Lizenzierungspflicht wurde vor allem länger ausgedehnt, um dort die Gründung kommunistischer Tarnzeitungen unmöglich zu machen.

c) Zusammenfassende Würdigung

Aus dem Vorstehenden wurde deutlich, daß eine weitgehende starke Zersplitterung der deutschen Tagespresse in Klein-Zeitungen entsprechend dem früheren Zustand sowohl von der Psychologie der Leser her als auch besonders in Anbetracht der Änderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen des Zeitungsbetriebes nicht wahrscheinlich ist. Im Gegenteil. Der Zug der Zeit scheint in die Richtung einer Konzentration zu gehen mit dem Ziel einer großen, erheblich über dem Existenzminimum liegenden Auflage. - Eine so übermäßige Konzentration wie in England, wo wenige Zeitungen mit Mammutauflagen das ganze Land von einem Zentrum aus bestreuen und publizistisch beherrschen, scheint jedoch durch die Eigenart der deutschen Verhältnisse weitgehend ausgeschlossen. Über die besonderen strukturellen Eigenheiten der deutschen Presse in ihrem gegenwärtigen Zustand wird in einem späteren Kapitel noch eingehend zu sprechen sein.

Durch den frischen Wind des freien Wettbewerbs nach 1949 ist einiges aus den deutschen Zeitungen, sowohl in Bezug auf den Inhalt als auch in Bezug auf die Gestaltung verschwunden, was

der Mentalität des deutschen Lesers nicht angemessen war. Viel Gutes blieb erhalten. So konnte z.B. der Reportage, die bei uns früher nicht in diesem Maße gewürdigt worden war, ein weites Feld gewonnen werden.

Der 'amerikanische Stil', um ihn so zu nennen, - wie er in den englischen Blättern vielleicht noch reiner zu finden ist - hat sich in vielen Punkten, nicht nur bei den großen Zeitungen, die sich zum Typ des Boulevard-Blattes hin entwickelt haben, durchgesetzt; so vor allem:

Besondere Anreizung des Lesers durch aufsehenerregende Überschriften,

Lebendige Gestaltung der Seiten, besonders der 1. Seite, die einen durchaus dynamischen Eindruck hinterläßt,

Auffallender Schriftwechsel in Überschrift und Text,

Deutlich erkennbare Trennung von Kommentar und Nachricht.

Bei manchen Blättern, die besonders an die Traditionen wieder anknüpfen, haben sich die modernen Formen, die von massenpsychologischen Erfordernissen bestimmt sind, mit der Betonung der traditionellen Dignität zu einem mehr oder minder glücklichen Ganzen verbunden.

Andererseits haben Leitartikel und Kommentar sich stärker als in den ersten Jahren der Besatzung in den Vordergrund geschoben.

Ein wesentliches Moment der neuen deutschen Presse scheint es zu sein, daß ein Zug zum Überparteilichen, Unabhängigen dem deutschen Leser eigen geworden ist. Es ist auffallend, daß die beiden größten Zeitungen Norddeutschlands (und der Bundesrepublik überhaupt) trotz relativ später Zulassung im Jahre 1948, und obwohl die Engländer in ihrer Zone die parteigebundenen Blätter begünstigten, unabhängige Blätter sind, die nach kurzer Anlaufzeit die bereits jahrelang eingeführten parteinahen Publikumsblätter weit überholten. (Es sind dies: WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE, 362 300 Auflage 1955 und HAMBURGER ABENDBLATT, 293 800 Auflage 1955, Samstagsausgabe 416 000)

Im Endeffekt dürfte dieser 'Trend zur Mitte' eine wesentliche Stärkung des liberalen Elements - in völlig undogmatischem und

parteilosem Sinne verstanden - in der deutschen Öffentlichkeit und öffentlichen Meinung bedeuten und die Möglichkeiten einer Meinungsbildung auf Grund des in Bericht und Kommentar der unabhängigen Blätter zum Ausdruck kommenden Objektivitätsstrebens erweitern.

Rückblickend erweist es sich - und darauf weist auch Dr. Jaenecke hin - , daß zwar der Entschluß der Sieger, zuerst nur neuen Kräften in der deutschen Presse eine Chance zu geben, in vielem die Ursache von Fehlern und vermeidbaren Mißständen war, daß aber auf der anderen Seite "der deutschen Presse damit neues Blut und neue gestaltende Kräfte zugeführt worden sind" (12), die sich durchaus durch besondere Leistung und Verwirklichung von publizistischen Ideen bewährt haben.

War die Periode bis 1949 dadurch charakterisiert, daß sie völlig neu, gleichsam aus der (Umerziehungs)Retorte eine deutsche Presse schaffen wollte, so bedeutete die zweite Periode von 1949 ab ein Wiederaufgreifen vieler Traditionen, ja in einem hohen Ausmaß ein Anknüpfen an die Vergangenheit der deutschen Presse. - Man könnte von einer Synthese sprechen, bei der sich importierte westliche Formen, traditionelle Positionen und lebendige Zeitungsentwicklung aus innerer Notwendigkeit, um dem Menschen der Gegenwart nahezu bleiben und ihn wirkungsvoll anzusprechen, zu einem positiven Ganzen verbinden.

(12) Jaenecke, W.: Wandlungen im Zeitungswesen / Zwei Jahrzehnte deutscher Presse. Sondernummer des ZEITUNGS-VERLAG, 50-JAHRE ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2 vom 31.1.1953, S.20

II. Struktur und Bild der deutschen Tagespresse der Gegenwart

a) Die Position der 'Zeitung' in der Gesamtheit der periodischen Druckschriften

Da das Wort 'Zeitung' in verschiedenartiger Bedeutung gebraucht wird, erfordert diese Untersuchung eine eindeutige Festlegung dieses zentralen Begriffes. Er soll klar abgegrenzt und aus der Vielfältigkeit der periodischen Druckschriften in gewissem Sinne herausdestilliert werden.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein, die historischen Formen der 'Zeitung' darzulegen, und es soll auch nicht der Begriff der Zeitung erarbeitet werden (wie ihn vor allem Groth verficht), der besonders im Zusammenhang mit der 'Zeitungs-Wissenschaft' die Gesamtheit allen journalistischen Geschehens umgreift. Hier soll unter Zeitung einzig und allein die Tageszeitung der Gegenwart verstanden werden, die ein- bis siebenmal wöchentlich erscheint und in ihrem Inhalt den Punkten der Universalität und primären Aktualität voll entspricht. Die Tageszeitungen in ihrer Gesamtheit bilden also die Tagespresse.

Häufig wird das Wort Presse gesetzt und gebraucht, wenn allein die 'Tagespresse', die Tageszeitung gemeint ist, obwohl die Zeitung doch nur einen Teil - jedoch nach wie vor den gewichtigsten - im Gesamtmosaik des Pressewesens bildet. In dieser oft synonymen Verwendung der Begriffe 'Zeitung' und 'Presse' drückt sich die nach wie vor auch in der Gegenwart bestehende Führerstellung der Tagespresse im publizistischen Bereich aus, die auch die stark aufkommende illustrierte Bildpresse nicht erschüttern konnte. Am weitesten fortgeschritten ist die Verwendung des Begriffes 'Presse', auf die Tageszeitung bzw. die Gesamtheit der Tagespresse bezogen, in der Atmosphäre der Politiker und des Politischen. Gerade der Politiker wertet - meist intuitiv - die Zeitung als erstes und wirksamstes Mittel der politischen Orientierung und Meinungsbildung und setzt daher oft Zeitung = Presse.

Trotz dieser spezifischen Verwendung des Presse-Begriffes für den Bereich der Zeitung hat er seine Funktion als übergeordneter Begriff durchaus beibehalten, er umfaßt alle Periodica: Zeitung und Zeitschrift. So spannt sich der Bogen von der Tageszeitung über die (politische) Wochenzeitung hinüber zur Zeitschrift, die auf die einzelnen Sektoren menschlichen Tuns und Seins spezialisiert, in ihrer Gesamtheit alle Bereiche des Menschen erfaßt: von der in Millionenauflage erscheinenden Publikums- und Bildzeitschrift bis zu den Zeitschriften, die nur einen ganz bestimmten Kreis von Menschen auf irgendeinem Gebiet, sei es auf einem Feld der Wissenschaft oder sei es auf dem Gebiet der Religion und Konfession oder des Berufs, der Wirtschaft und Finanzen ansprechen und auch nur diesen interessierten Kreis ansprechen wollen. Die Grenze zwischen diesen beiden Presstypen ist nicht immer leicht zu ziehen, besonders wenn man den 'Zwitter' der politischen Wochenzeitungen betrachtet.

R. Brunnhuber führt in seinem bereits im Vorstehenden genannten Buch ein ebenso einfaches wie interessantes Merkmal zur Unterscheidung an: Für den Sprachgebrauch sei bestimmend, ob das Druckerzeugnis im Heftformat, in einer gewissen buchartigen Stärke erscheine. (13) Im großen und ganzen könnte man diese Charakterisierung als zutreffend bezeichnen, wenn nicht die große und bedeutende Gruppe der Unterhaltungszeitschriften (besonders Wochenendblätter) diese Regel sprengen würde; denn gerade diese ähneln vielfach in Format, Papier und Aufmachung sehr stark der Zeitung und setzen sich nur durch ihre stärkere Ausstattung mit Bildern und zum Teil durch einen lebhafteren Umbruch in Nuancen von ihr ab.

Bei der Feststellung der Unterschiede dieser Erscheinungsformen der Presse soll grundsätzlich festgehalten werden, daß es wie bei allen lebendigen Wesenheiten keine mathematischen Abgren-

(13) Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907, Sammlung Göschen, S. 11

zungen geben kann, sondern nur Entwicklungs- und Wesenstendenzen (denen einzelne Beispiele durchaus widersprechen können) herausgeschält werden können.

Nur bei dieser Betrachtungsweise kann man der Brunnhuberschen Definition weiter folgen, daß die Zeitung überwiegend Material, die Zeitschrift überwiegend Darstellung und Kritik gäbe, daß die Zeitung einen mehr nach Generalisierung, die Zeitschrift einen mehr nach Spezialisierung neigenden Inhalt habe. Auch die verschiedene Behandlungsweise der Gegenstände nach Umfang und Form (in der Zeitschrift eingehender und wissenschaftlicher) sei bezeichnend.

Brunnhuber setzt sich sehr eingehend mit den Definitionen der modernen Zeitung auseinander und geht dabei von der Darstellung aus, die E. Löbl in seinem Buch "Kultur und Presse" gegeben hat:

Die Zeitung ist eine in regelmäßigen Zeitintervallen erscheinende, durch mechanische Vervielfältigung allgemein zugänglich gemachte Publikation von kollektivem, mannigfaltigem Inhalt, der durch die Allgemeinheit des Interesses gekennzeichnet ist, sowie aus den Ereignissen und Zuständen der unmittelbaren Gegenwart schöpft.

Brunnhuber kritisiert daran besonders die 'mechanische Vervielfältigung', da die Vervielfältigung auch auf anderem, z.B. auf chemischem Wege erfolgen könne. Außerdem sei es strittig, ob die Zeitintervalle regelmäßig sein müßten.

Der weitere Einwand Brunnhubers, daß diese Definition keineswegs für die 'Zeitung schlechthin' gelten könne, da die Fachpresse nicht berücksichtigt sei, scheint nicht berechtigt, da sowohl wissenschaftliche Fachblätter und wirtschaftspolitische Spezialorgane nicht unter dem Begriff der 'Zeitung' verstanden werden. Auch Blätter, die dem wirtschaftlichen Bereich entstammen und die aus der Fachperspektive heraus gestaltet werden und mehrmals wöchentlich erscheinen (z.B. INDUSTRIE-KURIER, 3x wöchentlich; HANDELSBLATT, 3x wöchentlich, oder DEUTSCHE ZEITUNG UND WIRTSCHAFTSZEITUNG, 2x wöchentlich) können nicht als 'Zeitungen' gewertet werden, wenn man sie mit dem Maßstab der in der Zeitungswissenschaft festgelegten Zeitungskriterien mißt, obwohl die

fachliche Einseitigkeit des Inhalts bis zu einem gewissen Grad gemildert ist. Bei oberflächlicher Betrachtung scheut man sich, Blätter dieser Art als Zeitschriften zu deklarieren, die sie ihrem Inhalt nach eigentlich sind. Bis zu einem gewissen Grade könnten sie jedoch den etwas abseitig liegenden Einwand Brunnhubers von der 'Nicht-Erfassung' der Fachblätter in der Definition von Löbl unterbauen.

Demgemäß unterscheidet Brunnhuber eine 'Zeitung im engeren Sinne' und eine 'Zeitung im weiteren Sinne'. Er definiert so:

"Zeitung im weiteren Sinne ist jede in gewissen Zeitabständen erscheinende, einem individuell nicht bestimmten Personenkreis zugängliche Veröffentlichung mit zeitgemäßem Inhalt." (14)

"Zeitung im engeren Sinne ist jede in gewissen Zeitabständen erscheinende, einem individuell nicht bestimmten Personenkreis zugänglich gemachte Veröffentlichung mit vielseitigem, zeitgemäßem, allgemein interessierendem Inhalt." (15)

Bei dem zuerst zitierten Satz von der Zeitung im weiteren Sinne fällt besonders auf, daß die Definition viel zu weit ist und auch die Zeitschrift in vielen ihrer Gruppen in ihr Platz findet.

Wenn man den Sondertypus der mehr als einmal wöchentlich erscheinenden Wirtschaftszeitung, die tatsächlich vom Inhalt her eine Zeitschrift ist, außer Betracht läßt, dann dürfte die zweite Brunnhubersche Definition mit dem heute von der Zeitungswissenschaft festgelegten Zeitungs-begriff weitgehend übereinstimmen. Dabei müßte jedoch die sehr vage Angabe der Folge des zeitlichen Erscheinens durch eine präzise Formulierung ('mindestens einmal wöchentlich, meist jedoch mehrmals wöchentlich erscheinende.... Veröffentlichung...') ersetzt werden.

b) Die Typen und Richtungsgruppen in der Tagespresse der Bundesrepublik

Nachdem im Kapitel I die Entwicklung der deutschen Presse, d.h. in Bezug auf das Thema der Arbeit besonders die Entwicklung des Zeitungswesens in den wesentlichen Abschnitten skizziert worden

(14) Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907, S. 1.

(15) a.a.O. S. 15

ist, soll es der Zweck dieses Abschnittes sein, aufzuzeigen, welche Zeitungstypen in der deutschen Tagespresse vorherrschen und miteinander um die Gunst des Lesers und damit um öffentlichen Einfluß ringen.

Es soll dargestellt werden, wie sich gewisse Haupttypen im gesamten Gebiet der Bundesrepublik durchsetzten und durchsetzen, wie trotz der verschiedenen historischen Voraussetzungen (durch die unterschiedliche Pressepolitik der drei Besatzungsmächte in ihren Besatzungszonen bedingt) immer mehr ein ganz bestimmter Typ sich in den Vordergrund schiebt, wie aber andererseits auf Grund der günstigen Startbedingungen für den einen oder anderen Zeitungstypus - je nach Auffassung der verantwortlichen Besatzungsmacht - Schwerpunkte in der Verbreitung gewisser Zeitungsarten in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik entstanden (z.B. großauflagige parteinahe Blätter lediglich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) und wie sie nach wie vor im Strukturbild der deutschen Zeitungen sichtbar sind. Die Grundlinien der deutschen Zeitungswelt sollen herausgeschält und die Zeitungstypen in ihrer Verbreitung und Wirkung und damit in ihrer Bedeutung als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung und Volksbeeinflussung verglichen werden. - Durch das Aufzeigen der strukturellen Grundlinien und Grundtendenzen werden die zum Teil verwirrenden Einzelercheinungen nach allgemeinen Gesichtspunkten geordnet und in bestimmte Gruppen der gleichen Hauptcharakteristiken zusammengefaßt.

Typisierungen, die bereits vorgenommen wurden, sollen daraufhin untersucht werden, ob sie

- a) noch der Wirklichkeit entsprechen
- b) das Wesen der Zeitungen gerade von dem Blickwinkel her erfaßt haben, der für diese Arbeit wichtig und entscheidend ist, d.h. die Zeitung als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung begreifen.

Es sind die Fragen gestellt:

Wie verhalten sich in dem Wechselspiel Staat und Presse, besonders Regierung - Presse, einzelne Zeitungsgruppen und wie verhalten sich bestimmte Zeitungsgruppierungen untereinander in

ihrer Stärke und Intensität der Aussage, d.h. welchen Einfluß üben sie auf den Leser und somit auf das gesamte Volk aus? Wie weit üben einzelne Zeitungsgruppen überhaupt politischen Einfluß aus und wie groß ist ihr politischer Wirkungsgrad in der öffentlichen Meinungsbildung? Die Untersuchung und Klärung dieser Fragen erleichtert die Aufgabe, Position und Bedeutung der Tagespresse im öffentlichen Raum festzustellen und die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten einer Pressepolitik näher zu umreißen.

Bitter hat sich in seiner Untersuchung "Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland" der Aufgabe der Zerlegung der deutschen Presse in ihre jeweiligen gemeinsamen Grundlinien und Grundtendenzen unterzogen und hat an Hand der Presseorgane, die in der Zeit von 1945 - 1950 be- und entstanden, die im Prinzip gleichartigen Gruppen von Zeitungen und deren charakteristische Züge herausgestellt und die einzelnen Typen zueinandergeordnet und in ihrer Verwandtschaft bzw. Beziehung zueinander näher bestimmt. (16)

Er unterscheidet dabei zwei Grundformen:

- I. Zeitungen, deren Inhalt von Verlag und Redaktion bestimmt wird,
- II. Zeitungen, deren Inhalt vom Leser bestimmt wird.

Unter der Grundform I führt er wiederum zwei große Gruppierungen an:

- a) die weltanschauliche Presse
- b) die religiös-konfessionelle Presse.

Die große Gruppe der Weltanschauungs-Presse unterteilt er in weitere drei Abteilungen:

- A. Die politische Presse. Hierunter werden die Organe angeführt, die das Ideengut und die Politik einer bestimmten Partei vertreten.
- B. Die überparteiliche Presse. Hier wird unter eingehender Darstellung der Entwicklung der Typ der von den Besatzungsmächten lizenzierten überparteilichen Blätter skizziert und Wesen und Art dieser Blätter als neuer Zeitungstyp erklärt.

(16) Bitter, G.: Zur Typologie der Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1951

C. Die Besatzungspresse.

Die Grundform II unterteilt Bitter in zwei Gruppen:

- a) Die Generalanzeiger-Presse
- b) Die Sensationspresse.

In einem abschließenden Kapitel weist er noch auf die Heimatpresse hin, die sich nach Aufhebung des Lizenzzwanges wieder einen, wenn auch zahlenmäßig weniger bedeutsamen Platz als vor 1933, im Gesamtbild der deutschen Presse verschaffte. Bitter erläutert den Begriff eingehend in seinen verschiedenartigen Erscheinungsformen.

Obwohl der Autor selbst bei der Begründung seiner Grundformen darauf hinweist, daß es keine reinen Typen gäbe und jeder Typ etwas von seinem Gegen-Typ enthalte (17), daß es also durchaus nicht so sei, daß bei der Grundform I der Einfluß des Lesers vollkommen ausgeschlossen wäre und bei der Grundform II Verlag und Redaktion in ihrer Inhaltsgestaltung ausschliesslich Organ des Lesers wären, glaubt er dennoch auf Grund der Entwicklung bis zum Jahre 1950 diese scharfe Scheidung vornehmen zu können.

Nachdem ich die deutsche Presse jahrelang (täglich rund 120 der wichtigsten Tages- und Wochenzeitungen) ausgewertet und beobachtet habe, kann ich bei sachlicher Abwägung aller Faktoren dieser scharfen Trennung der Gruppen in die Grundformen I und II nicht mehr folgen. Dieser Trennungsstrich erscheint künstlich hineininterpretiert. - Viele der sogenannten 'Generalanzeiger' sind sehr nahe an die mit politischer Grundabsicht gestarteten unabhängig-überparteilichen Organe herangerückt, was einen eigenen politischen Standort und dessen öffentliche Vertretung anbetrifft. Und umgekehrt haben im Zeichen des Konkurrenzkampfes viele der überparteilichen Lizenzzeitungen eine starke Anpassung an Leserkreis und Lesergeschmack vollzogen, so daß beide Gruppen in der praktischen Auswertungsarbeit als ein kompakter großer Block der unabhängigen Zeitungen erscheinen. - Dovifat weist in seinem Büchlein "Zeitungslehre" (18) ausdrücklich auf

(17) a.a.O. S. 14

(18) Dovifat, E.: Zeitungslehre I, Leipzig 1939, Sammlung Götschen

die seit Anfang des 20. Jahrhunderts immer stärker werdende politische Standortverfestigung und politische Einschaltung des Generalanzeigers hin, was doch ohne Zweifel bedeutet, daß der bestimmende Wille von Verlag und Redaktion auch beim Generalanzeiger stärker wurde.

Andererseits scheint sich das geschäftliche Prinzip auch bei den überparteilichen Blättern auf politischer Grundlage stärker in den Vordergrund geschoben zu haben.

Dabei dürfte auch durch die Entwicklung bewiesen worden sein, daß die aus der Besatzungsretorte geborene Überparteilichkeit im langsamen Absterben begriffen ist. Bitter charakterisiert die Überparteilichkeit mit folgenden Sätzen:

"Jetzt aber entstanden Zeitungen, bei denen Männer ganz verschiedener Parteien unter dem Druck einer Notwendigkeit gezwungen waren, gemeinsame Redaktionsarbeit zu leisten. Solcherlei Zeitungen sind in ihrem Grundwesen überparteilich, mögen sie sich selbst auch als unabhängig bezeichnen. Es soll damit nicht gesagt werden, daß sie nicht auch unabhängig waren oder sind, nur, daß ihr wesentlichstes Kennzeichen die Überparteilichkeit ist... Wenn..Probleme behandelt werden müssen, über deren Lösung bei den verschiedenen Parteien gegenteilige Ansichten bestehen, so hilft man sich beispielsweise, indem man einmal den rechts- und dann den linksgerichteten Redakteur oder Mitarbeiter dazu Stellung nehmen läßt." (19)

Inzwischen ist die Entwicklung so verlaufen, daß jedes dieser überparteilichen Blätter eine bestimmte politische Linie gefunden hat, die es mehr oder minder intensiv in seinen Kommentarspalten vertritt. Die Auseinandersetzung bzw. Gegenüberstellung der Standpunkte in der Darstellung von zwei Redakteuren oder Mitarbeitern ist nur noch selten zu entdecken. (Es dürfte wohl nicht als Gegenbeweis gelten, wenn prominente Politiker in einer Zeitung ihre gegenteiligen Standpunkte darstellen, denn diese Darstellungen belasten die Linie der Zeitung nicht). Diese Organe sind zum Teil sehr eigenwillige politische Zeitungspersönlichkeiten geworden, die nicht mehr über, sondern neben den Parteien stehen, zum Teil in sie hineinreichen.

(19) Bitter, G.: Zur Typologie der Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1951, S. 63

Ein überparteiliches Element haben sich diese Zeitungen aus ihrer wahrhaft 'überparteilichen' Anfangszeit weitgehend erhalten, das Objektivitätsstreben in der Gestaltung des Nachrichtenteils und zum großen Teil auch die abwägende Art der Darstellung in ihren Leitartikeln und Kommentaren. Im übrigen ist die künstlich aufgepropfte Überparteilichkeit weitgehend verschwunden, geblieben ist in den meisten Fällen eine echte Unabhängigkeit (soweit man überhaupt davon sprechen darf), die durchaus den eigenen Standpunkt rechts oder links von der Mitte ansiedeln kann. Nur ganz wenige Blätter haben sich einen gewissen Spielraum bewahrt, wo in Einzelfragen divergierende Standpunkte der Redakteure ihren Platz haben.

Ein Unterschied jedoch bleibt gegen früher bestehen: stand in der Weimarer Zeit der größte Teil der unabhängigen Presse überhaupt nirgends, repräsentierten sie einen äußerlich unpolitischen, meinungslosen, hauptsächlich am Geschäft interessierten Typ, so ist heute die sogenannte ehemalige 'Lizenzpresse' eng mit der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik verbunden und auf die Festigung der Staatsgrundlagen bedacht; die gleiche Aussage kann aber auch mit einigem Recht für einen Großteil der sogenannten 'Generalanzeiger' gelten.

Nach dem heutigen Stand der deutschen Presseentwicklung kann die Einteilung, wie sie Bitter traf, nicht mehr vollgültig anwendbar sein.

Bei der praktischen Arbeit drängte sich dem Verfasser unter dem Gesichtswinkel des politischen Instruktionszweckes der Zeitung das folgende Schema auf:

CDU-Zeitungen / Blätter mit christlicher Grundtendenz
SPD-Zeitungen / Blätter mit sozialistischer Grundtendenz
Unabhängig-überparteiliche Zeitungen / Heimatzeitungen.

Der Vollständigkeit halber soll noch die kommunistische Tagespresse erwähnt werden, die auflagemäßig innerhalb der Gesamtheit der deutschen Tagespresse kaum ins Gewicht fällt und inhaltlich in den Kernteilen der Blätter in einem hohen Ausmaß 'uniform' gestaltet ist.

Das Prinzip der Aufgliederung, das der Verfasser aus seiner praktischen Auswertungstätigkeit heraus entwickelte, dürfte mit geringen Abweichungen dem gleichen, das Dovifat in seinem Aufsatz "Die deutsche Zeitung 1953/54" in dem vom Institut für Publizistik Berlin herausgegebenen Buch 'Die deutsche Presse 1954' entwickelt hat, hier jedoch vorzüglich zusammengefaßt und in einer neutralen Diktion prägnant dargestellt:

- "1. Festrichtungsbestimmte Blätter (141 von 1403 oder 10 %) sind solche, deren Richtung nach einer der bestehenden parlamentarischen Parteien fest bestimmt ist (z.B. Christlich-Demokratische Union oder Sozialdemokratische Partei Deutschlands).
2. Grundrichtungsbestimmte Blätter (149 von 1403 oder 10,6 %), das sind Blätter, die (unabhängig von festen parteipolitischen Gruppen und deren Bezeichnungen) eine in der Grundrichtung festgelegte Linie vertreten (z.B. 'unabhängig demokratisch', 'unabhängig sozialistisch').
3. Ohne Richtungsbestimmung (899 von 1403 oder 64,1 %) waren Blätter, die sich z.B. 'neutral' oder 'unpolitisch' oder 'überparteilich' nannten und sich damit auch nach einer Grundrichtung nicht festlegten, wenigstens nicht unter dem Titel, im Impressum und auch nicht auf Befragen. Dieser Gruppe ist der größte Teil der deutschen Presse zuzurechnen (64,1 %)." (20)

Unter Ziffer 4 gibt Dovifat die Blätter an, die bei seiner Untersuchung 'ohne' Angabe blieben, die auf Befragen "keinerlei, auch keine noch so vorsichtigen Angaben machten".

Bei dieser Untersuchung interessiert grundsätzlich der tatsächliche Wirkungskreis einer Zeitung, nicht die Wirkungsabsicht oder gar -absichtslosigkeit. Auch der farbloseste 'Generalanzeiger' (soweit es ihn überhaupt gibt) wird immer, wenn auch nur in einem ganz geringen Ausmaß, politisch wirken, zumindest in dem Sinne, daß er die Masse seiner Leser immer zu gemäßigter politischer Haltung anregen wird und auch meist jegliche stärkere Reibung mit der politischen bzw. staatlichen Macht vermeidet und dadurch für sie durchaus positiv wirkt. So gesehen, gewinnt eine Zeitung dieser Art für die Staatsmacht eine sehr beachtliche Bedeutung.

(20) Dovifat, E.: 'Die deutsche Zeitung 1953/54', Die deutsche Presse 1954, Berlin 1954, S. 50

Die Sammelbegriffe und Typisierungen, die in der Zeitungs-
wissenschaft gleichfalls in Zusammenhang mit der Einordnung
der verschiedenartigen Zeitungsgruppen verwendet werden, wie
z.B. das Gegensatzpaar 'Gesinnungspresse - Geschäftspresse' (21)
oder 'Nachrichtenpresse' (22) müssen hier als unzulänglich bei-
seitegerückt werden. Bereits in den vorstehenden Ausführungen
wurde entwickelt, wie gering in der Praxis der Unterschied
zwischen der 'unabhängigen Gesinnungspresse' und der unabhän-
gigen Geschäftspresse' tatsächlich ist, der als kaum mehr vor-
handen angesehen werden kann, wenn man von dem Standpunkt:
'wie wirkt sich die Zeitung tatsächlich auf den Leser aus' das
Blatt betrachtet. Und diesen Blickpunkt einzunehmen, ist bei
dieser Untersuchung notwendig, da auch das Verhältnis von Re-
gierung und Presse untersucht werden soll und für eine Regie-
rung zwangsläufig die politische Wirkungsweise, Wirkungsrichtung
und -tendenz und der Wirkungsgrad einer Zeitung von Bedeutung
sind. Dabei ist es primär nicht beachtenswert, ob die Zeitung
durch ihre Nachrichtenpolitik, d.h. durch große Meinungsartikel
politischen Einfluß ausübt, ob hinter ihrer politischen Tendenz
die politische Gesinnung und der publizistische Wille des Ver-
legers oder des Redaktionsstabes sichtbar werden oder die re-
daktionelle Linie nur ein Abfallprodukt der geschäftlichen Am-
bitionen des Verlegers ist. Politisch wirken tun sie alle.

Sind auch die Presseorgane mit ausgeprägtem Meinungs- und Kommen-
tarteil den Nachrichtenblättern, ist die 'Gesinnungspresse' der
'Geschäftspresse' in der Intensität der Wirkung auf den Leser
überlegen, so gewinnen die letzteren beiden Gruppen der Ge-
schäftspresse und Nachrichtenpresse (wobei Nachrichtenpresse
und Geschäftspresse oft zusammenfallen; es gibt aber auch eine
partei- und gesinnungsmäßig gebundene 'Nachrichtenpresse') durch

(21) Dovifat, E.: Zeitungslehre I, Berlin 1937, Göschen-Band
Nr. 1039, S. 17 ff.
siehe auch Groth, O.: Die Zeitung, Bd. IV, Berlin 1930,
S. 322 ff.

(22) Bömer, K.: Das internationale Zeitungswesen, Berlin 1934,
S. 7

ihre meist verhältnismäßig viel größere Verbreitung und Auflage an Bedeutung als Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Dovifat (23) will den Ausdruck 'Gesinnungszeitung' vermieden wissen, da er nur die Zeitungen als 'Gesinnungszeitung' betrachtet, die bewußt und nach eigener Angabe eine festgenannte Parteirichtung vertreten würden. Da nun die deutschen Zeitungen der Gegenwart eine parteiliche Fixierung ihres Wollens vermeiden, scheide dieser Begriff als Gliederungsmerkmal für die Presse der Gegenwart aus. Dovifat sieht in dem 'grundrichtungsbestimmten Blatt' einen neuen Pressetyp:

"Er zeigt in Stoff und Aufmachung eine Leserwerbung und spricht einen Bezieherkreis an, dessen Sammlung früher so nur die unparteiischen Generalanzeiger mit Erfolg betrieben, aber damit - und das ist das Neue - verbinden diese Blätter eine dieser Tatsache angepasste Form bewußter Willensbildung. Dieser Zeitungstyp, der dann auch seine Richtung mehrfach allgemein bezeichnet, ist neu im deutschen Zeitungswesen. Unter kluger verlegerischer Leitung, redaktionell in weit und liberal gefaßter Stoffbearbeitung - sie sagt den Kämpfertypen in der Politik nicht immer zu - ist die Voraussetzung gegeben, an die Millionenzahl der politisch schwer Zugänglichen wirklich heranzukommen. So hat sich dieser Zeitungstyp oft zu gedeihenden und auflagenstarken Unternehmen von unbedingtem publizistischem Lebensrecht entwickelt. Aber auch hier - bei allem Anerkennen und Bekennen einer festen Richtung - ist keinerlei feste Bindung an eine Partei oder gar an ihr Programm gegeben." (24)

Wenn U. Wirth schreibt, daß sich aus dem Wesen der Zeitung und Nachricht als den Produkten individuellen Geistes zwangsläufig ergebe, "daß ein subjektiver Zweck über den publizistischen hinaus in Erscheinung tritt" (25), so möchte ich es dahingehend konkretisieren, daß eine Zeitung immer eine politische Wirkung auf die Öffentlichkeit ausübt, mag sie es wollen oder nicht.

(23) Dovifat, E.: Die deutsche Zeitung 1953/54 in: Die deutsche Presse 1954, Berlin 1954

(24) Dovifat, E.: a.a.O. S. 49/50

(25) Wirth, U.: Die möglichen Leistungen der neuzeitlichen Presse im Dienste des Friedens, München 1951, S. 15

c) Die 'unabhängige' Zeitung

Bei diesem Komplex der Zeitungsgruppierung und Einordnung tauchen und fallen die verschiedenen Begriffe auf, die die Grundhaltung einer Zeitung in einem Wort zusammenfassen wollen, die aber bei dem Versuch einer strengen Typisierung Verwirrung stiften können.

Der meist gebrauchte Begriff ist das viel- und nichtssagende Wort 'unabhängig', manchmal in Verbindung mit ihm das Adjektiv 'überparteilich', welches - je mehr sich die Entwicklung der Zeitungen von der Besatzungsära entfernte - etwas in den Hintergrund trat. Jedoch erscheinen die genannten Begriffe auch heute noch als Wortpaar in den Titeln grosser Zeitungen (Beispiele: "HAMBURGER ABEND-BLATT/Unabhängig - überparteilich"; "LÜBECKER NACHRICHTEN/Die grosse überparteiliche und unabhängige Zeitung..."). - Bei der Durchsicht des "Leitfadens für Presse- und Werbung 1957" fällt auf, dass zur Kennzeichnung der politischen Richtung der einzelnen Blätter, besonders bei auflagenmässig kleineren Zeitungen, abgesehen von dem Wort 'unabhängig' häufiger die Bezeichnung 'neutral', 'unparteilich' und auch 'überparteilich' oder eine Verbindung von zweien dieser Adjektive verwendet werden (Die Angaben stammen von den Verlagen selbst). - Aus der Fülle seien einige typisch anmutende Beispiele herausgegriffen: GENERALANZEIGER FÜR SCHAUMBURG-LIPPE, Stadthagen: neutral / SIEGENER ZEITUNG: neutral-überparteilich / SELBER TAGBLATT: unparteilich.

Die reinen Parteizeitungen sind meist als solche bereits am Kopf zu erkennen, während die grundrichtungsbestimmten Blätter oft versuchen, ihre Tendenz in ihren charakterisierenden Schlagworten unter dem Zeitungstitel abzuschwächen oder gar zu vertuschen, d.h. mit dem oder den im Zeitungskopf stehenden Sammel- oder Bestimmungsworten im Leser den Eindruck zu erwecken, dass er ein 'unabhängig-überparteiliches' Blatt vor sich habe. Ein sehr aufschlussreiches Beispiel ist in diesem Zusammenhang die NEUE RHEIN-ZEITUNG, die bis zum Jahre 1955 als eindeutig abgestempelte Richtungszeitung im Untertitel die Worte 'heimatverbunden - weltoffen' herausstellte (Worte, die nach unabhängigem Generalanzeiger klingen), die jedoch heute bei nur etwas aufgelockerter Darstellungsweise doch im Grunde gleichgebliebener Grundhaltung sich offen als 'unabhängig - meinungsfreudig' bezeichnet. In gleicher Weise firmiert der TELEGRAF, Berlin, als 'unabhängige Zeitung', obwohl auch er eindeutig den Typ der Richtungszeitung verkörpert.

Es stellt sich die Frage:

Warum versuchen die Zeitungen, soweit es irgend möglich ist, sich den Anstrich des 'Unabhängigen' zu geben?

Der Grund für diese seltsamen Wortspiele ist sehr einfach: Der Leser - nicht nur der deutsche - hat im großen und ganzen eine Abneigung gegen den Begriff 'Partei'. Er möchte 'unabhängig unterrichtet' sein, er will sich seine Überzeugung selbst bilden. Dovifat bezeichnet diese Haltung des deutschen Zeitungslesers als 'neutralistisch'. Sie sei besonders darauf zurückzuführen, daß der Leser bereits einmal auf eine "Partei", die NSDAP, hereingefallen sei, und zum anderen wisse er mit der Bedeutung des Begriffes Partei nichts anzufangen. Es ist durchaus in den Ausführungen von Dovifat zu spüren, daß seine Sympathien der politisch-bekennenden, der parteipolitisch orientierten Presse gehören. (26)

Daß das Streben nach echter 'Unabhängigkeit' aber mehr ist als nur Scheu vor Bekenntnis-Bezeichnungen oder 'Streben nach hoher Auflage', das soll folgendes Zitat aus dem Jahre 1903 andeuten. Zu Beginn des genannten Jahres schrieb der RHEINISCHE KURIER, ein Blatt, das den National-Liberalen nahestand:

"Was sich neben der fraktionellen Parteipresse und den 'parteilosen' Blättern aufbaut, ist eine unabhängige Presse, die nicht im Gegensatz zu den Parteien steht, aber geistig, ökonomisch und gesellschaftlich unbeeinflußt von diesen ihren Weg nimmt. Diese Presse ist auf sich selbst gestellt, d.h. auf ihre Eigentümer, auf ihre Redakteure und Mitarbeiter. Diese bilden das journalistische Movens; sie vertreten eine gemeinsame, geschlossene politische, künstlerische und soziale Weltanschauung. Solche Blätter zeigen nicht die Parteizugehörigkeit den Lesern als Wechsel vor; sie wollen nach ihren eigenen positiven Leistungen beurteilt werden. Diese Unabhängigkeit der Presse auch von den Parteien ist ein großer moralischer Gewinn fürs Publikum." (27)

-
- (26) Dovifat schreibt in dem bereits mehrfach genannten Aufsatz u.a.: "Ohne Parteien würde das demokratische Leben gar nicht arbeiten, also muß man staatspolitisch bedauern, daß die Presse die Bekenntnisbezeichnungen nach Parteien oder Parteirichtungen meist meidet." a.a.O. S. 49
- (27) zitiert nach Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Sammlung Götschen, Leipzig 1907, S. 95

Gerade in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, da die Entwicklung dahin gegangen war, daß die meisten Blätter von Einfluß in irgendeiner Weise 'parteilgebunden' waren, wendet sich Brunnhuber in dem oben genannten Buch mit harten, entschiedenen Worten gegen diesen Zustand, bei dem "das parteioffiziöse Joch wahrlich schwer auf dem größten Teil der deutschen Presse lastet" (28) und führt im Anschluß daran weiter aus, daß die Unabhängigkeit von jedem politischen Dogma, die Freiheit der vorurteilslosen eigenen Meinung zur Zeit das Ideal der politischen Presse sei. Dieser Autor fordert in diesem Zusammenhang weiter, daß die 'Unabhängigkeit' nicht nur ein Vorrecht der Zeitungen und Zeitungsmänner sein solle, sondern ein Recht jedes politisch mündigen Bürgers, der nicht allein mit demselben Recht individuell denken dürfe, sondern auch Anspruch habe, völlig objektiv und vorurteilslos von einer freien Presse bedient zu werden.

Theoretisch könnte auch eine parteilich gebundene Presse durchaus diesen Ansprüchen genügen, ja, wie einige hervorragende Blätter in England es beweisen, ist das auch in der Praxis bis zu einem gewissen Grade möglich. Man muß hierbei jedoch bedenken, daß die englischen Blätter nicht von Parteiführungen abhängen (mehr als 'Grundrichtungsblätter' anzusehen sind) und selbst aus ihrer langen gewachsenen Pressetradition heraus starke Gegengewichte gegen die Gefahren, die einer parteiverhafteten Presse innewohnen, entwickelt haben.

In der Bundesrepublik mit ihren Einschnitten in der Presseentwicklung ist es weitgehend so, daß die parteipolitisch gebundenen Blätter bis tief in den Nachrichtenteil hinein sich parteipolitisch 'ausrichten' und zum Teil eine erschreckende 'Nachrichten-Politik' betreiben, die auf Kosten der Objektivität in der Unterrichtung der Leser geht.

Die meisten dieser Blätter stehen nach dem übereinstimmenden Urteil vieler Beobachter in ihrem journalistischem Standard dem der großen unabhängigen Blätter nach und gewinnen meist nur dort eine ähnliche Auflagenhöhe, wo sie sich in Stil und Aufmachung an die 'unabhängige' Zeitung annähern.

Wenn heute feststeht, daß der große Trend der Leserschaft zum 'unabhängigen Blatt' geht, dann könnte man zumindest von dem Blickpunkt Brunnhubers her gesehen diese Entwicklung sehr begrüßen, denn dann würden wir uns auf einem Wege zu einem 'Ideal der politischen Presse' befinden, wie dieser Kritiker der zeitgenössischen Presse vor dem ersten Weltkrieg es nannte:

"Wenn dieser ideale Zustand einmal eintreten sollte, dann hat die politische Presse und damit die ganze politische Entwicklung wieder eine tüchtige Etappe hinter sich, dann hat das moderne Zeitungswesen wieder eines seiner hohen Ziele im politischen Entwicklungsprozeß des Volkes, in dem die parteimäßige Gebundenheit nur eine Zwischenstufe war, erreicht: - es hat den Bürger zur selbständigen politischen Persönlichkeit erzogen." (29)

Dabei grenzt dieser Verfechter des hohen Wertes der 'unabhängigen' Presse diese ganz eindeutig von der sogenannten 'parteilosen Presse' ab, die es jedem recht machen wolle und auf eine politische Meinung überhaupt verzichte. "Das bedeutet selbstverständlich den Ruin jeder geistigen Belebung der politischen Presse, an deren Stelle dann der nackte Zeitungskapitalismus treten würde."

Und Brunnhuber ist es auch, der neben dem 'Parteien-Einfluß' als Gefahr für die Unabhängigkeit der Zeitung besonders vor dem Übergreifen des Kapitalismus in das geistige Interessengebiet der Zeitung warnt. Von hier aus drohe der modernen Presse die schlimmste Gefahr. Den einzigen Schutzwall dagegen würde das ethisch-gegründete Selbstbewußtsein der geistigen Schöpfer der Zeitung bilden: der Journalisten! - Auf ihrer Selbstachtung ruhe die Hoffnung aller derer, die in der Zeitung den Herold der modernen demokratischen Entwicklung begrüßten. (30)

Hier wird zweifellos die größte Problematik der modernen Zeitung angesprochen, nämlich ihre Zwitterstellung als Geschäftsunternehmen (das auf die Anzeigen-Einnahmen zu seiner Existenz angewiesen ist) und zugleich als Organ der Öffentlichkeit, das bedeutend durch seine Information, Kritik und seine Stellungnahmen zur öffentlichen Meinungsbildung beiträgt, das sozusagen eine öffentliche Aufgabe in privatem Mandat ausübt.

(29) a.a.O. S. 99

(30) a.a.O. S. 168

Zu diesem Punkt dürfte es interessant sein zu erwähnen, daß die Fabian Society, die geistige Zentralkraft des englischen 'Labourism' in ihrem Kulturprogramm die Presse aus dieser engen Verbindung mit dem Kapitalismus (mag sie sich in der Praxis in ihrer redaktionellen Haltung auswirken oder nicht: gewisse periphere Einflüsse sind immer gegeben!) herauslöst.

Auch im sozialistischen Idealstaat der Fabier, ja gerade dort, soll die Pressefreiheit um jeden Preis gewahrt bleiben. Einerseits würden die Zeitungen als Privateigentum oder Aktiengesellschaften nicht mehr existieren, zum anderen lehnen die Fabier jedoch auch eine 'Art Presse-Monopol' ab, das sie für geeignet hielten, die Meinungsfreiheit zu vernichten. Sie erblicken in der Konsumgenossenschaft die geeignetste Form für Presse-Unternehmungen; so könne erst ein wahrhaft unabhängiger Journalismus als anerkannter und selbständiger Berufsstand mit eigenem Leistungsstandard und Berufsehre ermöglicht werden. (31)

Der Publizist E. Müller-Meiningen jun. untersucht in einem Aufsatz "Die Presse ist an allem schuld" (32) das Problem der Doppelaufgabe der Presse eingehend und kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die Verbindung von öffentlicher Aufgabe der Zeitung einerseits und von privatem Mandat andererseits, nämlich dem nicht zuletzt auf Auflagenhöhe, Inseratengeschäft, also kaufmännischen Erfolg bedachten Verlegerinteresse zwar eine unbestreitbare Problematik schaffe, die aber noch um Unendliches gefahrloser sei (vorausgesetzt, daß Geldquellen und Eigentumsverhältnisse offen lägen) als eine staatlich beeinflusste oder staatlich gelenkte Presse.

In seiner juristischen Dissertation hat sich B. Maurer (33) eingehend mit dem 'Einbruch des anonymen Kapitals in die Presse' auseinandergesetzt und die 'Gefahren für die innere Freiheit der Presse', gestützt auf Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart

(31) Reichel, E. : Der Sozialismus der Fabier, Heidelberg 1947

(32) Müller-Meiningen jun., E.: Die Presse ist an allem schuld, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15./16. Mai 1954

(33) Maurer, B.: Zur inneren Freiheit der Presse, Jur. Diss. Mainz 1953

dargelegt. Es wird deutlich gemacht, daß gerade viele 'unabhängige' Blätter über Beteiligungen wirtschaftlicher Mächte am Besitz von Zeitungen, über Insertionen, die zum Teil verschleierte Subventionen sind, im Grunde abhängige Interessenvertreter seien. Diese Gefahren seien in der Gegenwart umso mehr gegeben, als die Zeitungsverlage, insbesondere beim Wiederaufbau, infolge der Notwendigkeit großer Investitionen an Kapitalmangel leiden würden. Was sich hinter dieser scheinbaren 'Unabhängigkeit' verbirgt, versucht der Verfasser in folgenden Sätzen darzulegen:

"Bei den Zeitungen, die einer Interessengruppe dienen, muß der Redakteur nach den Befehlen der Anteilseigner deren Interessen unter allen Umständen wahren. Unabhängig von einer vielleicht festgelegten politischen Linie hat er sich den wechselnden Interessen der Maßgebenden zu fügen. Er ist insofern in der gleichen Lage wie ein Redakteur der Geschäftspresse, der sich ohne Rücksicht auf seine publizistische Aufgabe nach den Wünschen der Abonnenten und Inserenten zu richten hat. Die Geschäftspresse macht aber aus dieser Einstellung keinen Hehl und kann es auch gar nicht, wenn sie konsequent ihr Ziel verfolgen will, da sie letztlich von den Zugeständnissen an ihre Kundschaft lebt. Die von den Interessengruppen gelenkte Zeitung legt dagegen größten Wert auf den Eindruck ihrer Unabhängigkeit. Sie hätte nur sehr wenige Leser, wenn sie klar zu erkennen gäbe, daß sie die Interessen einer bestimmten Gruppe vertritt. Will sie eine große Anzahl von Beziehern ansprechen, so muß sie sich durch neutralen Titel und entsprechende Aufmachung den Anschein geben, der objektiven und überparteilichen Unterrichtung zu dienen." (34)

In einem vorhergehenden Abschnitt weist der Verfasser auf eine weitere Gefahrenquelle für die Unabhängigkeit des Redakteurs hin, die die Bejahung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in Zeitungsbetrieben mit sich bringen würde. - Nachdem er kurz die einzelnen Punkte der Gefährdung der 'Unabhängigkeit' durch die Mitbestimmung dargelegt hat, folgert er:

"Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer hätte eine Zensur zur Folge mit dem Ergebnis, daß kein gegen die Gewerkschaften gerichteter Artikel mehr veröffentlicht werden könnte, weil die Herstellung durch das technische Personal verweigert würde."

Der Gesetzgeber hat diese mögliche Gefährdung für die Pressefreiheit beseitigt, indem er das wirtschaftliche und personelle

(34) Maurer, B.: Zur inneren Freiheit der Presse,
Jur.Diss. Main 1953, S. 54/55

Mitbestimmungsrecht bei sogenannten 'Tendenzbetrieben' ausschloß. (35)

"Entgegen der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung gehören zu den Tendenzbetrieben nicht nur die Gesinnungszeitungen, sondern alle Tageszeitungen." (36)

Die folgende Begründung erscheint gerade in Zusammenhang mit diesem Abschnitt besonders wesentlich:

"Die vom DGB gewünschte Unterscheidung der Zeitungen, die in der Hauptsache auf Erwerbszwecke gerichtet sind, von den Gesinnungszeitungen läßt sich nicht durchführen, da auch die Gesinnungszeitungen nach geschäftlichem Gewinn streben und die Blätter der Geschäftspresse oft eine politische Gesinnung vertreten." (37)

Von diesem Satz ausgehend kann man vielleicht am besten die Spannweite des Begriffes der 'Unabhängigkeit' von Zeitungen ermitteln und könnte ihn mit folgender Definition erfassen:

Als unabhängig können bezeichnet werden alle grundsichtungsbestimmten Zeitungen und Organe ohne Richtungsbestimmung, bei denen der oder die Verleger und Eigentümer der Zeitung die Tendenz im Großen bestimmen bzw. die Gestaltung innerhalb eines bestimmten Rahmens den journalistischen Mitarbeitern ihres Vertrauens überlassen. Bei Verwendung des Doppelbegriffes 'unabhängig-überparteilich' fallen die grundsichtungsbestimmten Zeitungen nicht mehr unter diese Definition.

Der Begriff 'unabhängig' kann also nur durch Abgrenzung gegenüber der Gruppe von abhängigen Organen bestimmt werden, die offensichtlich von Instruktionen irgendwelcher Art von außen gesteuert werden. Es ist jedoch nicht möglich, ihn mit einem eindeutigen positiven Inhalt zu füllen, wie die vorstehenden Abschnitte beweisen dürften. - Dieser Begriff wird bei näherer Betrachtung zu einem 'schillernden Wechselbalg'; er ist eine Bezeichnung, die nur als Sammelbegriff für die grösste Einteilung tragbar ist und die alle Gruppen von der 'kämpferischen Gesinnungszeitung', die ohne irgendwelche Abhängigkeiten von

(35) s. § 81 Betriebsverfassungsgesetz vom 11.10.1952

(36) Maurer, B.: a.a.O. S. 48/49

(37) Maurer, B.: a.a.O. S. 49

anderen öffentlichen Gruppierungen aus Verlag und Redaktion selbst heraus gestaltet wird, über die Heimatzeitung bis zum Generalanzeiger und zur reinen Geschäftspresse reicht, ja auch jene Gruppe mit einschließt, die zwar als 'unabhängig' firmiert, jedoch in mehr oder minder verhüllter Abhängigkeit von außenstehenden Interessenten deren Meinungen und Standpunkte ver-
ficht.

Die Heimatzeitungen können in ihrer Mehrzahl nicht mit der 'unabhängigen Gesinnungspresse' auf eine Stufe gestellt werden, können jedoch ihre wohl angemessene und nicht unbedeutende Aufgabe im Mosaik der Presse erfüllen. Wenn sie sich auch in vielem dem politisch weniger intensiven 'Generalanzeiger' annähert, der die Meinungen, die er wiedergibt, meist möglichst in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Abonnenten und Inserenten zu halten versucht, so haften ihr doch in vielen Fällen auch Züge der Gesinnungspresse an, die hier besonders vom Heimatpolitischen her ihre Akzente erhalten. Karl d'Ester betrachtet gerade die Heimatzeitung in einer Zeit, in der darüber geklagt wird, daß der Mensch immer mehr aus seiner heimatlichen Umgebung herausgerissen werde und dann leicht jeden Halt verliere, als ein "wertvolles Mittel", um den Menschen in einer lebendigen Verbindung mit seiner Heimat-
scholle zu halten. (38)

Innerhalb der Presse selbst werden freilich Definitionen des 'Unabhängigen' verfochten in dem Bestreben, den Begriff einzugrenzen und positiv zu bestimmen, die von einem hohen journalistischen Ethos zeugen. In einer Sonderbeilage der NEUEN WÜRTTEMBERGISCHEN ZEITUNG vom 15. August 1952, einem 'unabhängigen Heimatblatt' im besten Sinne des Wortes, wird versucht, die 'Unabhängigkeit' näher zu bestimmen in einem Aufsatz, der bezeichnenderweise die Überschrift trägt: "Der eigene Betrieb als Grundlage der Unabhängigkeit". - Dieses Blatt grenzt nun erst einmal den Begriff 'unabhängig' gegenüber dem der 'Überparteilichkeit' ab, selbst wenn man darunter verstehe, daß eine

(38) d'Ester, v.: Was bedeutet uns die Heimatzeitung,
DONAU-KURIER vom 29. Mai 1954

Zeitung über allen Parteien stehe und keine begünstige oder benachteilige, denn eine Zeitung könne eine sehr ausgeprägte Haltung weltanschaulicher oder politischer Art einnehmen und trotzdem 'unabhängig' sein. Das Kriterium der Unabhängigkeit liege ausschliesslich darin, "daß die Persönlichkeiten, die vor der Öffentlichkeit die Verantwortung als Herausgeber einer Tageszeitung übernommen haben, durch nichts und niemanden als ihren eigenen Willen zur Wahrhaftigkeit veranlaßt werden können, in ihrer Zeitung zu veröffentlichen oder nicht zu veröffentlichen." (39)

Es dürfe außer dem Herausgeber (und außerhalb der von ihm beauftragten Redaktion) keine andere Instanz geben, die zu bestimmen vermöge, was in der Zeitung veröffentlicht werden müsse und was nicht veröffentlicht werden dürfe. Das sei der Prüfstein!

Doch räumt das gleiche Blatt ein, daß auf jeden Zeitungsherausgeber Einflüsse von außen einwirken, und die Frage sei nicht, in welchem Umfange er solchen Einflüssen nachgebe, sondern in welchem Umfange er ihnen auch gegen sein Gewissen, gegen sein besseres Wissen und gegen seinen Willen zur Wahrhaftigkeit nachgeben müsse. Es gebe also Grade der Unabhängigkeit. Die absolute Unabhängigkeit der Presse sei eine sittliche und politische Forderung, der tatsächlich erreichbare Grad der Unabhängigkeit sei das Ergebnis aus zahlreichen Faktoren, die zum Teil ganz außerhalb der Presse lägen und von dieser auch gar nicht beeinflußt werden könnten.

In diesem oben zitierten Artikel wird auch in offenen Worten ausgesprochen, daß die Klein-Zeitungen rein wirtschaftlich nicht mehr selbständig existieren könnten und sich entweder an leistungsfähigere Blätter anschließen oder ihre Selbständigkeit an einen Maternlieferanten verkaufen müßten (eine weitere Gefahr für die 'innere Freiheit' einer Zeitung!). - Dabei liege nach der in der genannten Zeitung niedergelegten Auffassung die

(39) - : Der eigene Betrieb als Grundlage der Unabhängigkeit
NEUE WÜRTTEMBERGISCHE ZEITUNG vom 15. August 1952,
Sonderbeilage S. 1

Auflagengrenze, unter der bei den heutigen Ansprüchen der Leser an Umfang und Schnelligkeit der Berichterstattung eine selbständige Zeitung nicht mehr gemacht werden könne, schon recht hoch (über 20 000 Bezieher). Außerdem sei der eigene leistungsfähige Druckereibetrieb zur wichtigsten Voraussetzung für die Erhaltung der Unabhängigkeit einer Tageszeitung geworden.

In einem Leitartikel kennzeichnete die RHEIN-NECKAR-ZEITUNG als hervorstechenden Typ der heutigen deutschen Presse die "unabhängige, aber nicht unpolitische Tageszeitung". (40) Diese Zeitungen seien sich auch in den meisten Fällen ihrer Aufgabe bewußt, die politische Meinungsbildung im Volk zu fördern und die Parteien als Elemente der politischen Willensbildung zu unterstützen. Daneben aber habe sich diese Presse ihre parteipolitische Unabhängigkeit bewahrt und jeden Einfluß einer Partei auf die politische Haltung der Zeitung abzuwehren verstanden.

Weitgehend verkörpert die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG - um nur ein hervorragendes Beispiel zu nennen - jenen Typ dieser eben genannten 'unabhängigen' Zeitung. Sie ist nicht unabhängig-überparteilich im Sinne einer liberalen Indifferenz, sondern eher einer liberalen Grundtendenz. Wenn sie auch, bedingt durch die publizistische und charakterliche Qualität ihrer Herausgeber, einen besonderen Platz im zeitgenössischen Zeitungswesen einnimmt, so können doch die Hauptpunkte ihres journalistischen Programms, die in ihrer ersten Nummer vom 1. November 1949 niedergelegt sind, zugleich als charakteristisch für die gegenwärtige deutsche 'unabhängige' Gesinnungspresse gelten:

"Die Wahrheit der Tatsachen muß heilig sein;
strenge Sachlichkeit in der Berichterstattung;
Gerechtigkeit gegenüber dem Andersmeinenden."

Abschließend drängt sich die Überlegung auf, daß der Wert der 'unabhängigen' Blätter nicht so sehr darin liegt, daß sie in

(40) - : Parteien und Presse, RHEIN-NECKAR-ZEITUNG vom 29. Oktober 1952

möglichst vollendeter Weise ihre Unabhängigkeit demonstrieren, sondern daß durch die Vielzahl der Blätter die Meinungen und Interessen im öffentlichen Leben ihren Ausdruck finden können, weiter, daß hier ein 'Pendant' des gesunden Menschenverstandes, der konstruktiven Mitte gegen starre Parteirichtlinien und Blöcke geschaffen ist. - Gerade der Wert positiver Anregungen, die aus dieser breiten Fülle der 'Presse der Mitte' herauswachsen, darf für ein demokratisches politisches Leben nicht gering veranschlagt werden.

d) Die Anpassung der Parteipresse

Der Drang der Leser zur 'parteilosen' Zeitung ist nicht nur auf Deutschland beschränkt, wo man es relativ leicht mit den historischen Reminiszenzen an die Presselenkung zwischen 1933 und 1945 erklären kann, sondern in gleichem Maße z.B. in Frankreich zu finden. In einem Bericht der RHEIN-NECKAR-ZEITUNG aus dem Jahre 1952 wird darauf hingewiesen, daß auch der französische Zeitungsleser der reinen und sachlichen Information und dem unabhängig wägenden Kommentar den Vorzug gebe, weil er es liebe, selbst zu einer Meinung zu kommen, die dann immer noch mit der Ansicht dieser oder jener Partei übereinstimmen könne. Es zeige sich das Bestreben des überwiegenden Teils der Leserschaft, sich möglichst von den Einwirkungen irgendeiner Propaganda frei zu halten. Als wesentlich an einer guten Zeitung betrachte man die Information, die gründliche und umfassende Nachricht. (41)

Für die Tagespresse der großen deutschen Parteien (praktisch haben nur CDU und SPD und KPD Organe, die der Partei selbst verpflichtet sind) stellte sich das Problem, wie nun angesichts der kategorischen Ablehnung der Meinungspresse alten Stils durch die Masse der Leser ein Zeitungstyp entwickelt werden sollte, der trotz der Angleichung an die Technik und Methodik

(41) - : Lesermehrheit will unabhängige Blätter, RHEIN-NECKAR-ZEITUNG vom 27.4.1951

der 'Geschäftspresse' unter dieser Tarnung gleichsam auch seinen politischen Zweck erfüllen könnte. Der Presse- und Propagandachef der SPD, F. Heine, untersucht in einem Aufsatz "Sozialistische Presse - gestern und heute" die Möglichkeiten für eine den Wünschen der breiten Masse der Leserschaft "angepaßte" Parteipresse. (42) Er stellt dabei die Frage, ob überhaupt ein Zeitungstyp entwickelt werden könne, der die politische Nützlichkeit des Gesinnungsblattes so mit der geschäftlichen Notwendigkeit des Sensationsblattes vereinen könne, daß Leser und Herausgeber zugleich befriedigt seien. Schließe nicht notwendigerweise das eine das andere aus? Bedeute ein Kompromiß nicht, sich von vornherein in eine ungünstigere Ausgangsposition gegenüber der hemmungslosen Konkurrenz der reinen Geschäftspresse zu begeben? Sei schließlich Anpassung nicht Selbstaufgabe? Der Beitrag versucht nicht, die gestellten Fragen zu beantworten; er weist lediglich darauf hin, daß man in Teilen Deutschlands einer Kompromißlösung näher sei als in manchen anderen Ländern.

Heine stellt heraus, daß sich die Partei in ihrer Pressepolitik für die Entwicklung von drei Typen entschieden hätte, die nebeneinander existierend, sich ergänzen und unterstützen sollten:

1. Die ausgesprochene Meinungszeitung, die den Funktionär und den anderen politisch stark Interessierten unter Verzicht auf Sensationen und reine Unterhaltung in Kommentaren und Nachrichten das benötigte Schulungs- und Informationsmaterial liefern solle. (Beispiel: BERLINER SOZIALDEMOKRAT)
2. Die sogenannte parteinahe Zeitung, die unter Berücksichtigung des Publikumsgeschmacks die äußere Gestaltung der sensationellen Presse für sich übernimmt, ohne die Aufgaben der politischen Meinungsbildung zu sehr in den Hintergrund zu drängen. (Beispiel: NEUE RUHR-ZEITUNG, TELEGRAF)

(42) Heine, F.: Sozialistische Presse - gestern und heute, NEUER VORWÄRTS, Jubiläumsausgabe "75 Jahre VORWÄRTS" vom 1. Oktober 1951

3. Die reine Geschäftspresse, die ohne erkennbare politische Beeinflussung hauptsächlich als Finanzierungsquelle und Abwehr gegnerischer Konkurrenz zu dienen habe. (Beispiel: HALBÜRGER MORGENPOST)

Durch die innenpolitische Entwicklung in den Jahren nach 1949 und besonders nach 1953, die die Sozialdemokratie immer mehr in eine isolierte Oppositionsstellung zwang, wurde innerhalb dieser Partei immer stärker der Ruf nach einer Presse laut, die nicht nur ins eigene Lager hineinzuwirken vermag.

Folgende Sätze, die 1908 von R. Brunnhuber geschrieben wurden, sind heute noch bis zu einem gewissen Grade aktuell geblieben:

"Tief bedauerlich und für die Moral unseres politischen Lebens von unberechenbarem Schaden ist der besonders oft zutage tretende Parteichauvinismus der sozialdemokratischen Presse. Sie, der man das Lob nicht absprechen kann, in der Verbindung von Kapitalismus und Presse, soweit es den Anzeigenteil betrifft, intakter dazustehen, leidet umso stärker an der prinzipiellen Voreingenommenheit gegen andere Parteirichtungen und deren Bestrebungen und Leistungen im öffentlichen Leben." (43)

Auch A. Koestler behandelt in seiner Autobiographie die publizistische Schwäche und Problematik der deutschen Sozialdemokratie (und nicht nur der deutschen) in Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Pariser Korrespondent für den SPD-Pressedienst in der Zeit der Weimarer Republik. (44)

Er macht auf die Tatsache aufmerksam, daß die Sozialdemokraten in den letzten dreißig Jahren, in denen sie verschiedentlich mit einer absoluten Mehrheit oder als Partner in einer Koalition die Macht in Händen gehabt hätten, nicht fähig gewesen seien, eine wirklich erstklassige Tageszeitung mit einer Massenauslage zu schaffen. Der VORWARTS in Deutschland, der DAILY HERALD in Großbritannien, der POPULAIRE in Frankreich seien stets langweilige provinzielle Parteiorgane geblieben, die nie in der Lage gewesen seien, mit den Zeitungen ihrer Gegner zu konkurrieren, nicht einmal, wenn diese Konkurrenz zur geschlagenen Minorität gehört habe. - Koestler begründet diese Erscheinung

(43) Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907, S.98

(44) Koestler, A.: Pfeil ins Blaue, München 1954

in einer überraschenden Weise: Es habe den Sozialdemokraten an Phantasie und wohl noch mehr an einer menschlichen Einstellung zum Volk gefehlt. Diese 'Parteibonzen' hätten das Volk in erster Linie als Zielscheibe ihrer Propaganda betrachtet und nicht als eine lebendige Wirklichkeit, deren Interessen, Geschmack und Schwächen verstanden und geteilt werden müßten, wenn man die Welt verändern wolle. Die sozialdemokratischen Parteiführer, die zwar oft dem Volk entstammten, aber nicht mehr zu ihm gehörten, wollten die Massen beherrschen und lenken, ohne sich mit ihnen zu identifizieren. Ihre Rede hätte den trockenen pedantischen Broschüren-ton eines Vortragenden in Volksbildungskursen gehabt; es sei nicht die Sprache einer neuen Menschheit gewesen. VORWÄRTS, DAILY HERALD und POPULAIRE hätten diese lähmende Tradition nie überwunden.

Von christlich-demokratischer (katholischer) Seite her setzt sich der Verleger und Publizist J. W. Naumann mit dieser Problematik auseinander. (45) Er gesteht dem Leser gleichfalls - durch die geschichtliche Erfahrung der letzten zwanzig Jahre bedingt - eine 'Parteimüdigkeit' zu, nachdem er bereits vorher kurz skizziert hatte, daß 1953 sich von den bestehenden 1403 Zeitungen (Zeitungstitel !) 64,1 % als neutral, unpolitisch oder überparteilich bekannt hätten, 4,9 % der CDU/CSU verbunden, 1,2 % katholisch seien und 3,5 % zur SPD gehörten (ohne Angabe 15,3 %). Im Tenor seiner Äußerungen, ohne daß er dies deutlich ausspricht, ist kein Wille zur Anpassung an den 'Massengeschmack' zu spüren. Speziell in Bezug auf die katholische Tageszeitung vertritt er die Auffassung, daß sie der Belehrung und Erwärmmung, Anregung und Förderung des politischen Denkens weitgehend derer diene, die schon ihre entsprechenden politischen Auffassungen hätten. Das wäre der Grund, warum die Auflage dieser Zeitungen so gering sei.

In seiner Gesamtauffassung weist der Verfasser der katholischen Zeitung eine mehr 'elitebildende' Rolle im politischen Sinne zu denn eine 'missionierende', daß sie in Volksschichten

(45) Naumann, J.W.: Öffentliche Meinung und kirchliche Presse, DEUTSCHE TAGESPOST vom 6.10.1954

dringe, die für die vertretenen Standpunkte zu gewinnen wären. Dagegen würde die kirchliche Zeitschrift (die Bistums- und die Sonntagsblätter) ausser dem Drittel der Bevölkerung, das die Kirche ernst nehme und ausschlaggebend für den Bestand des Christentums sei, auch die Säkularisierten erreichen und den Anschluß dieser Gruppe an die Aktiven halten.

Hier zeigt sich deutlich - das Gesagte gilt weitgehend auch für den evangelischen Bereich - eine gewisse Umkehrung der normalen Aufgabenbereiche von Zeitung und Zeitschrift. Die Zeitung bezieht sich speziell auf einen beschränkten Kreis von besonders Interessierten.

e) Der Strukturwandel der deutschen Presse

Bildete noch in der Kaiserzeit vor 1914 die Gesinnungszeitung, die meist parteigebunden war, den vorherrschenden Zeitungstyp in der deutschen Presse, obwohl der 'Generalanzeiger' sich bereits anschickte, seine Positionen auszubauen, so wurde die Zeit der Weimarer Republik vom 'Generalanzeiger' beherrscht: er war die volkstümliche Massenzeitung dieser Ära. Neben und über diesem Typ der Tageszeitung stand die sogenannte 'grosse Presse' (wie KÖLNISCHE ZEITUNG, FRANKFURTER ZEITUNG, KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, BERLINER TAGEBLATT u. VOSSISCHE ZEITUNG) als wesentlicher Faktor in diesem Abschnitt der deutschen Presseentwicklung. Zum Generalanzeiger muß hier noch ein großer Teil der Klein-Zeitungen gerechnet werden, die besonders zu dieser Zeit der beherrschende Typ des deutschen Zeitungswesens waren. Vor 1933 blieben 93 % aller deutschen Blätter unter 10 000 Auflage, 70 % blieben sogar unter 5000 Exemplaren. Mit 4703 Zeitungen für das gesamte Reichsgebiet war Deutschland das zeitungsreichste Land. (46)

In der Epoche nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein für Deutschland neuer Typ der Zeitung geboren, der sich aus der lizenzierten

(46) - : Handbuch der deutschen Tagespresse von 1932, herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitungskunde.

vorwiegend entwickelte und der heute noch dominiert: der Typus der 'unabhängigen Meinungszeitung', den Dovifat als einen "Typ richtungsbestimmter, aber in gleicher Weise auch volkstümlicher Blätter" bezeichnet. (47) In dieser Zeitung verbinde sich der alte Generalanzeiger mit der Gesinnungszeitung früheren Stils zu einem Typ. Und gerade von diesem Zeitungstyp gehe eine große Zahl von Nebenausgaben aus: Man verwende ein für die breite Leserschaft bestimmtes, politisch ausgerichtetes Hauptblatt und verbinde damit in den Nebenausgaben den örtlich gebundenen Stoff. Richtungsbestimmt, regional dienstbar und wirtschaftlich lebensfähig sei dieser neue Typ der deutschen Presse. Er sei für die demokratische Entwicklung deswegen besonders wertvoll, so stellt Dovifat fest, weil diese Presse deutlich kundgebender Träger einer politischen Richtung sei, ohne parteipolitisch-pragmatisch gebunden zu sein. Die alte sogenannte 'Generalanzeigerpresse', so tüchtig sie zeitungswirtschaftlich und nachrichtentechnisch zur Entfaltung der ganzen deutschen Presse beigetragen habe, hätte nicht über diese Vorteile verfügt. Sie sei kein Glück für die politische Gesamtentwicklung Deutschlands gewesen. - Diese Ausführungen stehen in einem gewissen Gegensatz zu früheren Feststellungen des gleichen Verfassers, die auf eine 'Politisierung des Generalanzeigers seit der Jahrhundertwende' hinweisen, der nicht mehr unpolitisch sei, aber auch nicht parteipolitisch, sondern auf einer allgemeinen Grundlinie ('rechts', links, national, bürgerlich) politisch Stellung nehme. Alle Blätter, die aus dieser Wurzel stammten, seien politische Tageszeitungen mit einem oft sehr weiten Leserkreis geworden. (48)

Die Feststellung von W. Hagemann, daß man im Zeitungswesen der freien Welt allgemein eine zunehmende Farblosigkeit der

(47) Dovifat, E.: Deutsche Zeitungstypen seit 1945, Sondernummer des ZEITUNGSVERLAG "50 JAHRE ZEITUNGSVERLAG", Nr.1/2 vom 31.1.1953, S. 35/36

(48) Dovifat, E.: Zeitungslehre I, Leipzig 1939, S. 114

politischen Haltung und Richtung beobachten könne, daß die Zeitungen mehr und mehr sich aus Meinungsträgern zu publizistischen 'Versorgungseinrichtungen' für den laufenden Tagesbedarf möglichst weiter Schichten entwickelt hätten, trifft zumindest bei der gegenwärtigen Entwicklung für die deutsche Presse nur in einem ganz geringen Ausmaß und für einen geringen Teil der deutschen Blätter zu.

Seine weitere Beobachtung einer zunehmenden 'Popularisierung' in Inhalt und Aufmachung, wobei die Sensations- und illustrierte Wochenpresse mehr und mehr das Vorbild auch für die ernsthafte Tageszeitung würde, die dadurch dem Lesergeschmack und der Leserbequemlichkeit möglichst weit entgegenzukommen suche, trifft jedoch voll für die deutsche Presse zu. (49)

Auch Jaenecke weist im gleichen Zusammenhang darauf hin, daß sich eine Reihe großer deutscher Blätter zum Typ des Boulevard-Blattes entwickelt haben. (50)

Der gleiche Verfasser skizziert noch folgende Punkte, die für die deutsche Presse der Gegenwart charakteristisch sind:

1. Der Zug der Zeit gehe zweifellos in die Richtung einer Konzentration mit dem Ziel einer großen, erheblich über dem Existenzminimum liegenden Auflage. Es sei anzunehmen, daß die Zahl der Zeitungen sich verringern, ihre Größenordnung dagegen wachsen werde. - Es würde jedoch auch in der Bundesrepublik wohl eine gewisse Vielfalt der Zeitungstypen erhalten bleiben, denn die Eigenart der deutschen Verhältnisse setze einer solchen Entwicklung Grenzen und werde es daher nicht zulassen, daß sich das deutsche Zeitungswesen in einer so gefährlichen und schädlichen Weise auf wenige Betriebe beschränke, wie das heute schon in England der Fall sei.

(49) Hagemann, W.: Konkurrenten der Zeitung, ZEITUNGSVERLAG, Sondernummer "50 JAHRE ZEITUNGSVERLAG", Nr.1/2 vom 31.1.1953, S. 23

(50) Jaenecke, W.: Wandlungen im deutschen Zeitungswesen/ Zwei Jahrzehnte deutscher Presse, ZEITUNGSVERLAG, Sondernummer "50 JAHRE ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2 vom 31.1.1953, S.22

2. Der alliierte Zeitungsplan, der eine vorwiegend aus Meldungen und Reportagen bestehende Zeitung vorgesehen habe, habe sich nicht durchgesetzt.
3. Der Reportage, die früher bei uns nicht ausreichend gewertet worden sei, sei inzwischen ein größeres Feld gewonnen worden.
4. Leitartikel und Kommentierung, wie sie der deutsche Leser von seiner Zeitung erwarte, hätten verlorenen Boden zurückgewonnen.

Helmut Cron, der Chefredakteur der DEUTSCHEN ZEITUNG UND WIRTSCHAFTSZEITUNG, stellt in einer Untersuchung zu diesem Thema noch einen Umstand heraus, der das Gesicht der deutschen Presse besonders verändert habe:

Deutschland sei das einzige Land der Welt, das keine hauptstädtische Presse mehr kenne. Keine andere Stadt habe die Rolle Berlins für die Presse übernommen, am wenigsten unsere Bundeshauptstadt Bonn. Durchaus nicht alle führenden Zeitungen, die in der Welt etwas gegolten hätten, hätten ihren Sitz in Berlin gehabt, aber selbst die FRANKFURTER ZEITUNG oder die KÖLNISCHE ZEITUNG wären ohne den Pressehintergrund Berlins als Reichshauptstadt etwas anderes gewesen. Der Autor schreibt dann wörtlich:

"Daß wir heute keine Zentralorgane der Parteien mehr haben, wie früher den VORWÄRTS für die SPD, die GERMANIA für das Zentrum, hängt damit zusammen. Und die Zeitungen gar wie das BERLINER TAGEBLATT, die VOSSISCHE ZEITUNG, die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG kann man sich ohne den Hintergrund der Berliner Reichszentrale überhaupt nicht vorstellen. Die Luft, die Berlin als Millionenstadt politisch und gesellschaftlich gesehen für einen lebendigen Journalismus bereit hielt, fehlt in Bonn. Und weil Bonn als Bundeshauptstadt so gar keine Presseatmosphäre besitzt, fehlen der deutschen Presse heute auch die Kristallisationsmöglichkeiten. Der Aufsplitterung in Hunderte von Zeitungen fehlt die Mitte, die Orientierungsmöglichkeit. Die Redaktionsbüros der großen Zeitungen in Bonn können diesen Verlust nicht ersetzen. Sie tragen ein Stück Provinz nach Bonn, aber das wichtigere Gegenstück, der große Presseatem, der nur von dem regen Presseleben einer Hauptstadt ausgehen und auch die Zeitungen draußen befruchten kann, fehlt..." (51)

(51) Cron, H.: Nicht mehr das zeitungsreichste Land/Strukturwandel und politisches Relief der deutschen Presse, DEUTSCHE ZEITUNG UND WIRTSCHAFTSZEITUNG vom 29.8.1953

Cron weist dann darauf hin, daß in den meisten Fällen die Qualität unserer Zeitungen nicht im geringsten hinter den Zeitungen von früher zurückbleibe. Die großen Regionalblätter seien sogar weit besser als früher. Sie seien es aber nur, weil es die Anziehungskraft einer anspruchsvollen überregionalen, und das heiße in einer Hauptstadt verwurzelten Presse, nicht mehr gebe. - Wörtlich fährt er fort:

"Der Profit für die Regionalzeitungen ist erkaufte mit einem Manko an Zeitungen, die repräsentativ die politische Meinungsbildung über die Ländergrenzen hinweg beeinflussen können. Der Mangel an profilierten Zeitungen dieses überregionalen Stils drückt auf unser ganzes politisches Leben. Die Zahl der überregionalen Zeitungen mit Auslandsbedeutung ist verschwindend gering gegen früher. Daran ist nicht die Presse schuld, sondern der Umstand, daß wir keine Bundeshauptstadt haben, die diesen Namen verdient."

Diese Begründung für das weitgehende Fehlen einer großen Presse in Deutschland erscheint überaus einseitig gesehen und überspitzt formuliert, wenngleich dieses Moment eine gewisse Rolle spielen dürfte. - Das entscheidende Moment ist das wirtschaftliche. Und gerade das wurde völlig außer acht gelassen. Es ist bekannt, daß bereits in der Vorkriegszeit die großen politischen Blätter, die sich nur in einzelnen Fällen selbst trugen, meist aus anderen Einnahmen ihrer Verlage und Druckereien, zumindest in den Jahren schlechter Konjunktur, mitgetragen werden mußten.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Westdeutschland sind die Kosten einer großen politischen Zeitung mit eigenem Weltnachrichtendienst unerschwinglich, nachdem die alten Verlage über lange Jahre hinaus wirtschaftlich und politisch vernichtet waren und auch die Lizenzverlage wirtschaftlich meist nicht in der Lage sind, derartige Projekte in Angriff zu nehmen.

Im Gesamtbild ist in der Bundesrepublik Deutschland ein wesentliches Überwiegen der ernsthaften Tagespresse zu erkennen, wobei in den meisten Fällen die Qualität unserer Zeitungen derjenigen von früher durchaus gleichkommt.

Das von Bischof Lilje herausgegebene SONNTAGSBLATT schreibt in einer kurzen Studie zu diesem Thema, daß es gewiß falsch wäre, dem modernen Zeitungstyp seine Existenzberechtigung abzuspochen (52). Viele würden nach solchen Blättern verlangen, um eben nur gerade so weit über die Tagesereignisse informiert zu sein, wie es in den Horizont ihres unmittelbaren Interesses und Erlebens passe.

Über die Bedeutung und die Behauptungskraft der ernsthaften Zeitung, des Blattes, das noch wirklich Meinungsträger ist, findet das SONNTAGSBLATT folgende Worte, die am Ende dieses Abschnittes wörtlich wiedergegeben werden sollen:

"Die ernsthafte und anspruchsvolle Tagespresse wird ... nicht einfach altmodisch und noch viel weniger einfach langweilig sein. Tatsächlich hat sich ja auch ihr Stil gegenüber früheren Zeiten gewandelt. Ihre Existenzberechtigung und ihre Zukunft hat sie jedoch allein deshalb, weil sie - und die äußere Form gehört dazu - das Leben unserer Zeit noch viel deutlicher, objektiver und - interessanter spiegeln und zugleich selbst in dieses Leben hineingreifen kann. Gerade in ihr knistert es in den Zeilen, werden die Fragen und Spannungen unserer Zeit deutlich. Aber es knistert freilich nur für den, der ein Ohr dafür hat; und das vielfältige, spannungsgeladene Leben wird nur deutlich für den, der mit wachem Geist an ihm teilzuhaben vermag. Dieser Leser wird gerade die umfassende und objektive Information suchen, die ihm die eigene Stellungnahme ermöglicht. Solange es aber diesen anspruchsvollen Menschen gibt, wird die gute Zeitung ihn auch zum Leser haben." (53)

f) Haben wir eine gesunde Presse?

Diese Frage ist von verschiedenen Seiten zu beleuchten und verschieden zu beantworten.

Wenn man in dieser Fragestellung vor allem das wirtschaftliche Moment der Krisenfestigkeit angesprochen sieht, dann wird man heute noch für einen Teil der Blätter vorsichtig verneinen müssen, besonders wenn man die Situation im Hinblick auf mögliche wirtschaftliche Krisensituationen betrachtet und dabei an die Äußerung von Jaenecke denkt:

(52) - :Krise der guten Zeitung - Krise des Lesers, SONNTAGSBLATT vom 7.11.1954

(53) a.a.O.

"In der Struktur der deutschen Presse haben sich erhebliche Wandlungen vollzogen. Ihre Auswirkung besteht aufs Ganze gesehen in einer erheblichen Schmälerung ihrer wirtschaftlichen Erträge und damit in einer Gefährdung ihrer Existenz. Weder die Bezugspreise, die weit hinter dem Standard der Vorkriegsverhältnisse zurückgeblieben sind, noch das an Umfang wesentlich verringerte Anzeigengeschäft stellen heute ähnlich sichere Grundlagen wie früher dar. Die Notwendigkeit, große Zeitungsbetriebe mit anderen Verlagsobjekten oder mit Lohndruckaufträgen technisch und wirtschaftlich auszulasten, schafft neue Risiken und führt oft zu Investitionen, deren Rentabilität fraglich bleibt." (54)

Wenn das strukturelle Gesamtbild der Zeitungen gemeint ist, dann wird man ein ebenso vorsichtiges Ja aussprechen können. Eine kurze Gegenüberstellung der statistischen Ziffern des Zustandes von 1932 und der Verhältnisse der Gegenwart sollte diese positive Haltung rechtfertigen können.

1932:

93 % aller Blätter blieben unter 10 000 Auflage;
die häufigste Auflagensgruppe war die von 2001 bis 5000 (32,2 %)
die nächstfolgende war die von 1001 - 2000 (21,9 %);
allein 70 % der Blätter blieben unter 5000 Auflage;
nur 2,5 % der Blätter hatten mehr als 50 000 Auflage;
über 100 000 Auflage hatte nur 1 % der Zeitungen;
von den 4703 bestehenden Zeitungen waren 980 Nebenausgaben;
man rechnete mit einer Durchschnittsauflage von 5000 Exemplaren.

1953/54:

52 % der Blätter liegen unter 10 000 Auflage;
die Zeitungen mit einer Auflage von 50 - 100 000 erreichen 7 %
der Gesamtzahl der Blätter;
die Zeitungen über 100 000 Auflage haben auf 6 % der Blätter
zugenommen;
die Durchschnittsauflage aller Zeitungen beträgt 20 700 Exemplare,
also mehr als viermal soviel wie 1932.

Wenn man die Hagemann'schen Untersuchungsergebnisse zugrundelegt,
die bei der Feststellung der Zahl der selbständigen Zeitungen

(54) Jaenecke, W.: Wandlungen im Zeitungswesen/Zwei Jahrzehnte deutscher Presse, Sondernummer des ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2, vom 31.1.1953, S. 20

nicht vom Verlagserzeugnis als solchem, sondern von der selbständigen Gestaltung des Zeitungsinhalts durch die Redaktion ausgehen und dadurch gegenüber dem üblichen Verfahren zu einer wesentlich niedrigeren Zeitungszahl kommen: 225 gegenüber 680 (nähere Einzelheiten siehe Anhang: Die deutsche Presse im Lichte der Statistik), dann weisen die Ziffern der Fünfzigerjahre eine noch stärkere Tendenz zu größeren Auflagen auf.

Wie H. Cron in seiner vorhin erwähnten Analyse erläuterte, hängt die höhere Durchschnittsauflage (auch) mit den tiefgreifenden Veränderungen in der Kostenstruktur zusammen: Papier- und Lohnkosten haben sich verdoppelt, während der Bezugspreis nur in relativ schmalen Grenzen erhöht werden konnte. Der Ausgleich konnte neben höheren Anzeigenpreisen allein in höheren Auflagen gefunden werden, und da die Auflage vom Verkauf her bestimmt wird, also nicht willkürlich erweitert werden kann, kann nur eine geringere Anzahl von Zeitungen existieren. - Wenn sich heute in die gleiche Gesamtauflage wie früher nur noch ein Viertel der Zeitungen von damals teilen, sollte anzunehmen sein, daß allein schon von daher eine gesunde Existenzbasis erreicht worden sei.

Und diese Annahme, die Cron in seinem Artikel als falsch bezeichnet, ist in der Tat richtig. Selbst wenn man eine gewisse Kostenverschiebung annimmt, so ist doch die Auflage ungleich höher gewachsen.

Wenn Cron als Gegenargument anführt, daß von den im Jahre 1952/53 erscheinenden 1227 Zeitungen in der Bundesrepublik die Hälfte als 'Maternzeitungen' erschienen sei (d.h. als Zeitungen, die nur den lokalen Teil selbst bearbeiten, aber den übrigen Textteil wie Politik, Feuilleton und Beilagen fertig von auswärts beziehen), so muß hier korrigierend erwähnt werden, daß ein Großteil dieser sogenannten 'Maternzeitungen' nur die Fortführung der Bezirksausgaben der früheren Lizenzblätter und in geringerem Ausmaß von später entstandenen Blättern ist, denen man einen anderen, eigenen Zeitungstitel gegeben hat, um gegen die Konkurrenz eventuell aufkommender Heimatblätter besser bestehen zu können.

Es ist sachlich einfach nicht haltbar, diese Art Neben- oder Bezirksausgaben als 'Maternzeitungen' zu bezeichnen; denn es ist das Regionalblatt selbst, das in der Zentralredaktion gestaltet wurde mit einem angehängten Lokalteil, das nur unter einem anderen Kopf erscheint. Diese Blätter, die nur Teile und Ableger eines größeren Regionalorgans (+ eigener Lokalteil) sind, kann man nicht mit einem Klein-Organ vergleichen, das seine Hauptteile vom anonymen Maternverlag fertig bezieht, wenn man nicht, wie Hagemann es tut (siehe statistisches Kapitel), diese Kleinstzeitungen als eigene Zeitungen ansieht, sondern als Bezirks- bzw. Nebenausgaben der (nicht positiv existenten) Hauptausgabe 'Maternverlag', der damit die Zentralredaktion darstellt.

Wie H. Cron schreibt, bestreiten die bis 1949 lizenzierten 165 Zeitungen mit ihren Nebenausgaben zur Zeit der Abfassung seines Berichtes (1953) immer noch etwa zwei Drittel bis drei Viertel der gesamten Auflage (das Verhältnis dürfte sich bis heute nicht grundlegend geändert haben), so daß die seit 1949 hinzugekommene viel größere Zahl von Zeitungen sich in den Rest der gesamten Auflage teilen müsse.

Allein diese letzten Angaben zeigen, daß das 'Maternprinzip' gar nicht so verbreitet sein kann, zumal, abgesehen von den ehemaligen Lizenzzeitungen mit ihren Nebenausgaben, die mittleren und größeren Heimatzeitungen, die später entstanden sind, fast immer die Hauptteile ihrer Zeitung - vor allem das Kernstück, den politischen Teil - selbst gestalten.

Grundsätzlich muß hier festgestellt werden: wenn man die deutsche Presse in ihrer Struktur erkennen und beurteilen, wenn man die Grundlinien und Kräfteverhältnisse untersuchen will, wenn man die Zeitungen als Zentren der politischen Willensbildung betrachten und ihre Entwicklungsmöglichkeit in Intensität und Umfang auf die öffentliche Meinungsbildung näher fixieren will, dann ist es nicht möglich, von der Gesamtzahl aller Zeitungstitel 1227 (für das Jahr 1953) oder 1403 (für das Jahr 1954) auszugehen. Dann darf man bestenfalls die Zahl der bestehenden selbständigen Blätter als Grundlage benützen, d.h. der Blätter,

die in eigener verlegerischer Verantwortung erscheinen (Hauptausgaben), wobei zur Feststellung der wahren Kräfteverhältnisse den Hauptausgaben auch die Auflagenziffern ihrer Neben- oder Bezirksausgaben zugerechnet werden müssen (= Gesamtauflage einer Zeitung).

Die Gesamtzahl der Zeitungstitel gliedert sich in

Hauptausgaben 1952/53: 620 Nebenausgaben: 607 = 1227 Zeitungstitel

Hauptausgaben 1953/54: 680 Nebenausgaben: 723 = 1403 "

Von dieser Zahl der Hauptausgaben werden die Kleinst-Zeitungen, die etwa zwei Drittel dieser Zahlen ausmachen, von Maternzentralen mit politischem Inhalt versorgt. Die genannten zwei Drittel der Hauptausgaben umfassen nun - und das ist das entscheidende Moment - nur einen Bruchteil, einen verschwindend geringen Teil der Gesamtauflage (nach behutsamer Schätzung 10 %). - Das Gesamtbild der deutschen Zeitungen wird also wesentlich bestimmt durch die etwas über 200 'redaktionellen Einheiten', die ihre Blätter in den Hauptteilen selbständig gestalten.

Bei derartigen Zahlenverhältnissen von der "politischen Gefahr der Einförmigkeit im deutschen Zeitungswesen" zu sprechen, wie Cron das tut, wobei er das auf die von ihm erschlossene Gefahr des überhandnehmenden Maternwesens bezieht, oder in diesem Zusammenhang gar vom "bequemen Verzicht auf Meinungsbildung", ist in keiner Weise sachlich gerechtfertigt.

Es darf hier zusammenfassend noch einmal festgestellt werden - denn auch aus den eingehenden Untersuchungen des Berliner Instituts für Publizistik geht es nicht hervor und wird dieser Punkt auch nicht beachtet - daß man bei der Erschließung der publizistischen Kräfteverhältnisse, die ja immer auf den 'großen Inhalt' der Zeitung (Politik, Wirtschaft, Kulturteil usw.) Bezug nehmen, nur von der Zahl der

a) existierenden selbständigen Zeitungen überhaupt (Hauptausgaben), d.h. der selbständigen 'verlegerischen Einheiten'

oder je nach Zweck und Absicht von der Zahl der

b) existierenden selbständigen 'redaktionellen Einheiten'

ausgehen kann. Dabei kann man unter Punkt b) erfassen

1. die 'Vollredaktionen' aller Zeitungen allein (rd.200)
2. ihnen angliedern die 'Zentralredaktionen' einer nicht-existenten Hauptausgabe (Maternverlag), die nur ihre Nebenausgaben (= Kleinstzeitungen) beliefern, wie Hagemann das tut. Hagemann kommt dabei insgesamt auf 225 selbständige 'redaktionelle Einheiten'. (55)

Im großen gesehen kann man folgende charakteristische Grundzüge für die Presse der Bundesrepublik Deutschland erkennen und fixieren unter Beachtung der hier aufgestellten methodischen Grundsätze:

1. Die gegenwärtige Situation ist bestimmt durch ein relativ glückliches strukturelles Mischungsverhältnis der Zeitungen. Es fehlen weitgehend die großen Blätter mit Mammutauflagen (wie sie England kennt), und auf der anderen Seite sind auch die Zwergzeitungen (die sich mit ihren Miniaturauflagen in ständiger Existenznot befanden und darum politisch sehr anfällig waren) nur in relativ sehr geringer Zahl vorhanden. - Das Verhältnis zwischen großen Regionalzeitungen einerseits und den größeren oder kleineren Heimatzeitungen auf der anderen Seite scheint in jeder Weise günstig ausgewogen.

Wenn auch Diez bereits vor dem ersten Weltkrieg die prophetischen Worte schrieb:

"Der allgemeine Geist der Zeit drängt in diese unheilvolle Richtung der 'Geschäftspresse' mit Riesenauflagen, die nicht mehr an die Wünsche und Bedürfnisse der Leser, sondern lediglich an die Inserenten und die Papierpreise denkt," (56)

so scheint doch die deutsche Entwicklung (im Gegensatz zum allgemeinen Trend in den angelsächsischen Ländern) eine andere Richtung genommen zu haben, wenn auch in Deutschland 'Inserenten' und 'Papierpreise' immer stärker in den Vordergrund der Überlegung seitens der Verleger rücken, soweit sie nicht schon immer dorthin gerückt waren.

(55) Hagemann, W.: Wieviele Zeitungen gibt es in Deutschland? DER JOURNALIST, Heft 8/55, S. 6/7

(56) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin 1910, S. 142

2. Die zentripetale Tendenz in der gegenwärtigen deutschen Presse (d.h. das Streben zur ausgewogenen konstruktiven Mitte) ist nicht zuletzt aus den jüngsten Erfahrungen der deutschen Geschichte so stark geworden. Die überwiegende Mehrheit der Leser wünscht eindeutig die ausgleichend-wägende und nicht die einseitige Darstellung der Ereignisse in Verbindung mit dem wohlabgewogenen Kommentar.

Die unabhängige, nicht parteigebundene Zeitung ist das bestimmende Element und bildet als großer Block, der mehr als zwei Drittel der Gesamtauflage umfaßt, das Zentrum.

3. Die Impulshaftigkeit und der starke Formungs- und Beeinflussungswille (und damit verbunden zugleich auch die Tendenz zur Verzerrung in der Darstellung) der Gruppen der parteigebundenen Blätter, die links und rechts als Flügel gleichsam anschließen, werden durch dieses bestimmende und beherrschende Zentrum weitgehend abgefangen und ausgeglichen und so zu starke Erschütterungen im Gefüge der öffentlichen Meinung vermieden. Ein verderbliches Übermächtigwerden der 'zentrifugalen Tendenzen', die - zumindest in Deutschland - der Parteipresse innewohnt, ist damit ausgeschlossen.
4. Die Gruppe der unabhängigen (Regional)-Blätter und der überregionalen Blätter (auch wenn sie in ihrer Haltung politisch die verschiedenstartigen Schattierungen und Unterschiede aufweisen) wirkt als ein politisch stabilisierendes Element. Besonders in den Vordergrund gestellt wird die Aufgabe der Bewahrung des demokratischen Staates und seines Lebensstils von den 'unabhängigen Meinungszeitungen', die sich meist aus den Lizenzblättern entwickelt haben.

Für den Journalisten, der an diesen Blättern wirkt, sind durch die allgemein große 'Toleranzbreite', die in dieser Zeitungspersönlichkeit begründet liegen, starke Möglichkeiten gegeben, als Individuum in die Öffentlichkeit

hineinzuwirken. Hier hat das Individuum, der Einzelmensch (ohne daß er als Sprecher eines Kollektivs, einer großen Zahl auftreten muß) noch die Möglichkeit und Gelegenheit, allein mit der Kraft seines Geistes auf die politische und überhaupt öffentliche Willensbildung Einfluß zu nehmen.

5. Allen diesen Blättern gemeinsam ist, und das läßt sich bereits aus den vorhergehenden Sätzen schließen, ein mehr oder minder stark ausgeprägtes liberales Grundelement, das bis in die Presseorgane hineinreicht, die deutlich zu einzelnen Parteien tendieren.

Wenn man die einzelnen Punkte zusammenfassend notiert:
ausgewogene Struktur der deutschen Presse,
innere Verbundenheit der Zeitungen mit dem demokratischen Staatswesen,
trotz 'Massenzeitalter' und 'Verbände-Herrschaft' starke Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten für das schöpferische Einzelindividuum in der unabhängigen Meinungszeitung und stark ausgeprägtes liberales Grundelement,
ist es dann nicht gerechtfertigt, auf die Frage, ob die deutsche Presse gesund sei, mit Ja zu antworten?

g) Die repräsentativen Organe

In seinem bereits erwähnten Aufsatz "Deutschland nicht mehr das zeitungreichste Land" behandelt H. Cron besonders eingehend das Fehlen einer hauptstädtischen Presse in der Bundesrepublik. Seine Äußerungen zu diesem Thema wurden in dieser Arbeit bereits ausführlich in einem anderen Zusammenhang wiedergegeben und kommentiert (s. Seite 43/49). Kurz zusammengefaßt ist seine Meinung die, daß der Mangel an großen Organen in der fehlenden Presseatmosphäre der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn seine Erklärung finde, es fehlten dadurch die Kritisationsmöglichkeiten für die deutsche Presse. Und der Mangel an profilierten Zeitungen des überregionalen Stils drücke auf unser ganzes politisches Leben.

Es ist durchaus möglich, daß in den Äußerungen von Cron gewisse Schattierungen in der Bewertung ihre Ursachen in Ressentiments, in der vergoldenden Rückerinnerung haben, die sich oft von der Realität entfernt, zumal es bedeutende Stimmen gibt, die eine so starke Konzentration der Presse auf die Hauptstadt durchaus nicht für eine glückliche Entwicklung halten würden, ja, daß durch die 'atmosphärische Schwäche' der jetzigen Bundeshauptstadt gerade die Entstehung von Presseschwerpunkten in den Ländern begünstigt wird, was der föderalen Struktur der Bundesrepublik durchaus entsprechen würde. Eine Verteilung der Gewichte auch auf dem Gebiet der Tagespresse und das Entstehen von publizistischen Schwerpunkten in den Ländern muß nicht eine Provinzialisierung der Presse und eine Minderung ihres Niveaus bedeuten. Diese Entwicklung kann im Gegenteil eine Presse fördern, die ein Spiegel der deutschen Vielfalt und des geistigen Reichtums der deutschen Landschaften ist.

Die Ausführungen Crons lassen beim Leser den Eindruck aufkommen, daß der Verfasser sich beim Verhältnis hauptstädtische Presse - Regionalpresse vom Prinzip der Superiorität der Hauptstadt leiten läßt, während die gegenwärtige Entwicklung von den verschiedenen Zeitungszentren in den Ländern mehr auf eine Koordination zur Hauptstadt hinweist. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus die Frage stellen, ob die öffentliche Wirkung einer derartigen, aus den geistigen Quellen der deutschen Länder gespeisten Presse nicht zumindest ebenso fruchtbar sein kann wie eine Zeitungswelt, die immer den überstarken Impulsen einer Hauptstadt ausgesetzt ist.

Es wurde schon oft der Vorwurf erhoben, daß in der Vergangenheit zu wenig deutsche und zu sehr 'Berliner Politik' gemacht worden sei (besonders in Süddeutschland sprach man drastisch vom 'Berliner Wasserkopf'). Die historische Berechtigung des Vorwurfes soll hier nicht näher untersucht werden, aber allein die Tatsache, daß diese Auffassung nicht nur in Süddeutschland weit verbreitet ist, offenbart doch die Problematik einer übermäßigen Konzentration des öffentlichen Lebens auf die Hauptstadt.

Das Beispiel Frankreich mit seiner beherrschenden Metropole (auch in Bezug auf die Presse) muß durchaus nicht als nachahmenswertes Vorbild gewertet werden.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik haben sich in den einzelnen Ländern, basierend auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund großer Städte folgende große Pressezentren herauskristallisiert: Hamburg, Frankfurt, München, Essen, Stuttgart und Hannover (mit Einschränkung). - In diesen Städten erscheinen die deutschen Blätter, die entweder in Bezug auf ihre publizistische Qualität oder auf ihre Auflage (und damit auf ihren Wirkungsradius) aus der großen Masse der deutschen Zeitungen herausragen.

Man kann nicht die Frage der repräsentativen Organe untersuchen, ohne vergleichend und als Musterbeispiel die englische TIMES heranzuziehen, deren zweiter Eigentümer aus der Verlegerdynastie Walter zusammen mit dem damaligen Chefredakteur Thomas Barnes vor weit über hundert Jahren den Grundsatz festlegte, daß die Zeitung unabhängig von den Parteien und auch der Regierung nur durch ein gewisses Fair Play des auf gleicher Ebene Stehenden verbunden eine Art nationale Institution sein sollte. (57)

Wenn auch ihre Bedeutung heute, entsprechend dem Rückgang der Weltgeltung des Empire, etwas geschwunden ist, so zählt sie doch nach wie vor zu den führenden Blättern der Welt.

In Deutschland können, wenn auch mit Einschränkungen, als repräsentative Organe zwei Blätter genannt werden, FRANKFURTER ALLGEMEINE und DIE WELT, die auch im Ausland stark beachtet werden. - Die beiden deutschen Blätter auf der einen und die TIMES auf der anderen Seite unterscheiden sich jedoch in ihrem Charakter völlig:

Kann man die TIMES als das Blatt der klassischen Information und Interpretation bezeichnen, dessen Artikel streng anonym

(57) - : The History of the TIMES, Bd. I, London, 1935;
Bd. II, London 1939; Bd. III, London 1947;
Bd. IV, London 1952

sind, so sind DIE WELT und die FRANKFURTER ALLGEMEINE 'Zeitungen der publizistischen Persönlichkeiten'. Dieses Prinzip ist bei dem letztgenannten Blatt soweit durchgeführt, daß vier gleichberechtigte (früher fünf) Herausgeber gemeinschaftlich die überwiegenden und führenden Funktionen in der publizistischen Gestaltung des Blattes wahrnehmen, die als führende Leitartikler ihres Blattes ihre ausgeprägte individuelle Meinung der Öffentlichkeit vortragen (die durchaus nicht immer die gleiche oder genau aufeinander abgestimmt ist).

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE beantwortet das Geheimnis ihrer führenden Stellung im deutschen Zeitungswesen, oder wie sie selbst sagt, das 'Geheimnis ihrer Anziehungskraft' mit folgender Interpretation:

"Erstens wahrt die Redaktion ihre Unabhängigkeit freimütig gegenüber jedermann. Ihre geistige Weite und Spannkraft, ihr vollendeter Stil, eine Zeitung zu schreiben und zu gestalten, ist der Magnet, der den Anspruchsvollen anzieht. Zweitens bietet der umfassende und internationale Anzeigenteil jedem Leser die Chancen, die er in einem groß angelegten Blatt mit solcher Verbreitung sucht." (58)

Der bekannte französische Journalist Alain Clément sagte von ihr in einem Bericht über die deutsche Presse:

"Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG darf für sich beanspruchen, zu den führenden Blättern der Welt gerechnet zu werden."

Das Blatt ist seit seiner Gründung trotz aller wirtschaftlicher Schwierigkeiten seinen Weg gegangen. Am 12. November 1949 gab DIE TAT, Zürich, aus Anlaß der Gründung der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG dem Blatt folgende Sätze mit auf den Weg:

"Ein Schritt zu einer deutschen Presse von Rang ist ein Schritt auf dem Weg Deutschlands zu einem Land von Rang. Darum sei dieser Schritt hier verzeichnet. Was bisher fehlte, war ein Organ, das man mit der TIMES oder dem MANCHESTER GUARDIAN, dem Pariser MONDE oder der GÖTEBORGS HANDELS OCH SJÖFARTSTIDNING zusammen nennen könnte, ein unabhängiges Tageblatt von höchstem Niveau, das als Sprachrohr und Sammel-punkt der intellektuellen und politischen Elite Deutschlands hätte dienen können."

Die in Hamburg erscheinende WELT steht in ihrer publizistischen Art und Qualität dem Frankfurter Blatt nicht nach. Nach wechsel-

(58) Aus einem Werbedruck der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG ohne Jahresangabe

vollem Schicksal, beginnend als inoffizielles Organ der britischen Militärregierung 1946 über den Zwitterzustand einer deutsch-englischen Redaktion und Verwaltung, scheint sie schließlich im Schoße des größten deutschen Presse-Verlages als Sammel- und Ausstrahlungspunkt hervorragender deutscher Publizisten eine endgültige Form gefunden zu haben.

Neben diesen zwei großen deutschen Tageszeitungen muß noch ein Blatt in diesem Zusammenhang genannt werden: die in Stuttgart erscheinende DEUTSCHE ZEITUNG UND WIRTSCHAFTSZEITUNG, die wesentlich stärker als die beiden erstgenannten Blätter die wirtschaftliche Komponente betont und überdies auch nur 3mal wöchentlich erscheint. Sie konzentriert sich im politischen Teil auf die Auswertung der aktuellen Ereignisse: Information, besonders die Hintergrundinformation, Interpretation und meinungsbildende Kommentierung bilden die wesentlichen Bestandteile des allgemeinen politischen Teils dieser Zeitung, die genau zwischen Tages- und Wochenzeitung steht. Auch diese Zeitung arbeitet mit einem Redaktionskollegium, das jedoch von einer starken Verlegerpersönlichkeit ständig angeregt und aufeinander abgestimmt wird.

Um das Bild abzurunden, sollen die großen Regionalzeitungen genannt werden, die man als die aussagestärksten und bedeutendsten bezeichnen könnte und deren Rang weitgehend durch ihre individuelle publizistische Kraft und Intensität bestimmt wird:

Frankfurter Neue Presse

Frankfurter Rundschau

Hannoversche Allgemeine

Hannoversche Presse

Der Mittag

Münchener Merkur

Neue Ruhr-Zeitung, Essen

Ruhr-Nachrichten, Dortmund

Süddeutsche Zeitung, München

Stuttgarter Nachrichten

Stuttgarter Zeitung

Westdeutsche Allgemeine, Essen *

h) Die "journalistische Qualität"

Im Frühjahr 1951 gab der damalige amerikanische Oberkommissar McCloy ein Werturteil über die deutsche Presse in seinem 7. Vierteljahresbericht der amerikanischen Hochkommission in der Bundesrepublik Deutschland ab. Er stellte darin fest, daß der Einfluß der deutschen Presse auf die öffentliche Meinung schwer abzuschätzen sei; sie trage aber relativ gut dazu bei, das demokratische Gedankengut zu verbreiten. Er vermißte jedoch eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber dem Weltgeschehen in seiner Gesamtheit und erklärte, daß hinsichtlich der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Weltgeschehen die deutsche Presse "gerade noch leidlich" sei.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege Klagen über die mangelnde journalistische Qualität der deutschen Presse laut wurden, die bis zum Anfang der Fünfziger Jahre andauerten:

Denn entsprechend den Bestimmungen der Besatzungsmächte (wie eingehend in den einleitenden Kapiteln dargelegt wurde) mußte der Neuaufbau der Presse zum Teil mit Kräften in Angriff genommen werden, deren Verbindung zum praktischen Journalismus die meiste Zeit ihres Lebens nicht über die des Zeitungslesers hinausging. Durch die Restriktionen der Besatzungsbehörden waren viele der früheren Berufsjournalisten von der Zeitungsarbeit ferngehalten, deren Erfahrungen beim Wiederaufbau der deutschen Presse dringend notwendig gewesen wären. Andererseits wurden gerade durch die neuen Kräfte frische Impulse in das deutsche Zeitungswesen hineingetragen, die heute noch lebendig sind. Mit der Normalisierung der Verhältnisse, die einen gewissen Ausgleich zwischen 'Alt' und 'Neu' brachte, und nachdem sich im Laufe der Jahre alles gut aufeinander eingespielt hatte, auch die Verlage bis zu einem gewissen Grade eine finanzielle Stabilität erlangt hatten (59), stieg die Qualität der journalistischen Leistung stetig an.

(59) In den ersten Jahren nach der Währungsreform wurden noch viele Blätter (besonders der nach 1945 neu lizenzierten Presse) in Lohndruck hergestellt. Im Sommer 1951 hat deshalb die amerikanische Hochkommission, "um die Unabhängigkeit der Zeitungen zu fördern", 15 Millionen DM aus GARIOA-Mitteln freigegeben. Mit der Vergabe dieser Mittel als Darlehen an verschiedene Blätter war es möglich, eine Reihe von Zeitungen finanziell zu sichern.

Es war nicht nur eine Formel der Höflichkeit und der politischen Taktik, daß der Bundeskanzler Dr. Adenauer im Jahre 1952 in einer Ansprache auf einem Empfang des Deutschen Journalistenverbandes attestierte, daß keine Veranlassung bestünde, von einem Herabsinken des Niveaus des deutschen Journalisten und der deutschen Presse zu sprechen. Nach seinen Beobachtungen sei die Qualität der deutschen Presse im Steigen begriffen. - In der gleichen Rede führte Dr. Adenauer das Zeugnis des damaligen britischen Oberkommissars Sir Ivone Kirkpatrick an, der 'von einem sehr hohen Niveau' der deutschen Presse gesprochen habe. (60)

Bei der gleichen Gelegenheit hat auch der Bundespräsident Professor Heuss seine Meinung auf die plastische Formel gebracht:

"Die deutsche Presse ist besser geworden. Es wird besser geschrieben, es wird leider nicht besser bezahlt." (61)

Und mit diesem Satz hat Professor Heuss das angesprochen, was einem journalistischen Qualitätsstreben entgegenstrebt und ihm gewisse feste Grenzen setzt:

die mangelhaften äußeren und ökonomischen Existenzbedingungen des Journalisten-Berufs.

H. Cron, der Chefredakteur der DEUTSCHEN ZEITUNG UND WIRTSCHAFTS-ZEITUNG und frühere Vorsitzende des DJV, warnte auf dem Empfang des DJV im Jahre 1952 in seinem einleitenden Referat vor den unerwünschten Folgen, die diese mindere Bewertung der geistigen Arbeit, besonders auf dem Sektor des Journalistischen, habe, mit folgenden Worten:

"Wir stellen nämlich fest, daß die unbefriedigende Auslese, die die Pressepolitik der Besatzungsmächte hinterlassen hat und mit der wir zum Teil fertig geworden sind, heute fortgesetzt wird mit einer ebenso negativen Auslese aus Existenzsorgen und daß diese Situation sich auch niederschlägt in der Qualität der Presse und vor allem im politischen Relief der Zeitungen." (62)

Da in späteren Abschnitten dieser Arbeit über die Situation und Position des Journalisten in der Presse selbst und besonders über seine Rolle und Bedeutung im politischen bzw. im gesamten

(60) Wortlaut der Ansprache von Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem Empfang des DJV aus Anlaß der jährlichen Hauptversammlung 1952 ist abgedruckt in DER JOURNALIST, Nr. 4 /53, S. 6/7 unter der Überschrift: "Existenzsorgen bedrohen die freie Meinungsäußerung."

(61) a.a.O. S. 4/5

(62) a.a.O. S. 3

öffentlichen Leben noch zu sprechen sein wird, soll in diesem Abschnitt der Zusammenhang zwischen publizistischer Leistung und sozialer Stellung bzw. der Existenzsicherung des Journalisten nur aufgezeigt werden.

III. Die Presse im Spannungsfeld der Öffentlichkeit

a) 'Pressefreiheit' kann nur relativ verstanden werden (Relativität der Pressefreiheit)

Wir haben bereits in der Betrachtung des Begriffes der 'Unabhängigkeit' einer Zeitung aufgezeigt, daß diese Unabhängigkeit nur relativ verstanden werden kann. - Eine 'unabhängige' Zeitung gibt zwar noch die größte Gewähr, daß die Information durch die Zeitung weitgehend ohne nachrichtenpolitische Verzerrung in größtmöglicher Objektivität, d.h. also auch in einer Aufmachung gebracht wird, die der Bedeutung der Nachricht entspricht. Objektiv soll hier so verstanden sein, daß der Redakteur das bringt, was seiner geschulten Auffassung nach erwähnenswert ist, d.h. was die Öffentlichkeit interessieren könnte, ohne daß irgendwelche andere Maßstäbe oder 'Wollungen' oder Beschränkungen und Bestimmungen von außen in diesen Auswahlprozeß eingreifen. Was jedoch den Meinungsteil der Zeitung, auch der unabhängigsten, anbetrifft, so ist auch sie in 'Abhängigkeiten' verstrickt: sei es die Abhängigkeit vom Verleger (der meist über den Umweg seines wirtschaftlichen Interesses ein Gruppeninteresse oder ein Bündel von Gruppeninteressen direkt darstellt), von irgendeiner 'Gruppe', die Einfluß auf die Zeitung nehmen kann, oder von der Staatsmacht. - Die Abhängigkeit der Partei- oder parteinahestehenden Presse ist sowieso offensichtlich.

Die Freiheit der Presse kann also in logischer Konsequenz aus dem Vorhergehenden nie bedeuten, daß die Presse 'frei' ist von Einflüssen, die sie von außen mitbestimmen. Die Pressefreiheit kann also nie als eine Freiheit der Zeit und von bestimmten Bindungen und Interessen verstanden, die Zeitung kann also nie 'als über den Interessen stehend' angesehen werden.

Ganz im Gegenteil: die Zeitung ist von einem Netz von Einflüssen umspinnen. Die unabhängige, freie Presse in der naiven Vorstellung gibt es nicht. Der Wert der Pressefreiheit kann also überhaupt nur darin bestehen, daß sie die Möglichkeit gibt (abgesehen von der Verpflichtung zu einer möglichst großen Objektivität der Nachrichtengebung, die von den Blättern bis zu einem gewissen Ausmaß schon aus 'Konkurrenzgründen' angestrebt werden muß), daß jede Gruppenmeinung oder jeder Interessenstandpunkt von einiger Bedeutung öffentlichen Ausdruck finden kann. Der Wert der Pressefreiheit gründet sich vor allem also darauf, daß die verschiedenen Interessenstrebungen frei öffentlich wirken können. Zugleich ist damit auch die Möglichkeit eines Interessenausgleichs (im Sinne des Kräfteparallelogramms) gegeben, da die demokratische Öffentlichkeit mit Mehrheit darüber bestimmt, wie weit sie sich bestimmte Interessenstrebungen, die in der Presse öffentlichen Ausdruck fanden, zu eigen macht. Diese Strebungen werden dann zum Willen der Gemeinschaft.

Mit gewissen 'Toleranzbreiten' wird eine Zeitung immer eine gewisse Schicht von Interessen bzw. eine gewisse Meinungsrichtung vertreten, die von irgendwelchen Interessen oder Interessenten zumindest beeinflußt wird, und versuchen, in diesem Sinne auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Das ist der einer Meinung innewohnende soziale Willenstrieb, der hier Ausdruck findet. "Die Meinung will herrschen, sie drängt sich zur Macht". (63)

Die Möglichkeit des von äußeren Zwangseingriffen nicht verfälschten öffentlichen Widerstreits der Interessen ist nur durch die Pressefreiheit gegeben, d.h. es existieren die verschiedensten Organe als Meinungsträger, und es besteht die nicht erschwerte Möglichkeit, stets als Ausdruck eines bestimmten Meinungs-Interesses neue Organe schaffen zu können, wenn dies auch in der Praxis in einem modernen Staatswesen in normalen Zeitungen sehr schwer ist, da einmal eine gewisse Zahl von Zeitungen den Markt gesättigt hat und zum anderen eine

(63) Schultze-Pfälzer, G.: Propaganda, Agitation, Reklame / Eine Theorie des gesamten Werbewesens. Berlin 1923, S. 17

Zeitungsgründung eine außerordentliche Kapitalanforderung stellt. - In jedem Fall ist die Gelegenheit gegeben, daß sich ein bestimmtes stärkeres Meinungsinteresse entweder in einem neuen publizistischen Organ (meist beginnt es mit einer Zeitschrift) oder in einem bereits bestehenden - durch Änderung der Richtung eines Blattes, die entweder durch die Änderung der Auffassung des Herausgebers oder durch wirtschaftliche Übernahme des Unternehmens erreicht wird - in der Öffentlichkeit Gehör verschafft.

Die Pressefreiheit entwickelt ein 'Eigengewicht', welches allein dadurch ein Mindestmaß an Objektivitäts- und Wahrheitsstreben schafft, daß eine bestimmte Darstellung einer Sache oder eine bestimmte Betrachtungsweise einer Angelegenheit von anderen Organen korrigiert werden kann (abgesehen von dem grundsätzlichen Recht eines direkt von einer Falsch- oder strittigen Darstellung Betroffenen, eine Gegendarstellung im gleichen Organ zu veröffentlichen).

In einem staatlich gelenkten, totalitären Pressesystem fällt diese 'Selbststeuerung zur objektiven Mitte hin', dieser 'Wahrheitsausgleich' entweder durch ein oder mehrere Konkurrenzblätter oder durch eine andere Interessenrichtung völlig weg. - Natürlich kann auch in der freien Presse sich ein Organ bewußt von der Wahrheit entfernen, aber mit aller Wahrscheinlichkeit setzt es sich der Gefahr einer peinlichen Korrektur durch andere Organe aus, kann bei gröberen Verstößen mit Hilfe der Justiz zur Ordnung gerufen werden, verliert an Ruf und Ansehen. Bei fortgesetzt negativem Verfahren werden sich im Laufe der Zeit auch die Leser abwenden, so daß Blätter dieser Art - normal gehandhabte Rechtssprechung vorausgesetzt - nie längere Zeit existieren können.

Nur die Freiheit der Presse kann dem öffentlichen Meinen die entsprechenden Impulse geben. Die Presse kann die öffentliche Meinung mit 'machen', sie kann aber auch von der öffentlichen Meinung getragen werden. - Nur durch die Pressefreiheit kann eine Gesellschaft in einem 'Massenzeitalter' sich überhaupt noch selbst gestalten.

Pressefreiheit bedeutet somit: öffentliche Auswirkung der natürlichen Interessenvielfalt einer Gesellschaft; die Vielzahl der Meinungsinteressen wirkt je nach der Stärke des Eigengewichts der einzelnen Strömungen im öffentlichen Raum. Jedoch ist die publizistische Auswirkung einer Interessenströmung nicht immer gleich ihrer tatsächlichen Stärke. Denn gerade das Gewicht der Einwirkung auf die Öffentlichkeit ist oft abhängig von dem publizistischen oder 'werblichen' Geschick der Interessen- oder Meinungsvertreter, wenn auch publizistisches Ungeschick das Wirken und vor allem die Auswirkung einer Meinung, für die eine große Aufnahmebereitschaft in den Herzen und Hirnen der Menschen besteht, nicht verhindern kann. - Aber daß eine Meinung - jede beliebige Meinung - in der großen Öffentlichkeit ausgesprochen und bei genügend starkem Widerhall auch öffentlich zum Tragen gebracht werden kann, das setzt die Freiheit der Presse voraus. An sie ist die Möglichkeit gebunden, ein unverfälschtes Meinungsbild einer Gemeinschaft zu erhalten, und sie schließt aus, daß durch Gewalt oder andere Restriktionen künstliche Verzerrungen im Gesamtwillen und Gesamtbild der Gesellschaft erzeugt werden. So wird aus dieser Sicht die Pressefreiheit zur Grundlage einer demokratischen Willensbildung, zur Bildung einer unverfälschten öffentlichen Meinung überhaupt, auf der ja die demokratische Entscheidung aufbaut.

Diese Freiheit der Presse muß ihre natürlichen Grenzen finden, wo sie zum Kampf gegen die demokratische Ordnung mißbraucht wird, wo einzelne Organe ihre Gelegenheit, auf die Öffentlichkeit Einfluß zu nehmen, dahingehend anwenden, daß sie für die Aberkennung dieser Möglichkeit für alle anderen Strömungen und Meinungsgruppierungen plädieren. - Der Bundespressechef v. Eckhardt hat in einem Privatdruck "Pressefreiheit in der Demokratie" auf diese Grenze hingewiesen und zur Ausdeutung dieser etwas "vagen Formulierung" hinzugefügt, daß die Bundesrepublik im Bundesverfassungsgericht ein Organ besitze, das schon zu wiederholten Malen bewiesen habe, dass es wisse, was Demokratie sei und daß es die Feinde der Demokratie mit Sicherheit zu

erkennen wisse, wenn auch sonst über Demokratie zwischen verschiedenen Menschen und Parteien die Meinungen weit auseinander gingen.

Es wurden bei der Behandlung des Begriffs 'unabhängig' in einem der vorhergehenden Abschnitte die Gefahren für die innere Freiheit der Presse aufgezeigt, d.h. besonders die Gefahren, die mit den Worten 'Kapital', 'Interessen', 'Abonnenten' angedeutet werden können, die Gefahren, die aus dem "Erwerbszweck" der Zeitung entstammen.

Streng genommen wäre nach der in diesem Abschnitt vorgenommenen Definition überhaupt nicht von einer inneren 'Freiheit der Presse' zu sprechen, denn eine Zeitung ist in ihrem Meinungsbild weitgehend gebunden, d.h. sie ist immer in ein Netz von Abhängigkeiten verstrickt, sie kann also nie 'innerlich frei' sein.

Wenn man jedoch unter 'innerer Freiheit' eines Blattes Spielregeln versteht, die eine möglichst objektive Unterrichtung des Lesers im Nachrichtenteil sichern sollen, und noch die vorhin angeführte 'Toleranzbreite' der Redaktion in der Meinungsäußerung, (d.h. die Spanne, die dem individuellen Gestaltungswillen der Redaktion bei der vom Eigentümer bzw. Herausgeber der Zeitung festgelegten Grundlinie und -richtung bleibt), dann ist dieser Freiheitsbegriff - also ebenfalls im Sinne weitgehender Relativität - hier anwendbar.

Mit den großen Möglichkeiten der Presse, besonders der Zeitung, Einfluß auf die öffentliche Meinung und Meinungsbildung auszuüben, mehren sich natürlich die Versuche von Interessenten- und Machtgruppen, auf die Presse verstärkten Einfluß auszuüben, sich in ihr einen dienstbereiten Apparat zu schaffen.

Auch der Staat, d.h. die jeweilige politische Regierung des Staates, muß hier als 'Machtgruppe' verstanden werden. So steht die Zeitung, besonders die 'unabhängige' Zeitung und somit der weitaus größte Teil der Blätter im Schnittpunkt von vielen Interessen- und Einflußlinien.

Es ergibt sich die für eine Standortbestimmung der Presse im Gemeinwesen zweifellos wichtige Frage:

Sind diese Einflüsse berechtigt?

Wenn ja, wie weit soll oder darf auf die Gestaltung der Presse bzw. der einzelnen Organe Einfluß genommen werden?

Wenn man die verschiedenen Äußerungen und Stellungnahmen von Publizisten und Journalisten zu diesem Problem als Richtschnur nehmen wollte, dann wäre der Redakteur, der Publizist die beherrschende Figur, der die Meinung der Zeitung unabhängig von allen anderen Faktoren machen und vertreten würde. - In welchem Auftrag? Letztlich doch aus eigener Machtvollkommenheit. Der Journalist wird (zumindest entsprechend der Auffassung mancher Publizisten) zur Schlüsselfigur, zu einem modernen Halbgott im 'Massenstaat'. - Man sagt, daß er die Belange der Öffentlichkeit wahrzunehmen hätte. Aber was ist diese 'Öffentlichkeit'? Sie ist kein einheitliches Gebilde, sondern ein meist aus den verschiedenen Interessen zusammengesetztes Vielfältiges. Ohne Zweifel wird auch der 'Publizist des Idealfalles' (wie oben angedeutet) Partei sein und als solche versuchen, die Öffentlichkeit in seinem Sinne zu beeinflussen.

Wenn man nun die Frage stellt: Mit welchem Recht versucht ein Mann, der keinerlei öffentlichen Auftrag hat, seine Stimme und Auffassung an Hunderttausende, ja oft an Millionen Menschen heranzutragen und sie in seinem Sinne zu beeinflussen, dann wird das Dilemma auch des 'publizistischen Idealfalles' offenbar.

Müller-Meiningen jun. spricht davon, daß die Presse gleichsam ein "öffentliches Amt im privaten Mandat" ausübe, indem sie die drei Gewalten: Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung kritisiere. (64) Er spricht weiter davon, daß die Verbindung von öffentlicher Aufgabe, nämlich zu informieren, zu kommentieren und zu kritisieren, und von privatem Mandat andererseits, nämlich den nicht zuletzt auf Auflagenhöhe, Inseratengeschäft, also

(64) Müller-Meiningen jun., E.: Die Presse ist an allem schuld / Die Rolle einer freien unabhängigen Zeitung wird weithin verkannt. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15./16.5.1955.

auf kaufmännischen Erfolg bedachten Verlegerinteressen, "natürlich allein schon eine unbestreitbare Problematik schafft".

Hierzu muß festgestellt werden, daß die Problematik bereits im Idealfall gegeben wäre, wenn also der Journalist keinerlei Rücksicht auf das geschäftliche Verlegerinteresse zu nehmen hätte: nämlich im mangelnden Auftrag des Journalisten, der aus eigener Machtvollkommenheit auf die Öffentlichkeit einwirkt.

Die wirtschaftlichen Einflüsse stellen ein weiteres problematisches Moment der Presse überhaupt dar.

Wenn man den hier angenommenen 'Idealfall' durchdenkt, muß man zu dem Ergebnis gelangen, daß der Publizist, der ohne weitere Legitimation als der seiner beruflichen Existenz und auf Grund seiner Erkenntnisse und Kenntnis von Dingen auf die öffentliche Meinung direkt und indirekt über die staatlichen Gewalten einwirkt, der einzige moderne Mensch wäre, der nicht irgendwelchen klaren Kontrollinstanzen unterliegt, der aber zugleich seine eigene Erkenntnis zum Maß der Dinge für viele machen kann. Er würde weitgehend die Rolle eines 'souveränen Halbgottes' spielen, der in der Beurteilung der öffentlichen Dinge über allen anderen stünde und in nahezu übermenschlicher Weise um das wahre Allgemeinwohl wisse und darüber zu wachen hätte. - Im Vergleich zu manchen Zuständen in der Realität der Gegenwart ist diese Vorstellung erheiternd.

Wenn auch die Dinge in der Wirklichkeit anders liegen, die vielfach für den Journalisten nichts anderes als die Rolle des 'Schreib-Technikers' übriglassen, so ist doch auch unter den gegebenen realen Verhältnissen die Erscheinung des 'publizistischen Halbgottes' vorhanden und deshalb sollte die Problematik in ihrer Essenz am Idealfall einmal aufgezeigt werden.

Auch die englischen Fabier setzten sich mit dieser Problematik bereits auseinander. Sie versuchten für ihre Konzeption vom 'sozialistischen Staat der Zukunft' eine Lösung, in der die Zeitung als vergesellschaftete Institution von Ausschüssen der

Bürger in ihrer Grundhaltung bestimmt würde, wobei der Journalist die Zeitung durchaus mitgestalten und Impulse geben könnte und sollte im Rahmen der gegebenen Grundrichtung. Hier wäre das Problem der Legitimation gelöst.

Ich habe auch bereits darauf hingewiesen, daß auch hier eine Scheinlösung vorliegt, die wiederum in den wirtschaftlichen Momenten einer Zeitung begründet liegt. Ohne Anzeigenteil wäre eine moderne Zeitung überhaupt nicht existenzfähig. Und der Wert als Anzeigenorgan hängt wiederum weitgehend von der Auflage ab. Das Streben nach möglichst weiter Verbreitung und die Pflege des Anzeigenteils, das heißt eventuelle Rücksichtnahme auf den Abonnenten und den Anzeigenkunden, würde auch in der Konstruktion der Fabier nicht ausgeschaltet werden können, so daß Sonderinteressen einzelner oder einzelner Gruppen ein unge-rechtfertigtes Übergewicht gewinnen können und die Zeitung wiederum zum einseitigen 'Werkzeug' von Einzelinteressen werden würde, was mit der besonderen Gestaltung im Staate der Fabier eigentlich verhindert werden sollte.

Und das ist die zweite Problematik der Presse (die bereits vorhin schon in Verbindung mit der Frage der Legitimation angeschnitten wurde): Die Zeitung als Geschäft. - Diese Problematik ist nicht aufzulösen. Solange die Presse frei ist, wird sie den Gesetzen der Wirtschaft unterworfen sein. Von diesem Faktor, vom Erwerbszweck der Zeitung her wird sie immer wesentlich in ihrem Charakter mitbestimmt und wird vor allem immer ein grundsätzlicher Einfluß auf die redaktionelle Seite eines Blattes bestehen.

Das bestätigt wiederum den vorhin aufgestellten Grundsatz, daß zwar die Presse als Gesamtheit frei sein kann (d.h. daß es keine Beschränkung in der Gründung von Organen und in ihrer beliebigen politischen Verwendung gibt), daß jedoch das einzelne Blatt nie 'frei', sondern immer in Abhängigkeiten verstrickt ist.

Ein Beispiel aus der Praxis der jüngsten Vergangenheit sollte dieses Problem weiter aufhellen und deutlich werden lassen:

In den GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTEN vom Januar 1954 hat ein Artikel des Präsidenten des Stuttgarter Oberlandesgerichts Dr. R. Schmid besonderes Aufsehen erregt, weil der Verfasser in seiner Betrachtung zur Berechtigung des politischen Streiks einen Abschnitt der 'Geschäftspresse' gewidmet hat (die seiner Meinung nach 95 % aller Blätter umfasse), in dem er den Einfluß von wirtschaftlichen Kräften auf die Zeitung besonders unterstreicht und zur Stützung des gewerkschaftsfreundlichen Standpunktes - also gleichfalls im Sinne einer Machtgruppe - übermäßig stark und einseitig herausstellt.

Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

"Besonders bedeutsam ist aber, daß die Presse, soweit sie Geschäftspresse ist, und das sind 95 v.H. der Zeitungen, aus ökonomischen und psychologischen Gründen der Unternehmenseite zuzurechnen und gewerkschaftsfeindlich ist. Die Gründe dafür liegen zwar nicht offen zutage, sie sind darum aber nicht weniger gewichtig. Erstens sind die Inhaber der Zeitung selbst Unternehmer und Mitglieder von Unternehmerverbänden. Noch wirksamer ist aber der zweite Grund, nämlich ihre Abhängigkeit von den Inseraten, die sie ja fast nur von der Unternehmenseite zu erwarten haben. Und da die Presse von den Inseraten lebt, muß sie, ob sie will oder nicht, den Interessen der Inserenten dienstbar bleiben, darf ihnen zumindest nicht wehe tun. - Wir haben kürzlich den Sturm erlebt, der sich erhoben hat, als eine große, angeblich unabhängige Zeitung eine Gewerkschaftsmeinung abgedruckt hat, und das nicht einmal als eigene Meinung. Die sogenannte öffentliche Meinung wird also zwangsläufig von denjenigen gemacht, die geradezu naturgesetzlich auf seiten der Unternehmer stehen..." (65)

In den weiteren Ausführungen zu diesem Punkt versucht Schmid, seine Thesen an Hand eines Beispiels zu stützen, und spricht wieder davon, daß die Presse in ihrer Meinungsäußerung "den Interessen der Inserenten dienstbar" sei.

Im Namen der deutschen Journalisten verwahrt sich der Deutsche Journalisten-Verband in einer Gegenerklärung gegen den allgemeinen Vorwurf, die Presse sei in ihrer Meinungsäußerung "den Interessen der Inserenten dienstbar". Der Abschnitt, der in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse sein dürfte, lautet wörtlich:

(65) Schmid, R.: Zum politischen Streik, GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE Januar 1954

"Die deutschen Journalisten, die für den Textteil der Zeitungen verantwortlich sind, lehnen seit jeher jeden Einfluß von geschäftlichen Interessen der Inserenten auf den redaktionellen Inhalt der Zeitung ab und achten streng auf die Unabhängigkeit der freien Meinungsäußerung. Sie fühlen sich in ihrer publizistischen Arbeit allein dem öffentlichen Interesse verpflichtet. Die deutsche Presse hat bei der Wahrung dieses Prinzips manchen geschäftlichen Schaden auf sich genommen, wie gerade die Fälle der jüngsten Zeit beweisen..." (66)

Bei einer Untersuchung der Pressewirklichkeit von heute wird man feststellen müssen, daß im Grundsätzlichen die Stellungnahme des DJV Grundsätze postuliert, die wir auch in dem genannten 'Idealfall' in dieser Arbeit als verwirklicht angenommen haben, daß jedoch die herrschende Praxis in vielen Fällen der Erklärung des DJV nicht entspricht.

Nur innerhalb der bereits genannten 'Toleranzbreite', dem Raum der von Verleger und Herausgeber dem Journalisten zugestandenen Eigengestaltung, wirkt der 'Zeitungsman' im allgemeinen frei (obwohl auch hier direkte Eingriffe zugunsten wirtschaftlicher Interessen vorkommen!). Außerdem ist der Begriff des 'öffentlichen Interesses', dem man sich in der publizistischen Arbeit verpflichtet fühle, derartig dehnbar und vielschichtig, daß man alles und nichts unter ihm verstehen und ihn entsprechend auslegen kann. Schließlich ist das öffentliche Interesse aufgebaut aus den vielfältigen Einzelinteressen und Gruppeninteressen.

Es ist richtig, daß die deutsche Presse bei Auseinandersetzungen mit 'pressure groups', die jedoch tief ins innere Zeitungsgeschehen, also in die von uns so genannte Toleranzbreite der Redaktion, Eingriffe vornehmen wollten, geschäftlichen Schaden auf sich genommen hat. Ein grundsätzlicher Beweis für die Unabhängigkeit und Freiheit der einzelnen Zeitung ist dieser Hinweis nicht, denn einmal ging dieser geschäftliche Schaden nicht an die Substanz, und zum andern würde ein Nachgeben der Zeitung bei solchen Eingriffen in die direkte Zeitungsgestaltung im Laufe der Zeit ihre Glaubwürdigkeit beim **Abonnenten** und Käufer herabsetzen,

(66) -.: Der politische Streik und die Journalisten. Stellungnahme des DJV in DER JOURNALIST März 1954, Heft 3, S. 2

würde eventuell ihre Auflagen vermindern und sie damit sogar geschäftlich als Anzeigenorgan schädigen. Also schon aus geschäftlichen Gründen muß die Zeitung Wert darauf legen, daß gewisse 'Spielregeln' für alle Anzeigenkunden gelten. Es hat sich ein gewisser Stil herausgebildet, um in der Zeitung einen Interessenausgleich zwischen den drei Faktoren und Einflußzentren, denen eine Zeitung unterworfen ist, herbeizuführen:

Kapital - Publikum - Staat.

Die Unabhängigkeit und die Freiheit einer Zeitung ist also niemals eine grundsätzliche, eine absolute, sondern immer nur eine Frage der Einhaltung von generell gültigen Regeln, nach denen die Einflüsse auf die Zeitung ausgeübt oder von der Zeitung selbst berücksichtigt werden.

B. Maurer hat in seiner bereits vorstehend genannten Dissertation die Gefahren aufgezeigt, die der Presse von seiten der wirtschaftlichen Kräfte drohen. Auch diese Arbeit spricht in Erkenntnis der Realität davon, daß es selbstverständlich sei, daß eine Zeitung im Interesse ihrer Selbsterhaltung auf ihre Inserenten und Abonnenten bis zu einem gewissen Grade Rücksicht nehme. Sie müsse ihre Aufmachung und Darstellung den wirtschaftlichen Interessen, gesellschaftlichen Beziehungen und ideellen Bestrebungen ihres Leserkreises anpassen und dürfe ihre Inserenten auch im redaktionellen Teil nicht provozieren. Der Autor schreibt wörtlich:

"Hielte eine Zeitung sich nicht an diese Gebote, so würde sie ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstören, denn die Nachfrage nach dem Blatt und seinem Anzeigenraum würde sehr bald nachlassen. Diese natürliche Rücksichtnahme der Zeitung auf ihre Kundschaft bildet keine Gefahr für die Freiheit der Presse, denn sie führt nur zu der erkennbaren und von allen Beteiligten bejahten Grundhaltung des Blattes. Der Leser billigt durch den Kauf der Zeitung die einmal von ihr eingeschlagene Richtung, die der Verleger unter Berücksichtigung der natürlichen Einflüsse von Lesern und Inserenten festgesetzt hat. (!) Auch der Redakteur kannte bei seinem Eintritt in das Unternehmen die Zusammensetzung der Leserschaft und Inserenten, und er wird nicht gezwungen, gegen seinen Willen an einer Zeitung tätig zu sein, wenn ihm die Verpflichtungen nicht passen, die aus den Rücksichten auf den Besitzer, die großen Anzeigenkunden oder die allgemeine politische Haltung des Blattes erwachsen. Solche Einflüsse sind der Presse immanent,

solange die Zeitung als kaufmännisches Unternehmen den Marktgesetzen unterworfen ist, und eine schlechthin unbeeinflusste Stellung des Redakteurs muß so lange eine Utopie bleiben. (!) Die natürliche Rücksichtnahme der Zeitung auf ihre Abonnenten und Inserenten muß dort ihre Grenzen finden, wo die öffentliche Aufgabe der Berichterstattung eine unbeeinflusste, wenn auch im Rahmen der Grundhaltung der Zeitung ausgerichtete Arbeit des Redakteurs erfordert. Innerhalb der durch den Kreis der Leser und Inserenten geprägten Grundhaltung des Blattes muß der Redakteur frei berichten und gestalten können. ('Toleranzbreite' d.V.), denn die Einflüsse, die darüber hinaus auf ihn wirksam werden, sind der Leserschaft nicht bekannt und meist nicht erkennbar. Hier beginnen die Gefahren für die innere Freiheit der Presse. Inserenten, Abonnentengruppen oder Subventionsgeber können einen der ursprünglichen Grundrichtung zuwiderlaufenden Einfluß auf den redaktionellen Teil einer Zeitung gewinnen. Eine wahrheitsgemäße und vollständige Berichterstattung ist dann nicht mehr gewährleistet..." (67)

Diese Sätze unterstreichen eindeutig die in dieser Arbeit vertretene These, daß jede Zeitung im Schnittpunkt eines Netzes von Einflüssen steht, daß "solche Einflüsse der Presse immanent sind".

Wenn Maurer in seiner Arbeit einzelne Einflüsse als "Gefahren für die innere Freiheit der Presse" herausstellt, so handelt es sich nicht um einen grundsätzlich anderen Vorgang als bei den anderen Formen und Arten der Einflußnahme, 'die der Presse immanent sind', sondern einzig und allein um die Verletzung der Spielregeln, um Einbrüche in den Bereich, den wir in dieser Ausarbeitung als 'Toleranzbreite' einer Zeitung bezeichnet haben. Maurer gibt ein umfassendes Bild der unterirdischen Beeinflussungspraktiken (auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden soll), die einmal von der Kapitalseite her kommen, u.a. von der anonymen Kapitalbeteiligung an den Zeitungsverlagen, und von den Inserenten, welche mit allen Mitteln versuchen - und sei es der Weg der Nötigung und Bestechung der Redakteure - , den redaktionellen Teil als Werbemittel zu benutzen, oder durch Drohung mit Anzeigenboykott zu erreichen suchen, daß im redaktionellen Teil nichts erscheint, was ihren Interessen zuwiderläuft, zum anderen

(67) Maurer, B.: Zur inneren Freiheit der Presse.
Jur.Diss. Mainz 1953, S. 38/39

von der Seite der Abonnenten, indem gewisse Abonnentengruppen durch Drohung mit Abbestellung eine besondere Berücksichtigung ihrer Belange anstreben.

Ein weiterer interessanter Punkt: Der Einbau eines starken Einflusses auf die Zeitung, der fast einer gewissen Zensur gleichkommt, wäre über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer möglich gewesen. Dieser Komplex wurde bereits in einem der vorhergehenden Kapitel behandelt und ist hier nur der Vollständigkeit halber aufgeführt.

Eine weitere 'Gefahr für die innere Freiheit der Presse' liegt auch in der sogenannten 'Massenzeitung', in der sich eine vom reinen Kapital- und Profitstreben beherrschte Presse manifestiert, die kein anderes Gesetz kennt als das des Geldmachens um jeden Preis, und zwar zum Teil durch die Spekulation auf die niederen Instinkte der breiten Volksmassen. - Diez schreibt bereits im Jahre 1908, daß in der Massenaufgabe als solcher eine gewisse Gefahr der Entartung liege. (68) - Allerdings hat die Geschichte dieser Blätter gezeigt, daß auch sie im Rahmen der Gesellschaft eine echte Aufgabe zu erfüllen haben, indem sie nämlich Kreise der Bevölkerung, die vorher vollkommen abseits standen und desinteressiert waren, an Überindividuelle, geistige Dinge, wenn auch in homöopathisch verdünntem Aufguß, heranführen.

- Man kann die positive Seite dieser Art Blätter durchaus sehen und muß nicht auf der negativen so weit gehen wie jene Behauptung, nach der durch die Massenzeitung in Deutschland (es gibt nur eine einzige, die in Millionenaufgabe verbreitet ist: 10-Pf-BILD-ZEITUNG, die anderen Straßenverkaufsblätter erreichen Auflagen zwischen 50 u. 250 000) die Deutschen das Lesen verlernt hätten, daß sie begännen, ein Volk der Bildentzifferer zu werden, daß sie mit Bildern und Sensationen überschwemmt würden und diese Sensationen nichts anderes seien als geistiges Unkraut. "Wir schmecken das geistige Unkraut nicht mehr, wir betäuben uns Tag für Tag mehr und merken gar nicht, mit welcher

(68) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin 1910, S. 139

reißenden Geschwindigkeit wir zu geistigen Höhlenmenschen der Zivilisationszeit werden, die in den Höhlen der Eisenbahnabteile, Autos und Bürostuben nur noch das Lallen einer Bild-Zeitung zu verstehen vermögen, deren einzige Sensation ihr sensationeller Preis ist." (69)

Diez, der bereits vor dem ersten Weltkrieg die Gefahren der 'Massenblätter' überscharf herausstellt (die übrigens bis zur Gegenwart in Deutschland nur eine Teilerscheinung bilden und durchaus nicht bestimmend für den Charakter der deutschen Tagespresse sind) und nur ihre Gefahren und negativen Seiten sieht, fordert eine "Trennung der Zeitungswelt in kostspielige Nachrichtenblätter und ernsthafte politische Zeitungen, die ihren Wert durch geistig-sittliche Qualität erhalten, nicht durch die wahnsinnige Konkurrenz des Zuerstwissens. Das ist eine der ernstesten Zukunftsfragen unseres Volkslebens." Wenn wir diese Forderung des Verfassers aus dem heute noch in vielen Punkten aktuellen Band betrachten, so können wir feststellen, daß aus den Trümmern - auch der Presse - von 1945 die Entwicklung in der von Diez gewünschten Richtung gegangen ist.

Und wenn Diez folgendes wörtlich schreibt:

"Jedenfalls sollte die Erhaltung der Zeitung, deren Nachrichtenmaterial mit Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, Verstand und Geschmack ausgewählt und gesichtet ist, deren Leitartikel, politische Briefe und Feuilletons ernsthafte, wohl erwogene Äußerungen berufener Köpfe und zugleich stilistische künstlerische Leistungen sind, all den Kreisen am Herzen liegen, denen das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt. Und eine solche Zeitung ließe sich ohne Überspannung des Inseraten-Interesses wohl auch heute noch nutzbringend gestalten..." (70)

dann dürfen wir sagen, daß viele unserer deutschen Blätter diesen an eine gute Zeitung gestellten Anforderungen entsprechen, und man könnte sich zusätzlich wünschen, daß diese Auffassung von Diez der Leitspruch für die deutsche Presse von heute insgesamt werden möchte.

(69) -: Der Bildleser, CHRIST UND WELT vom 10.12.53

(70) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin 1910, S. 143

Es ist im Vorstehenden versucht worden, alle Schwachpunkte, die gesamte innere Problematik einer 'freien Presse' gewissenhaft zu skizzieren. Im Überblick gesehen, können wir doch zu einer tröstlichen Folgerung gelangen, daß nämlich die verschiedenen Interessen-Einflüsse, die auf eine Zeitung einwirken

- 1) durch jeweils die anderen Faktoren (Kapital - Publikum - Staat) in einem gewissen Rahmen gehalten und begrenzt werden,
- 2) zum anderen durch die verschiedenen Blätter in ihrer Gesamtheit, durch die Existenzmöglichkeit einer beliebigen Vielfalt von Zeitungen das Übermächtigwerden einer Richtung weitgehend verhindert wird.

Außerdem ist es gerade der große Block der unabhängigen Blätter, der in seiner ausgewogenen Art der Darstellung ein gewisses, beruhigendes, mäßigendes und ausgleichendes Element im Rahmen der öffentlichen Meinungsgestaltung darstellt.

Man kann wohl mit der Auffassung von Müller-Meinungen jun., die er in dem vorstehend angeführten Aufsatz ausdrückt, einig gehen, daß diese innere Problematik noch um ein Unendliches gefahrloser ist als eine staatlich beeinflusste oder staatlich gelenkte Presse. Eine 'Gleichschaltung' der Presse hätte das ganze Volk zu bezahlen: in gelenkter 'Freiheit', in wahrer Unfreiheit. (71) - In einem anderen Aufsatz drückt er es noch plastischer aus:

"Aber wir halten es für besser, das Ganze abwägend, die Freiheit zu wahren und dabei Auswüchse notfalls in Kauf zu nehmen, die hernach ihren handfesten Denkkzettel bekommen sollen und werden, als durch einen Präventiv-Maulkorb sozusagen die Unfreiheit einzutauschen. Diese Unfreiheit ohne Auswüchse hatten wir schon einmal, gar bald war die Unfreiheit selbst ein einziger Auswuchs." (72)

In diesem letzten Satz von Müller-Meinungen jun. klingt bereits ein weiteres Presseproblem an, nämlich das des Verhältnisses von Staat und Presse.

(71) Müller-Meinungen jun., E.: Die Presse ist an allem schuld. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15./16.5.1954

(72) Müller-Meinungen jun., E.: Der Daumen des Staates, DER JOURNALIST, Nr.5/1955

b) Das Verhältnis von Staat und Presse

Die öffentliche Meinung ist besonders im Zuge der Demokratisierung des politischen Lebens und (damit verbunden) mit der Aktivierung des Meinens eines breiten Publikums durch die modernen Mittel der Massenbeeinflussung zu grösster Bedeutung gelangt. Von dieser Grundlegung her hat Schultze-Pfälzer in seiner Theorie des gesamten Werbewesens die öffentliche Meinung als ein Produkt der öffentlichen Werbung charakterisiert und begründet (73). - Er fasst seine These plastisch und überspitzt (weil er die Wurzel der eigenständigen Erst-Vorstellung des Einzelnen nicht genügend berücksichtigt) in folgende Worte: "Die öffentliche Meinung kann... als Produkt der Meinungsmache charakterisiert werden." (74)

Wenn man davon ausgeht, dass die öffentliche Meinung tatsächlich wesentlich durch Akte der öffentlichen Einwirkung geformt wird, dann ist gerade die periodische Druckschrift und hier wiederum die Zeitung von ausserordentlicher Bedeutung für die Bildung einer öffentlichen Meinung bzw. der Stärke der verschiedenen Strömungen innerhalb des Gesamtbildes der öffentlichen Meinung; denn praktisch gibt es fast niemals eine öffentliche Meinung, sondern immer öffentliche Meinungen, die in einer Sache nebeneinander in verschiedener Stärke herlaufen. Überwiegt eine Meinung die anderen Äusserungen stark, dann spricht man allerdings von einer vorherrschenden öffentlichen Meinung, indem man die sehr viel schwächeren Strömungen wirkungsmässig als nicht vorhanden betrachtet.

Von diesem Standort aus wird man es dem Staat, der politischen Aktivform des menschlichen Gemeinwesens, der zur Vertretung des Gesamtinteresses einer bestimmten menschlichen Gemeinschaft legitimiert ist, grundsätzlich nicht versagen können, in irgendeiner Weise seine Auffassungen in der Öffentlichkeit zum Tragen zu bringen und entsprechend mit Informationen an die Öffentlichkeit zu gelangen. Besonders im demokratischen Staat bestünde geradezu die Pflicht, den Bürger und Wähler mit einer größtmöglichen Zahl und Masse von Informationen zu versehen.

Unter 'Staat' muß hier die Gesamtheit von Legislative, Exekutive und richterlicher Gewalt verstanden werden. Jede dieser drei

(73) Schultze-Pfälzer, G.: Propaganda, Agitation, Reklame.
Berlin 1923, S. 13/14

(74) a.a.O. S. 43

Gewalten steht in einem engen und sehr lebensnotwendigen Verhältnis zur Presse. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn man die Verbindung der Presse zu den staatlichen Gewalten erschöpfend analysieren wollte. Es sollen hier nur die Grundlinien aufgezeichnet werden, um das 'Kraftfeld', in dem die Presse lebt, nicht in einem seiner wichtigsten Faktoren unvollständig zu lassen.

In den vorhergehenden Kapiteln wurde eingehend untersucht und festgestellt, wie relativ der Begriff der Unabhängigkeit und folgerichtig auch der Pressefreiheit ist, andererseits wie notwendig diese Pressefreiheit ist, um den natürlichen Ausgleich der Meinungskräfte und Interessenströmungen zu erreichen, deren Exponenten die Zeitungen in einem hohen Grade sind. Wenn wir den Begriff der Pressefreiheit gerade in Verbindung mit den Gruppeneinflüssen als relativ bezeichnen, dann besagt diese relative Pressefreiheit doch, daß diese Einflüsse und Einwirkungen nach gewissen, allgemein anerkannten und bekannten Regeln erfolgen, mit Hilfe derer ein illegales Übergewicht eines bestimmten aus dem Konglomerat von Einflüssen verhindert werden soll. Wir haben gerade diese Seite der Pressefreiheit, die im allgemeinen von vielen Sachwaltern und glühenden Verfechtern dieses Begriffes nicht oder nur oberflächlich gesehen wird, so ausführlich behandelt, um die wirkliche Position der Presse im Spannungsfeld der modernen gesellschaftlichen Kräfte deutlich zu machen. Dabei wurde nicht übersehen, daß der klassische Begriff der Pressefreiheit sich vor allem auf die Freiheit der Presse von staatlicher Bevormundung oder Zensur bezieht. Hierzu heißt es im v. Mangoldt'schen Kommentar zum Grundgesetz unter dem Stichwort 'Informationsfreiheit' bei Art. 5 wörtlich:

"Das Recht zur freien Meinungsäußerung richtet sich wie alle Grundrechte grundsätzlich gegen den Staat" (75)

Während die Weimarer Verfassung nur die Freiheit der Meinungsäußerung schützte, ist im Artikel 5 des Grundgesetzes darüber

(75) v. Mangoldt, H.: Das Bonner Grundgesetz, Berlin-Frankfurt/M. 1953, S.62

hinaus die Freiheit der Meinungsverbreitung und vor allem die Pressefreiheit selbst, das grundlegende Recht der Informationsfreiheit gesichert. Die Pressefreiheit genießt den vollen verfassungsrechtlichen Schutz als anerkanntes Grundrecht. - Die Pressefreiheit des Reichspressegesetzes von 1874 konnte durch jedes einfache Reichsgesetz und die Meinungsfreiheit der Weimarer Verfassung durch jedes Gesetz eingeengt werden, dagegen darf die Meinungs- und Pressefreiheit keinesfalls unter Verletzung des durch Artikel 5 GG gesteckten Rahmens beschnitten werden. (76)

Weder durch allgemeine Gesetze sollen Meinungs- und Pressefreiheit in ihrem Wesen beeinträchtigt noch im Wege einer Verfassungsänderung angetastet werden, da die Grundrechte für schlechthin unabänderlich erklärt sind (Art. 79 GG) und Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung binden (Art. 1, Abs. 3 GG).

Die festgelegten Rechte der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit bedingen auf der anderen Seite das Recht des Bürgers auf Information. "Durch echte Information soll das Volk unterrichtet werden, um eine Meinung sich zu bilden, um die öffentliche Meinung wirksam werden zu lassen." (77)

Der moderne Staat, besonders der demokratische Staat, hat also das Recht und die Pflicht, sich in der Presse Gehör zu verschaffen, da es darum geht, diejenigen, die es angeht, das Volk zu informieren, um echte Meinungsbildung zu ermöglichen. Und die Meinung kann nur gebildet werden, sie besteht nicht aus sich selbst oder wächst aus einem dunklen Urgrund ans Tageslicht. E. Trautmann fordert in seinem eben zitierten Aufsatz 'das Recht auf Information', ein sinnvolles Gespräch mit dem Volk über diesen Staat und seine Anliegen, seine Aussichten und seine Verpflichtungen, das sich mit dem modernen Menschen nur so entwickeln könne, daß dieses Gespräch sich auf die

(76) Der Artikel 5 GG Abs. 1 lautet: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(77) Trautmann, E.: Das Recht auf Information, ECHO DER ZEIT, Nr. 36/1954 vom 5.9.1954

sachliche Information beschränkt und das weitere der persönlichen Entscheidung des einzelnen überlassen bleibe.

Wenn wir von der Legislative ausgehen, so kann gerade hier die Aufgabe und Bedeutung der Presse nicht überschätzt werden, denn das eigentliche Element des liberalen Parlamentarismus moderner Prägung ist die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen und Beschlüsse, und eine wirkliche Öffentlichkeit kann nur durch die Mittel der Publizistik geschaffen werden. - Wo diese Öffentlichkeit fehlt, da versinkt die Volksvertretung als geistig-politischer Faktor in der Massendemokratie, wenn sie auch formell ihre verfassungsmäßigen Funktionen weiter erfüllen kann.

Bereits Diez weist darauf hin, daß das Beispiel des englischen Parlaments nicht zur Widerlegung dieser Ansicht herangezogen werden könne, obwohl es schon existiert und auch eine gewaltige Macht ausgeübt habe, bevor es politische Publizität im größeren Stil gegeben habe, da zu diesem Parlamentarismus noch ein wesentlicher Faktor, der der privilegierten Aristokratie, gehört habe. (78) Der entscheidende Bestandteil des Verhältnisses Staat und Presse ist das Verhältnis von Regierung (und Verwaltung) und Presse, bzw. von Exekutive und Presse. - (Auf den Abschnitt Recht und Presse soll nur am Rande verwiesen werden, obwohl die Presse mit dem Rechtsleben untrennbar verbunden ist und aktiv in die verschiedenen Zweige des Rechtslebens einwirkt.)

Oftmals wird vom Verhältnis von Staat und Presse gesprochen und geschrieben, und es ist Regierung/Exekutive und Presse gemeint. Das Wort Staat wird also oft synonym mit Regierung gebraucht, ein erneuter Hinweis darauf - wenn es eines solchen noch bedürfte - daß in dem Verhältnis Regierung - Presse der Kernpunkt des Verhältnisses von Staat und Presse angesprochen ist, denn oft wird ein beherrschender Bestandteil für das Ganze genommen (s. öffentliche Meinung(en)).

(78) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin, 1910, S. 122

Brunnhuber stellt seinen "Grundsätzen für Regierung und Presse" die These voran, daß eine Verbindung zwischen der Presse und der Regierung nicht allein eine absolute Notwendigkeit, sondern auch ein Recht, ja oft die Pflicht einer mit modernen Mitteln arbeitenden Staatsmaschine sei. (79)

"Seitdem die Presse der wichtigste kritische wie stimulierende Faktor der öffentlichen Meinung geworden ist, seitdem die öffentliche Meinung nicht allein in ihrer mittelbaren Wirkung durch die Parlamente, sondern auch durch ihren unmittelbaren Einfluß auf die politischen Entschlüsse eine Macht gewonnen hat ..., seitdem kann auch die Regierungsmaschinerie ein solches Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung nicht entbehren." (80)

Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist jedoch diese: In welchem Maße und in welcher Form darf die Regierung ihre Auffassungen der Öffentlichkeit über die Presse (und die anderen publizistischen Mittel) vermitteln?

Die Auffassungen der Theoretiker und der Praktiker gehen in diesem Punkt weit auseinander. -

Jede Regierung hat das Bestreben, ihre Informationen und Auffassungen auf allen nur möglichen Wegen die weitestgehende Verbreitung zu sichern. Die Hauptarten und Möglichkeiten der Verbreitung von Information der Regierung sollen hier aufgezählt werden:

- 1) Die amtliche Kundgebung
- 2) Die halbamtliche Publizierung (=verantwortliche Stellungnahme zu einer öffentlichen Angelegenheit)
- 3) Das 'Offiziösentum'. "Der Offiziöse, das heißt der Beauftragte ohne direkte Verantwortung ist einer der wichtigsten öffentlichen Werber überhaupt." (81)

Schultze-Pfälzer führt in seinem hier bereits mehrfach angezogenen Buch aus, daß es die Aufgabe der sogenannten 'Pressereferenten' der Behörden sei, durch die verschiedensten Kanäle die Bearbeitung der öffentlichen Meinung im amtlichen Sinne offiziös zu betreiben.

(79) Brunnhuber, R.: Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907, Sammlung Götschen, S. 76

(80) a.a.O. S. 76

(81) Schultze-Pfälzer, G.: Propaganda, Agitation, Reklame, Berlin 1923, S. 186

Dieser Autor hat die Schwierigkeiten in der Arbeit des 'Offiziösentums' mit scharfem Blick erkannt, die sich daraus ergeben, daß ein Regierungsproblem, das dem öffentlichen Interesse nahegerückt wird, mit vielen anderen Problemen, die der Zuständigkeit der anderen Instanzen unterliegen, zusammenhängt. "Daraus folgt, daß ein großer Teil der öffentlich besonders interessierenden Staatsfragen sich in den Grenzgebieten zwischen den einzelnen Ressorts bewegt. Um der sich damit für das Offiziösentum ergebenden Schwierigkeiten Herr zu werden, versucht man, die Staatspropaganda durch die Schaffung zentraler Presse- und Nachrichtenämter einheitlich zu organisieren." - Damit, so schließt der Verfasser weiter, seien die Hemmungen, die dem (amtlichen) Werbewesen durch die Amtsbükratie entstünden, keineswegs beseitigt. Im Gegenteil, der Apparat werde entsprechend größer und schwerfälliger, die zentralisierten Propagandainstanzen der obersten Staatsbehörden würden eine eigene Bürokratie entfalten, die den Werbeimpuls der Individuen erdrücke.

Der genannte Autor schildert eingehend die Schwierigkeiten der Pressestellenarbeit, die sich allein aus der Tatsache einer Koalitionsregierung ergeben würde (die im Programm eine Meinungsdiagonale erfordere) und folgert daraus, daß diese Tätigkeit letzten Endes in idealer und befriedigender Form unlösbar sei.

Die Pressestellen haben also eine Mittlerstelle zwischen Regierung und Presse und damit eine wichtige Funktion im demokratischen Staat zu erfüllen. Ohne diese Institutionen wäre es einer Regierung nicht möglich, ihrer 'Pflicht zur Publizität' nachzukommen.

Ernst Sodeikat stellt in einem sehr lesenswerten Büchlein über die Notwendigkeit und Bedeutung der Pressestellen und ihre Arbeitsweise noch eine zweite Aufgabe heraus, die eine derartige Einrichtung zu erfüllen habe und die er zudem als eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben von offiziellen Pressestellen bezeichnet: Die staatsbürgerliche Aufklärung. (82)

(82) Sodeikat, E.: Sind Pressestellen notwendig?, Band 7 der Reihe 'Presse und Welt', München 1953

Wenn auch eine Pressestelle immer die Konzeption einer bestimmten Regierung zu vertreten hat, so werden zwangsläufig immer Elemente der staatsbürgerlichen Aufklärung mitschwingen. So-deikat meint, neben der Publikationspflicht für eine Regierungskonzeption würde die staatsbürgerliche Aufklärung die große Hauptaufgabe einer Pressestelle sein. Die Aufklärung selbst sollte nach seiner Auffassung in der Weise geschehen, daß die Öffentlichkeit über alles ungeschminkt informiert werde, was den Staatsbürger interessiere, seien es gute, seien es schlechte Dinge.

Es ist natürlich immer schwierig, die Grenze zu finden, wo die Informierung der Öffentlichkeit durch die Regierung noch gegeben ist und wo bereits der Tatbestand der Propaganda für eine Partei oder für mehrere, die als Koalition die Regierung tragen, vorliegt. In einer Denkschrift des Präsidenten des Bundesrechnungshofes und Beauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wurde auch dieses Problem angeschnitten und der Versuch unternommen, das Arbeitsfeld eines Regierungspresseamtes zur parteipolitischen Propaganda abzugrenzen. Es heißt da wörtlich:

"Als weitere Aufgabe des Bundespresseamtes ist die staatspolitische Aufklärung anzuerkennen, d.h. die Unterrichtung der Öffentlichkeit im Inland und Ausland über die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. Es ist selbstverständlich, daß dabei die immer nur schmalen Grenzen zwischen staatspolitischer und parteipolitischer Aufklärung sorgsam zu achten und sich insbesondere von einseitiger Propaganda fernzuhalten hat. Parteipolitik zu vertreten ist Aufgabe der Parteien selbst." (83)

Diese Grenze zwischen 'staatspolitischer Aufklärung' und Parteipropaganda wird nun niemals, allerdings nur in einem gewissen Grenzbereich, genau festzulegen sein, zumal ja auch jegliche kompetente Stelle fehlt, die im einzelnen die Grenze fixieren kann und auch in der Lage wäre, ihre Ansichten durchzusetzen. Einzig und allein die Öffentlichkeit und hier vor allem die Publizisten und Journalisten selbst müßten darüber wachen, daß diese Regeln eingehalten werden: denn auch eine Regierung ist

(83) Denkschrift des Präsidenten des Bundesrechnungshofes J. Mayer zur Bundeshaushaltsrechnung 1951, Abschnitt "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung", Drucksache 1140 des Deutschen Bundestages / 2. Wahlperiode 1953 S. 136

Partei und wird immer bestrebt sein, das Gesamte nach dem Bild vom Gesamten zu gestalten, das die sie tragenden Schichten und herrschenden Gruppen haben. Sie wird immer bestrebt sein, den Bereich ihrer staatspolitischen Aufklärungstätigkeit möglichst weit zu ziehen, genau wie auf der anderen Seite eine vorhandene parlamentarische Opposition immer das Bestreben zeigen wird, Regierungspressstellen und Ämter möglichst zu beschneiden, sowohl im Arbeitsbereich als auch personell, und weiterhin immer Versuche unternehmen wird, die Tätigkeit dieser Stellen in der Öffentlichkeit als suspekt hinzustellen, um sie so mit dem Ruf des Unglaublichen zu behaften. Denn es ist klar, daß die Tätigkeit eines Presseamtes (und von Pressestellen) den Regierungsparteien ein zusätzliches publizistisches Übergewicht in der öffentlichen Meinungsbildung verleiht. Wenn man auch behaupten mag, daß durch diese Tätigkeit amtlicher Stellen nur die Regierungskonzeption staatspolitisch vertreten wird, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Regierung von Parteien gebildet wird und diese befürwortende publizistische Vertretung der Regierungskonzeption wiederum den Regierungsparteien zugute kommen wird.

Regierungsparteien oder Regierungspartei werden also - abgesehen von jeglicher konkreten Situation in der Bundesrepublik - in der modernen Massendemokratie immer stärker im Vorteil sein, zumal ja diese 'staatspolitische Aufklärungstätigkeit' durch den Staat, also von der Gesamtheit der Steuerzahler finanziert wird. Hier besteht noch eines der ungelösten Probleme in der Staatskonstruktion der modernen Massendemokratie liberaler Prägung.

Vielfach wird bei der Behandlung dieses Problems ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der äußeren und inneren Politik gemacht, und man will der Regierung auf dem Sektor der inneren Politik eine stärkere Zurückhaltung auferlegen als in der Vertretung der gesamtstaatlichen Interessen auf dem Gebiet der Außenpolitik. - Diez vertritt in seiner Abhandlung sogar die Ansicht, daß namentlich in Fragen der auswärtigen Politik eine allzu kritische Stellung der Presse des eigenen Landes lediglich die Position des Auslandes stärke und dadurch dem eigenen Lande schade.

Dem Beobachter der Situation in der Bundesrepublik wird es jedoch ganz klar, daß man mit diesem Schema nicht auskommen kann. Wenn nämlich Regierung und Opposition nicht nur auf dem innerpolitischen Feld, sondern auch in ihrer außenpolitischen Konzeption völlig verschiedene Wege gehen, dann kann man grundsätzlich zwischen Innen- und Außenpolitik keinen Unterschied in der pressemäßigen Behandlung machen. Sowohl bei der Behandlung innerpolitischer als auch bei der außenpolitischer Themen hat die Haltung der Presse entsprechende Rückwirkungen auf die öffentliche Meinungsbildung und damit auf die Wahlergebnisse. Natürlich bleiben sowohl der Presse, die der Regierung nahesteht, als auch den Blättern, die die Linie der Opposition verfechten, im außenpolitischen Bereich Rücksichten aufs Ganze auferlegt, die in der öffentlichen Polemik zumindest eine zurückhaltendere Tonart erfordern würden.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das in seiner Konstruktion als koordinierende Zentralstelle ähnlichen Überlegungen entsprungen sein dürfte, wie sie Schultze-Pfälzer entwickelte (s. Seite 84), ist in der Zusammenfassung von Funktionen ein Gebilde, wie wir es in dieser Ausprägung bisher in den westlichen demokratischen Staaten kaum finden. In dem französischen 'Maison de la Presse' in der Zeit des ersten Weltkrieges (84) und in dem englischen PUBLIC COUNCIL, der besonders ausgebaut war in der Zeit der britischen Labourregierung nach dem zweiten Weltkrieg, haben wir Organisationsformen der amtlichen Pressepolitik, die in einzelnen Konstruktionsteilen und Tendenzen verwandte Züge aufweisen.

Im Vorwort für den Haushaltsplan des Presse- und Informationsamtes aus dem Jahre 1954 wird der Aufgabenbereich dieser amtlichen Pressezentrale wie folgt umrissen:

Das beim Bundeskanzleramt errichtete Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat den Bundespräsidenten und die Bundesregierung auf dem gesamten Nachrichtensektor laufend zu unterrichten. Es muß die hierfür erforderlichen Verbindungen zu den Nachrichtenträgern des In- und Auslandes unterhalten. Ferner obliegen ihm die laufende Erforschung der öffentlichen Meinung und die Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im In- und Ausland auch auf den Gebieten von Bildberichterstattung, Film, Funk und Fernsehen.

(84) Eltzbacher, P.: Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik, Jena 1913

Das Presse- und Informationsamt ist zugleich die Hauptstelle der Bundesregierung für den Verkehr mit der Presse und allen sonstigen Nachrichtenträgern und hat dabei die Politik der Bundesregierung gegenüber den Organen des Nachrichtenwesens zu vertreten.

Schließlich hat es die deutsche Bevölkerung über die politischen Ziele und Aufgaben der Bundesregierung zu unterrichten und im Zusammenwirken mit dem Auswärtigen Amt auch die Information des Auslandes vom deutschen Standpunkt aus durchzuführen.

Schultze-Pfälzer bereits erklärt in seinem 1923 erschienenen Buch, daß eine Regierung bevormunden wolle und es zum Teil mit autoritärer Rücksichtslosigkeit versuche. Aus Gründen der Staatsraison streite sie Tatsachen ab, verschleierte sie Zusammenhänge; um nicht von vorzeitiger Kritik gestört zu werden, hülle sie ihre Politik in geheimdiplomatische Schleier. Die 'Offiziösen' müßten daher den Zielen einer freien staatsbürgerlichen Meinungsbildung oft entgegenwirken, ja, sie seien zu gewissen Unaufrichtigkeiten verpflichtet. (85) Es ist natürlich verführerisch für eine Regierung, da hinter ihr immer der Apparat der staatlichen Macht steht, zur stärkeren Durchsetzung ihrer Meinung in der Öffentlichkeit irgendwelchen Zwang auszuüben. Wie ist hier die Situation in der Bundesrepublik?

Marcel Schulte, Chefredakteur der FRANKFURTER NEUEN PRESSE, hielt auf der Jahresversammlung des Internationalen Presseinstituts 1954 in Wien einen Vortrag über das Thema 'Regierung und Presse', in dem er zusammenfassend feststellte, daß die Pressefreiheit in Deutschland noch unangetastet geblieben sei. Angriffe gegen sie seien bisher nur aus Unkenntnis demokratischer Erfordernisse, nicht aber aus Böswilligkeit erfolgt. Sie würden sich wiederholen, bis die deutsche Praxis im Umgang mit demokratischen Spielregeln Wurzeln gefaßt habe und die Vergangenheit vergessen sei. Die Fehler der Presse in ihrem Kampf um die Freiheit, die übrigens von der Anzeige her bedroht werde, seien nicht grundsätzlicher Art, sondern auch auf die zu starke Verstrickung mit dem Denken der Vergangenheit zurückzuführen. - Zunächst drohe

(85) Schultze-Pfälzer, G.: Propaganda, Agitation, Reklame. Berlin 1923

weniger eine Gefahr von Regierung und Bürokratie als vielmehr aus einer übernommenen Gesinnung in der Presse. "Sie fühlt sich noch zu wenig als 3. Macht, sondern noch zu häufig als der verlängerte Arm der Regierung, Bürokratie oder Partei." (86)

c) Die Bedeutung der Zeitung im öffentlichen Leben - heute

Walter Hagemann vertritt die These, daß die Tageszeitung sowohl in ihrer Bedeutung als auch an Zahl, Umfang, Erscheinungshäufigkeit absolut wie relativ ständig zurückgegangen sei. Die Zeitung habe an politischer und geistiger Bedeutung in Deutschland wie in fast allen Ländern der Welt erhebliche Einbußen erlitten. Es stimme nicht mehr, daß die periodische Presse einen maßgeblich bestimmenden Faktor öffentlichen Meinens darstelle. Die Presse sei allenfalls noch Schallrohr, nicht mehr Schallquelle eigener publizistischer Zielsetzungen wie in ihrer klassischen Zeit nach 1789. Auch als Mittel aktueller Information seien der Tageszeitung ernsthaftere Konkurrenten erstanden, die schneller bzw. unmittelbarer zu berichten vermögen: Rundfunk und Fernsehen. Damit sei auch jener Geltungsbereich gefährdet, auf den sich die Mehrzahl der Zeitungen in aller Welt im Laufe der letzten 80 Jahre zurückgezogen habe: Zeitung als Nachrichtenträger. (87)

In einem früheren Aufsatz präzisierte der gleiche Verfasser seine Auffassung dahingehend, daß die Presse ihre einstige echte öffentliche Führerstellung dadurch verloren habe, daß sie zum größten Teil darauf verzichtet habe, Träger umfassender politischer Information und abgewogener Meinungsbildung zu sein, sondern daß sie, dem Publikumsgeschmack folgend, die Unterhaltung über die Politik, die Sensation über das wirklich Bedeutsame, das Bild über den Text stelle und die öffentliche Meinungsbildung den Berufspolitikern und Managern der Organisationen überlasse. (88)

(86) Schulte, M.: Presse und Regierung in Deutschland, Vortrag auf der Jahresversammlung des Internationalen Presseinstituts in Wien 1954, abgedruckt in DER JOURNALIST, Nr. 7/1954

(87) Hagemann, W.: Konkurrenten der Zeitung / Keine Gefahr bei Besinnung auf die geistigen Wurzeln. 50-Jahre ZEITUNGSVERLAG, Sonderheft des ZEITUNGSVERLAG Nr. 1/2 vom 31.1.1955, S. 23 ff.

(88) Hagemann, W.: Strukturwandlungen der modernen Presse, Sonderheft des ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG zum 60-jährigen Bestehen des Vereins deutscher Zeitungsverleger e.V., Nr. 8/1954 vom 30.4.1954, 51. Jgg. S. 287 ff.

Um diese von ihm behauptete Rückwärtsentwicklung der Zeitung allgemein und in Deutschland insbesondere aufzuhalten, fordert Hagemann in seinem erstgenannten späteren Aufsatz eine Rückbesinnung auf die geistigen Wurzeln der Zeitung, nämlich Sprachrohr und Stimmführer maßgeblicher öffentlicher Kräfte zu sein; durch weitere Konzessionen an das Aktualitäts- und Unterhaltungsbedürfnis und an die breiten Leserschichten werde dieser Rückwärtsbewegung nicht Einhalt geboten. "Nur der Entschluß zur Aktualität und zur Gewichtigkeit der Aussage, die Heranziehung der besten Federn zu einer echten politisch-kulturellen Auseinandersetzung, die Konzentration auf das Wesentliche unserer geistig-gesellschaftlichen Existenz vermag der Zeitung ihren historischen Platz in unserer Gesellschaft wiederzugeben. Denn in diesem Bereich ist das gedruckte, sorgfältig redigierte Wort dem Bild und der flüchtigen Aussage weit überlegen." (89)

In einem zweiten Aufsatz weist Hagemann in diesem Zusammenhang auf eine Entschliebung auf der Jahrestagung des Internationalen Presseinstituts in London 1954 hin, in der die Abkehr der Tagespresse von der Sensation und die Rückbesinnung auf ihre eigentliche Aufgabe als Instrument zuverlässiger Information gefordert wird. Er modifiziert seine erste Stellungnahme, in der er mehr oder weniger verhüllt ein Zurück zur Meinungszeitung fordert, wenn er nun feststellt, daß man neben den anspruchsvollen Zeitungen, in denen sich die politisch und geistig führenden Kreise sachlich informieren und ihre Meinungen austauschen können, und einer echten heimatverbundenen Presse 'auf soliden wirtschaftlichen Fundamenten und mit einer ehrlichen volksbildnerischen Zielsetzung' die Massenzeitung weder verbieten noch abschaffen könne, denn eine Millionen-Leserschaft brauche volkstümlich geschriebene und handwerklich gut gemachte Zeitungen. "Proklamieren wir als neueste Mode: die volkstümliche Massenzeitung, die mit der Sensation des Guten die Aufmerksamkeit des Lesers gewinnt." (90)

(89) Hagemann, W.: siehe (87), Sonderheft des ZV Nr. 1/2 1953, S. 25

(90) Hagemann, W.: siehe (88), Sonderheft ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG Nr. 8/1954, S. 292

Von einer harten Ablehnung der Massenzeitung mildert der Verfasser seine Haltung bis zu einer Reformforderung in der Gestaltung dieser Blätter.

Man kann der Auffassung von Hagemann weitgehend folgen, wenn er analysiert, daß die Massenpresse verstärkt in den Vordergrund trete, daß ihr Hauptkennzeichen Wohlfeilheit, Volkstümlichkeit in Stil und Inhalt und Zurücktreten der Meinung hinter der Information, der wichtigen hinter der sensationellen Neuigkeit, des Wortes hinter dem Bild sei, daß die Zeitung zur Universallektüre werde. Aber das kann doch kein Beweis für die These sein, daß die publizistische Führerstellung der Zeitung in Gefahr ist, zumal auch die anspruchsvolle Zeitung im Orchester der Zeitungstypen durchaus ihren Platz behauptet und immer stärkerem Interesse begegnet. Wie anders wäre sonst die Auflagenentwicklung eines Blattes wie der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG zu erklären, die erst vier Jahre nach dem Krieg gestartet werden konnte, zu einer Zeit, als auf dem Zeitungsmarkt die Entwicklung stagnierte, und die trotz anfänglicher Schwierigkeiten im Anlaufen ihre Auflage kontinuierlich steigern konnte und die heute auch auflagenmäßig in die Spitzengruppe der deutschen Blätter gehört? Selbst in der großen Zeit der deutschen Zeitung nach dem ersten Weltkrieg war es keiner der 'Großen' gegönnt, eine derartig hohe Auflage zu erreichen (180 000 wochentags, 250 000 Wochenendausgabe).

Die einseitige 'Meinungszeitung' ist weitgehend in den Hintergrund getreten. Ihre Aufgabe hat die politische Wochenzeitung in einem großen Ausmaß übernommen; hier findet man sowohl die von Hagemann angeführte 'Gewichtigkeit der Aussage', 'die Heranziehung der besten Federn zu einer echten politisch-kulturellen Auseinandersetzung', 'die Konzentration auf das Wesentliche unserer geistig-gesellschaftlichen Existenz'. Die Wochenzeitung ist zum 'Sprachrohr und zum Stimmführer maßgeblicher öffentlicher Kräfte' geworden. Muß die Entwicklung unbedingt mit einem negativen Vorzeichen versehen werden? - Wird hier nicht einem Leserwillen Rechnung getragen, der sich besonders machtvoll nach dem Kriege - nicht nur in Deutschland - äußerte, der nicht mit

Meinungen überschüttet, sondern in erster Linie gut informiert werden will? Die Meinungsbildung will der Leser weitgehend selbst vornehmen.

Überdies treffen gerade für das deutsche Zeitungswesen die Merkmale, die Hagemann der modernen Zeitung zuteilt, nur bedingt zu: Der Zug zur Konzentration und zu Mammutblättern ist in Deutschland nur gering zu spüren und wird durch die Vielfältigkeit der deutschen Stämme und Landschaften und die starke Heimatverbundenheit seiner Menschen zwangsläufig begrenzt. - Der politischen Farblosigkeit wird man den größten Teil der deutschen Blätter auch nicht bezichtigen können. Und andererseits ist es kaum einzusehen, warum nicht auch die ernste, 'solide' Tageszeitung dem Leser durch eine anziehende und gefällige Aufmachung entgegenkommen kann, ohne daß der Wert des Inhalts des Blattes darunter leiden muß.

In einer Zeit, in der stärkste Werbereize auf den Menschen in einer Überzahl eindringen, hat auch die anspruchsvolle Zeitung das Recht (und meines Erachtens die Pflicht), den Versuch zu machen, mit den Mitteln der graphischen Gestaltung, d.h. in ihrer Aufmachung, eine möglichst große Zahl von Lesern zu fesseln. Man kann diesem Prinzip so lange folgen, so lange nicht der Gehalt des Blattes essentiell in Mitleidenschaft gezogen wird. - Es ist wahrhaftig nicht alles negativ und 'unseriös', was effektiv aufgemacht ist. Allein schon der Vergleich der beiden beachtetsten deutschen Zeitungen der FRANKFURTER ALLGEMEINEN und der WELT mit ihrer aufgelockerten graphischen Gestaltung mit rangmäßig ähnlich einzuschätzenden Blättern der Vergangenheit läßt diese Entwicklung erkennen und macht deutlich, was unter der oben genannten Forderung konkret zu verstehen ist.

Kurt Baschwitz, der ehem. Direktor des Instituts für Pressewissenschaft an der Universität Amsterdam, konstatiert in diesem Zusammenhang, daß die Zeitung als Gegenstand des täglichen Bedarfs nicht an Bedeutung verloren, sondern eher noch gewonnen habe. Man habe schon so oft prophezeit, daß neue Publikationsmittel, die die moderne Technik geschaffen habe, so vor allem der Funk, die Tagespresse aus ihrer bevorrechtigten Stellung verdrängen würden. Die Tatsachen sprächen jedoch eine ganz andere Sprache. Es zeige sich in der Presse eine gleichbleibende Tendenz, nämlich eine

Tendenz zur Ausbreitung der Leserkreise. "Gerade in einer Zeit, in der die gedruckte Zeitung nicht mehr den Alleinbesitz der Nachrichtenverbreitung beanspruchen kann, kommen immer neue und immer größere Scharen von Zeitungslesern zum Vorschein, breiten sich die gesamten Auflagen der Tagespresse in den einzelnen Ländern unaufhörlich aus." (91)

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Bedeutung, daß sich nach allen demoskopischen Querschnittumfragen die Zeitung in vollem Umfang gegen das vordringende Fernsehen behaupten konnte. Aus dem amerikanischen Bereich liegen Ergebnisse vor, die dies besonders deutlich machen, da gerade in den USA das Fernsehen wie ein Naturereignis 'ausgebrochen' ist (1955 über 20 Millionen Fernsehgeräte!) und schwere Erschütterungen in der Gewichtsverteilung der 'Informationsindustrien' (wenn man sie so nennen will) zur Folge hatte. So hat z.B. der Funk nahezu vollständig seine Bedeutung verloren, und der Film wurde schwer getroffen.

Die amerikanische Fernsehindustrie hat die Stadt New Brunswick im Staate New Jersey als eine Art Experimentierfeld erwählt und 1952 dort Erhebungen angestellt. Es wurde dort u.a. festgestellt, daß infolge der Ausbreitung des Fernsehens eine Abnahme des Kinobesuches um 77 % und des Rundfunkhörens um 88 % zu verzeichnen war. Sogar die Zahl der Besuche bei Verwandten und Freunden ist um 74 % zurückgegangen (!). Auf der anderen Seite sind die Fernsehteilnehmer den Zeitungen unerschütterlich treu geblieben. (92)

Eine weitere interessante Studie eines amerikanischen Forschungsinstituts vom Jahresende 1954 bestätigt die gleiche Tendenz. - Ein kalifornischer Zeitungsverlag beauftragte dieses Institut mit der Feststellung eines guten Querschnittes der Bevölkerung der Stadt Salinas in Kalifornien, die einer Befragung unterworfen wurde. Die Umfrage hatte folgendes Ergebnis:

(91) Baschwitz, K.: Die Zeitung in unserer Zeit, Sonderheft des ZEITUNGS-UND ZEITSCHRIFTENVERLAG zum 60-jährigen Bestehen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e.V. Nr. 8 vom 30.4.1954 / 51. Jgg., S. 283

(92) - : Zeitung behauptet sich gegen Fernsehen, HESSISCHE NACHRICHTEN, Kassel, vom 21.11.1951

515 Einwohner der Stadt, die den 'Bevölkerungsquerschnitt' darstellten, wurden eines Nachmittags unverhofft telefonisch angerufen. Die telefonische Befragung brachte dann das folgende Resultat:

Nicht zu Hause	116
von den übrigen 399 besaßen ein Fernsehgerät	196
von diesen hatten zum Zeitpunkt des Anrufs das Gerät eingestellt	146
von den 399 lesen regelmäßig die Tageszeitung	375

(93)

Auch Hagemann kann nicht umhin, die Tatsache festzustellen, daß der lawinenartige Einbruch des Fernsehens in unsere Welt der Zeitung keinerlei Abbruch tat, obwohl man allein schon daraus eine gewisse Diskrepanz zu der von ihm vertretenen Auffassung des Bedeutungs- und Einflußverlustes der Zeitung folgern könnte. Hagemann begründet dann auch seine Ansichten weitgehend mit qualitativen Elementen und Argumenten, die natürlich in subjektiven Anschauungen wurzeln und denen man - je nach dem persönlichen Standpunkt - beitreten kann oder nicht. (94)

Wie groß die Bedeutung der Zeitung im öffentlichen Leben der Gegenwart ist, ja welche unersetzliche Funktion sie im Leben der modernen menschlichen Gesellschaft ausübt, das bewies ein 'Experiment', dem sich England unfreiwillig unterzog, als durch einen Streik von 700 Elektrikern und Mechanikern nahezu einen Monat lang, vom 25. März bis zum 21. April 1955, London (und da das englische Zeitungswesen zu einem großen Teil in London konzentriert ist, war auch das übrige England schwer in Mitleidenschaft gezogen) ohne Zeitungen leben mußte. (95) Wenn man von den großen wirtschaftlichen Verlusten der Zeitungsunternehmen selbst absieht, die nach sachverständigen Schätzungen

(93) - : Fernsehfunk kann Zeitung nicht verdrängen, ZEITUNGS-
VERLAG UND ZEITSCHRIFTENVERLAG Nr. 1 vom 15.1.1954/51.

(94) Hagemann, W.: Konkurrenten der Zeitung, 50 JAHRE ZEITUNGS-
VERLAG, Sonderheft Nr. 1/2 v. 31.1.1953, S. 24

(95) Stern-Rubarth, E.: Kein Leben ohne Zeitungen, STUTTGARTER
ZEITUNG vom 29.4.1955

zwischen 25 und 47 Millionen DM betragen, wenn man die Verluste nicht beachtet, die große Wirtschaftszweige und -unternehmen erlitten, die sehr von der Zeitung als Insertions- und Nachrichtenorgan abhängen (z.B. durch das Fehlen täglicher Börsen- und Marktberichte, Kurslisten usw., oder denken wir an Versandgeschäfte), so zeigte dieser Streik ganz eindeutig, daß die Zeitung als Mittel zur Unterrichtung der Öffentlichkeit nicht ersetzt werden kann.

Der Rundfunk hatte sich bemüht, die entstandene Lücke durch längere Nachrichtensendungen auszufüllen. Stern-Rubarth schreibt dazu wörtlich:

"Aber nichts hat deutlicher die Unentbehrlichkeit der Zeitung dargetan: das schier krampfhaft Bemühen um Objektivität, das Fehlen jeglicher 'human interest'-Vorgänge - Leben, Gericht, Gesellschaft, Humor, Alltagsdramen jeder Art - und die Unmöglichkeit, etwas Überhörtes oder Unverstandenes nachzulesen, taten den Funk als kümmerlichen Behelf dar..." (96)

Stern-Rubarth meint am Ende seiner Darstellung, daß man ohnehin in England bereits viel zu wenige Zeitungen habe,

"aber daß wir ohne sie nicht leben können, daß des Plinius 'Nulla dies sine linea' heute so gedeutet werden muß, das hat die zeitungslöse, die schreckliche Zeit einem großen Volk beigebracht."

All die angeführten Tatsachen und Vorgänge deuten als unerschütterliche Indizien darauf hin, daß die Zeitung in ihrer 'zentralen Mittlerstellung' im öffentlichen Leben unerschüttert geblieben ist. Mögen sich die Formen im Laufe der Zeit geändert haben, die Bedeutung der Zeitung hat keineswegs abgenommen, auch nicht die politische, denn auch im politischen Bereich übt sie - wie in allen Gebieten, die sie anspricht - ja noch verstärkt die überaus bedeutungsvolle Aufgabe des 'Mittlers', des 'Mittlers zwischen Volk und Politik' aus. Sie versuche, das ihren Lesern, also der Masse des Volkes zu vermitteln, was die Politiker als aktiv handelnde Machtelemente im demokratischen

(96) Stern-Rubarth, E.: Kein Leben ohne Zeitungen, STUTTGARTER ZEITUNG vom 29.4.1955

Staat tun und wollen, und sie vermittelte Denken und Fühlen dieser Leser, die als Wähler zugleich das wollende und mit dem Stimmzettel auch bestimmende Herrschaftselement des demokratischen Staates seien (oder sein sollten), den Politikern. (97)

In welchem Ausmaß, bis zu welchem Grade wird die deutsche Presse diese Aufgabe der Information, der Unterrichtung des Volkes gerecht, die dieses Volk überhaupt erst befähigt, sich eine fundierte politische Meinung zu bilden? - Das ist eine entscheidende Frage, denn schließlich erhält die Staatsform der Demokratie ihren eigentlichen Sinngehalt erst durch die echte politische Stellungnahme der Staatsbürger.

Das 'Informations-Niveau' ist also ein wesentlicher Faktor für die tatsächliche Mitarbeit und bewußte politische Beteiligung des Bürgers am staatlichen Leben innerhalb einer immer vielfältiger und komplizierter werdenden Gesellschaft. Das Institut für Demoskopie, Allensbach, hat für die Bundesrepublik folgende interessante Zahlenwerte auf der Grundlage der heute nicht mehr ernsthaft als Forschungsunterlagen bestrittenen Querschnittumfragen ermittelt:

Drei Viertel (77 v.H.) der Bevölkerung hören regelmäßig oder gelegentlich Radio - wenn auch nicht jeder Radiohörer einen eigenen Apparat besitzt. Nahezu genau soviel - 72 % der Bevölkerung - lesen in den Wintermonaten regelmäßig eine Tageszeitung - wenn auch nicht alle im Abonnement. Viele - wie die nachfolgende Tabelle zeigt, über die Hälfte aller erwachsenen, über 17 Jahre alten Personen - werden gleichzeitig durch Zeitung und Rundfunk unterrichtet.

<u>Es hören Radio</u> und lesen regelmäßig Zeitung	57 %	
... und lesen gelegentlich Zeitung	16 %	77 %
... lesen aber keine Zeitung	4 %	Radio- hörer

(97) Deneke, J.F.V.: Mittler zwischen Volk und Politik / Die Presse im Verhältnis zu den Parteien, DAS PARLAMENT Nr. 38 vom 15.1.1954

<u>Es hören kein Radio</u> , lesen aber regelmäßig Zeitung	15 %)	
... lesen aber gelegentlich Ztg.	6 %)	23 % Nicht-
... und lesen auch keine Zeitung	2 %)	radio- hörer
	100 %	100%

Das Informationsniveau in Deutschland versuchte man nach der Fragebogen-Methode mit der folgenden Frage zu ermitteln:

"Was soll man sich vorstellen unter ..." (dann folgt ein häufig angewendeter politischer Begriff), bzw. mit der Frage: "Wer ist..." (dann folgt ein vielgenannter Name einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens).

Die Tabelle zeigt folgende Werte:

Was soll man sich vorstellen unter ...	weiß nicht
...Integrieren (Juli 1952).....	81 %
...der Abkürzung EVG (Juli 1952).....	74 %
...Subventionen (März 1951).....	58 %
...der Abkürzung UN (April 1952)	57 %
...Nationaler Souveränität (Juli 1952).....	53 %
...Astrologie (November 1952).....	43 %
...einem Funktionär (Juli 1952).....	24 %
...Sozialisierung (August 1949).....	23 %
...Monarchie (Januar 1952).....	23 %
...48-Stunden-Woche (November 1952).....	15 %
...einem Unternehmer (April 1950).....	12 %
...der Abkürzung CDU (April 1952).....	5 %

Wer ist...	weiß nicht
...Theodor Blank (Januar 1952).....	63 %
...Walter Freitag (November 1952).....	57 %
...Gustav Freytag (November 1952).....	47 %
...Erich Ollenauer (September 1952).....	33 %
...Kurt Schumacher (Dezember 1951).....	17 %

Zum Vergleich seien auch einige typische Beispiele aus einer ähnlich gearteten Untersuchung in den USA angeführt:

Was soll man sich vorstellen unter...	weiß nicht bzw. falsche Antwort
...Punkt-Vier-Programm (Juni 1950).....	95 %
...Zwei-Parteien-Außenpolitik (Juni 1950).....	75 %

	weiß nicht bzw. falsche Antwort
...Wohlfahrtsstaat (Juni 1950).....	64 %
...Kalter Krieg (Juni 1950).....	42 %
...Monopol (Juni 1950).....	36 %
...Fliegende Untertassen (Juni 1950).....	6 %

Wer ist	weiß nicht bzw. falsche Antwort
...Tschiangkaischek (November 1951).....	88 %
...Tito (November 1951).....	88 %
...Dean Acheson (November 1951).....	34 %

Abgesehen davon, daß das Informationsniveau in einer der klassischen Demokratie im allgemeinen nicht höher, wenn nicht niedriger zu sein scheint als in Deutschland, so zeigen diese Tabellen doch, daß die Presse, insbesondere die Tagespresse, ihre Mittlertätigkeit noch wesentlich ausbauen und intensiver gestalten muß. In einer kritischen Untersuchung zu diesem Thema wird darauf hingewiesen, daß es überheblich sei, über diesen Befund ein Wehklagen anzustimmen und den 'flüchtigen' Leser oder Radiohörer dafür verantwortlich zu machen, wofür er nur zu einem Teil die Schuld trage. (98) - Verantwortlich seien auch diejenigen, die die Öffentlichkeit ansprechen, (und hier zeigt der Verfasser auf, in welcher Richtung die Zeitung ihre Mittlertätigkeit zwischen Politik und Volk intensivieren kann und muß -), ohne sich verständlich auszudrücken. Die Aufgabe aller, die die Öffentlichkeit ansprechen, bestehe nicht so sehr darin, mit einem Aufwand an Lautstärke und bedrucktem Papier den Informationsspiegel zu heben. Wichtiger sei es, sich verständlich auszudrücken, also Wörter zu verwenden, die der Mehrheit etwas sagen, und Wörter zu meiden - oder wenn sie gebraucht würden - zu erklären, von denen bekannt sei, daß ein großer Teil der Leser oder Zuhörer sie nicht einordnen könne. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die öffentliche Meinung - soweit es sich nicht um Dinge handle, die

(98) Kulkies, K.: Die Information der Öffentlichkeit, DER JOURNALIST, Heft 6/1953

sie unmittelbar berührten - relativ unbeweglich sei. So stellte das Institut für Demoskopie z.B. im April 1950 fest, daß rund 90 % der Bevölkerung nicht den Begriff 'soziale Marktwirtschaft' richtig definieren konnten. Zweieinhalb Jahre danach - im November 1952 - wurden die gleichen Werte ermittelt. - Auch dieses letzte Beispiel bestätigt die oben angeführte These über die Intensivierung der Mittlertätigkeit zwischen Politik und Volk. Gerade unter der Voraussetzung, daß sich viele Leser nur ungern mit "Begriffen" abgeben, ist zu fordern, daß die Zeitungen sich in der Verwendung dieser Art Begriffe eine gewisse Beschränkung auferlegen (das Ausmaß muß sich nach dem jeweils anzusprechenden Leserkreis richten) und die gebrauchten Wörter durch wiederholte Erklärungen den Lesern nahebringen.

Als "unsinnig" weist es der genannte Aufsatz zurück, das ganze Zeitungslesen auf Grund dieser Ergebnisse als zwecklos zu bezeichnen, denn Stichproben würden zeigen, daß die regelmäßigen Zeitungsleser wesentlich sicherer urteilen als Menschen, die nur gelegentlich eine Zeitung zur Hand nähmen oder es überhaupt nicht täten. - Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Information selbst bei regelmäßigen Lesern als unzureichend bezeichnet werden muß. Das Fundament, auf dem bei der Mehrheit die politischen Meinungen und Vorstellungen ruhen, ist nur schmal und wackelig.

Der vorgenannte Beitrag vertritt auch die Ansicht, daß sich Informationsniveau und Bildungsgrad nicht durch Vervielfältigung des gegebenen Stoffes heben ließen, daß es nicht auf das 'Wieviel', sondern auf das 'Wie' ankomme, auf die Form der gebotenen Neuigkeiten und auf die Art der Kommentare und der Interpretierung von Ereignissen. Vom Durchschnittsleser könne nicht erwartet werden, daß er zum Lexikon greife, wenn er über Fremdwörter stolpere; man müsse eben erklären, was gemeinhin unter 'nationaler Souveränität' oder unter einem 'Funktionär' zu verstehen sei. Der Schule und den Informationsmitteln - wie Presse und Rundfunk - sei die Entscheidung in die Hand gegeben, ob sich die Menschen orientieren könnten oder ob sie dem Ansturm von Neuigkeiten und verwirrenden Eindrücken hilflos ausgeliefert würden und man den Kontakt verlieren würde "zu denen dort oben" - nämlich zu den Institutionen wie Parlament, Regierung, Behörden und Landtagen, die doch in der Bevölkerung als ihre Sprecher betrachtet werden sollten.

Mit Hilfe der demoskopischen Methode ist einwandfrei festgestellt, daß der Bevölkerungsanteil, der regelmäßig Zeitung liest, nicht nur besser orientiert ist über die Zeitgeschehnisse, sondern daß ein wesentlich größerer Prozentsatz von regelmäßigen Zeitungslesern politisches Interesse zeigt als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Interessieren sich in der Bundesrepublik 36 % der Menschen für Politik, so sind es unter den regelmäßigen Zeitungslesern 45 %; von den gelegentlichen Zeitungslesern haben 27 % Interesse am politischen Geschehen und von denen, die keine Zeitung lesen, nur 18 %.

(Weitere interessante Vergleichsziffern: 37 % der Rundfunkhörer zeigen politische Interessen, 24 % der Nicht-Rundfunkhörer. Der Schulbildung nach sind an Politik interessiert: 32 % der Volksschüler, 46 % der Schüler mit mittlerer Reife, 58 % der Schüler mit Abitur. - Politisches Interesse nach Partei-Orientierung: CDU 37 %, SPD 43 %, FDP 53 %).

Die Untersuchung fand im Jahre 1952 statt.

Die Forderung, die der Verfasser des Aufsatzes über die 'Information der Öffentlichkeit' den Zeitungen zur Verbesserung des Informationsniveaus stellt, erhält ein noch größeres Gewicht, wenn man weiß, daß von 100 erwachsenen Personen 82 in ihrer Jugend ausschließlich in die Volksschule gegangen sind; weitere 14 haben die mittlere Reife und nur 4 machten Abitur. Wenn man es mit einer echten Demokratie ernst meint, dann harrt hier der Zeitung noch eine große Aufgabe, damit endlich die 'Überforderung' des 'kleinen Mannes', auf den man soviel Bezug nimmt, aufhört. - Zu einem grossen Teil ist es eine Frage der journalistischen Durchformung des Stoffes. Selbstverständlich ist es nicht möglich, eine Zeitung zu machen, ohne Kenntnisse beim Leser vorauszusetzen, aber es wäre möglich, mit einem Minimum an politischen Spezialausdrücken, Abkürzungen und Fremdworten auszukommen, die Texte aufzulockern und dem Leser nahezubringen, ohne daß damit eine Zeitung zugleich Charakter und Niveau einbüßen muß. - Eine derartige Lösung würde natürlich höchste geistige und sprachliche Anforderungen stellen, entsprechend der These, daß es eine schwierige Aufgabe ist, diffizile Vorgänge und Probleme leicht fasslich darzustellen.

IV. Die deutsche Presse in der Perspektive des Auslandes

Der Public Affairs Specialist in der Deutschland-Abteilung des US-State Department, Strauss, beurteilt in seinem bereits genannten Aufsatz im DEPARTMENT OF STATE BULLETIN in einem abschließenden Absatz die deutsche Presse im Großen und Ganzen durchaus positiv und läßt Vertrauen in ihre demokratische Grundhaltung erkennen. (99) Er stellt besonders die sich von Jahr zu Jahr steigende journalistische Qualität heraus, wenn er auch einschränkend hinzufügt:

"Nicht jede Zeitung unterscheidet zwischen Nachricht und Meinung der Redaktion, aber die Mehrzahl versucht, die Ereignisse so zu berichten, wie sie sich ereignen..." (100)

Der Verfasser betont das Streben nach Unabhängigkeit bei den Blättern und weist dabei besonders auf die 'mutigen' publizistischen Aktionen hin, mit denen einige Zeitungen großes Aufsehen erregten und direkten Einfluß auf die Politik nahmen. Er gibt im einzelnen einige Beispiele 'mutiger Aktionen' wieder, die von der neuen deutschen Presse unternommen worden seien, und bezeichnet sie als viel wichtiger als die "Unvollkommenheiten, die unleugbar existierten".

"Objektive Presseberichterstattung und Interesse an der öffentlichen Wohlfahrt kann der neuen Presse helfen, eine Periode beachtlichen öffentlichen Mißverständnisses und der Skepsis bezüglich ihrer Ziele und Dienste zu beenden."

Dem Verfasser sind im Anschluß an diese Betrachtung noch zwei Tatsachen besonders erwähnenswert:

- a) Eine kürzliche Umfrage (1952) habe gezeigt, daß nur 42 % der westdeutschen Bevölkerung die Freiheit der Presse unterstützten.
- b) Eine Mehrheit von 55 % glaube, daß die Zeitungen von heute vertrauenswürdiger in ihrer Berichterstattung seien als in den Jahren des Dritten Reiches.

Eine sehr kritische Sonde legen zwei amerikanische Publizisten an die deutsche Presse. Die IPI-RUNDSCHAU - Monatsschrift des

(99) Strauss, R.: Postwar Development of the German Press, Sonderdruck aus DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Febr. 23. 1953, Department of State Publication 4992, S. 299/300

(100) a.a.O. S. 300

Internationalen Presse-Instituts - veröffentlichte in ihrer Nummer 1 vom Oktober 1953 Beiträge aus der Feder von Dr. Ralph O. Nafziger, dem Leiter der journalistischen Fakultät der Universität von Wisconsin, und Wayne Jordan, einem Berufsjournalisten und früheren Lehrer für Journalistik an der Universität von Maine, mit der Einladung an den deutschen Leser, sich zu den verschiedenen Ansichten zu äußern. Beide Autoren sehen in Bezug auf die Pressefreiheit in der Bundesrepublik besondere Schwierigkeiten für die deutsche Presse voraus.

Nafziger fand amerikanische Ideen im Wettbewerb mit angestammtem deutschen Gedankengut. Wörtlich schreibt er:

"Wenn man versuchen will, Gewohnheiten der Presse zu verändern, muß man zunächst Änderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben zu erleichtern suchen. Es scheint, daß der Endkampf für die deutsche Demokratie noch nicht gewonnen ist, wahrscheinlich ist die Arbeit kaum zur Hälfte getan."

Noch skeptischer und pessimistischer über die Chance einer demokratischen Presse "in der autoritären Atmosphäre Deutschlands" äußert sich W. Jordan. Er schreibt:

"Rüsten wir uns auf den voraussehbaren (und wahrscheinlich nicht sehr fernen) Tag, an dem nur noch die entschiedensten Vorstellungen auf höchster diplomatischer Ebene Deutschland davon werden abhalten können, die Presse zu knebeln und so die Bemühungen der Amerikaner und übrigen Alliierten um freie Nachrichtenübermittlung zunichte zu machen."

Als positiv sieht Nafziger die Tatsache an, daß die deutschen Zeitungen sich trotz der für die Presse ungünstigen Verhältnisse gegen alle Beschränkungen der Pressefreiheit von offizieller Seite zur Wehr gesetzt und in verhältnismäßig kurzer Zeit einen bemerkenswerten Drang nach Unabhängigkeit entwickelt hätten. Eines der verheißungsvollsten Anzeichen dieses neuen Geistes sei "die sich unter den deutschen Journalisten verbreitende Erkenntnis, daß in demokratischen Ländern Regierung und Presse nicht Partner sind und es auch keineswegs sein müssen." Diese Auffassung gehe Hand in Hand mit der Meinung, daß Presse und Regierung lernen müßten, zusammenzuarbeiten, wobei beide Seiten von Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Öffentlichkeit, von Ritterlichkeit und Zurückhaltung geleitet werden sollten.

Sollte sich die deutsche Presse jedoch in dieser Richtung weiter entwickeln, dann gehe sie nach Ansicht der beiden amerikanischen Beobachter einer harten Auseinandersetzung mit der deutschen Bürokratie entgegen.

Nafziger betont in gleicher Weise wie Jordan seine Auffassung von der Pressefeindlichkeit der Regierung und schreibt wörtlich: "Ich zweifle nicht, daß die deutsche Bundesregierung die Presse knebeln würde, wenn sie dies für durchführbar hielte."

Nach der Ansicht Nafzigers könnte sich die deutsche Presse in ihrer Auseinandersetzung mit der Regierung nicht auf die öffentliche Meinung stützen, ja, die deutsche Öffentlichkeit erkenne die Bedeutung dieses Kampfes, der auch für sie geführt werde, überhaupt nicht.

Der amerikanische Universitätslehrer vergleicht den Kampf zwischen der deutschen Presse und der Regierung mit einem Boxkampf, der zur Zeit seines Besuches gerade in die dritte Runde eingetreten gewesen sei. - Die erste Runde habe mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein restriktives Pressegesetz durch die Regierung begonnen. Diese Runde habe die Presse gewonnen. - Die zweite Runde hätte die Regierung mit der Verabschiedung des Schmutz- und Schundgesetzes für sich entschieden. - In der dritten Runde versuche die Regierung der Presse durch eine Folge unerwarteter Schläge beizukommen. So seien alte Gesetze herangezogen worden, von denen manche nie zuvor gegen Zeitungen angewendet worden wären, um den Herausgebern und Redakteuren Furcht vor der Regierung einzujagen.

Auf der anderen Seite führte Nafziger die tiefe Kluft, die mancherorts zwischen Pressebeamten und Presse bestehe, auf die oft mangelnden menschlichen Qualitäten unerfahrener junger Reporter zurück, deren zudringliche und dumme Fragen dazu beitragen würden, die Beamten der Presse zu entfremden. Die mangelnde berufliche Qualifikation vieler deutscher Reporter habe wiederum zur Folge, daß der Einfluß erfahrener Pressebeamten umso größer sei.

Die Schwächen der gegenwärtigen Presse (sowie er sie sieht) faßt Jordan in folgenden 8 Punkten zusammen:

1. Das Wiederauftauchen von Mitgliedern der alten Beamtenkaste bei allen Behörden in Schlüsselpositionen;
2. die Wiederbelebung eines gefährlich wirksamen und rationalen Systems von Pressestellen, wie es frühere Regime entwickelt hätten;
3. die Gleichgültigkeit des deutschen Volkes gegenüber der Pressefreiheit;
4. ein Erziehungssystem, das weder gute Zeitungsleser noch gute Journalisten hervorbringe;
5. mangelnde Eignung zahlreicher Herausgeber, Redakteure und Reporter, die sich weder der Rolle der Presse in der Demokratie noch ihrer eigenen Macht bewußt seien;
6. das mangelnde Interesse der Presse am Alltagsleben des Volkes;
7. das Fehlen kleiner Lokalblätter und Wochenorgane als breite, volkstümliche Grundlage der Presse und
8. wirtschaftliche Beschränkungen, die auf deutschen Eigentümlichkeiten wie der Tradition einer ausgesprochenen Parteipresse und das unausgebildete Anzeigenwesen zurückzuführen sind.

Trotz dieser sehr düsteren Darstellung der deutschen Presseverhältnisse, die nicht frei ist von Überheblichkeit und Einseitigkeit und in verschiedenen Punkten an der deutschen Wirklichkeit vorbeigeht und den deutschen Volkscharakter völlig unberücksichtigt läßt, sehen sowohl Jordan als auch Nafziger "gewisse Anzeichen eines Fortschritts". - Jordan vertritt die Auffassung, daß das von den Alliierten eingeführte Lizenzsystem zu einem "Zustrom neuen Blutes und neuer Ideen" geführt habe. "Es ist erfreulich, wieviele Lizenzträger ihre große Aufgabe gemeistert haben. Die meisten von ihnen haben sich so gut eingeführt, daß sie ihrer Konkurrenz gewachsen sind. In Westdeutschland bilden nun nach Aufhebung des Lizenzsystems die Blätter mit einer entschiedenen Trennung zwischen Nachrichten und Kommentaren zweifellos eine Minderheit (?). Es ist jedoch eine Tatsache, daß eine beträchtliche Anzahl deutscher Blätter sich bemüht, ihren Nachrichtenteil mit einem vorher in Deutschland unbekannten Grad von Objektivität zu redigieren. Es sollte

auch nicht übersehen werden, daß in der beruflichen Tüchtigkeit der Journalisten ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist ... Unglücklicherweise wird dem journalistischen Beruf in Deutschland noch nicht die öffentliche Achtung entgegengebracht, die ihm in einer demokratischen Gesellschaft zukommt." (101)

In einem Beitrag "Die deutsche Presse - terra incognita" nimmt H. Cron zu den Berichten von Dr. Nafziger und W. Jordan Stellung. (102) Wenn er auch weitgehend in allen Teilen der "gründlichen Analyse" von Nafziger zustimmt, so modifiziert er doch vor allem seine Stellungnahme in Bezug auf die Darstellung des Verhältnisses von Pressestellen und Presse bzw. von Beamten und Presse. Er berichtigt die Vorstellungen des amerikanischen Kritikers dahingehend, daß die Pressestellen in der wohlmeinenden Absicht errichtet worden seien, den Journalisten den Zugang zu den Informationen zu erleichtern. Daß die Pressestellen diesen Aufgaben vielfach nicht gewachsen seien, dürfe nicht nur den Behörden als Schuld angerechnet werden, denn oft würden Pressestellen gerade von den schwachen Journalisten in Anspruch genommen, denen wegen zu geringer persönlicher Profilierung der direkte Zugang zu den Informationsquellen unmöglich sei. - Überall dort, wo sich die Pressestellen zu Informationsverhinderungsbüros ausgewachsen hätten, müsse diese Übung scharf verurteilt werden. In anderen Fällen hätten sie sich jedoch ehrlich um die Beschaffung aller gewünschten Informationen bemüht. "Eine ersprießliche Lösung dieses unerquicklichen Problems kann nur darin gefunden werden, daß nicht nur bei den Behörden als Institutionen, sondern auch bei jedem Beamten der Behörden ein besseres Verständnis für die Pressearbeit erreicht werden muß und daß andererseits auch der Verkehr mit den Behörden nur von den Journalisten gepflegt wird, die die nötigen Voraussetzungen dafür besitzen."

(101) Nafziger, R.O. und Jordan, W.: Die Pressefreiheit in der Bundesrepublik, IPI-RUNDSCHAU vom 1.10.1953, wiedergegeben in DER JOURNALIST Nr. 11/1953, S. 3/4

(102) Cron, H.: Die deutsche Presse - terra incognita, DER JOURNALIST Nr. 2/1954, S. 6/7

In einem Punkt berichtigt Cron die beiden amerikanischen Autoren ganz eindeutig. Da sich beide Berichte mit der Frage beschäftigen, wie frei und wie demokratisch die deutsche Presse sei und welche Folgerungen man daraus für die Zukunft zu ziehen habe, vermisste man bei Nafziger sowohl als bei Jordan eine Bemerkung über die tiefgehenden Strukturwandlungen, die sich in der deutschen Presse vollzogen hätten. Vieles von dem, was beiden Verfassern unklar geblieben sei, hätte von dieser Seite her rasch eine deutlichere Beantwortung erlaubt.

Cron legt dann eingehend an Hand von Zahlen den Wandel der Zeitungsstruktur in Deutschland bzw. der Bundesrepublik dar (wie er bereits eingehend in dieser Arbeit erörtert wurde). Allerdings vertritt er auch hier wiederum die irrige Auffassung, daß von den 1227 Zeitungen (Ende 1953 / Anfang 1954) in der Bundesrepublik und West-Berlin (gegenüber 4703 Zeitungen im Jahre 1932 in Deutschland) über die Hälfte Maternzeitungen, also Klein- und Kleinstzeitungen mit Miniaturauflagen seien. Dabei handelt es sich bei dieser Gruppe von über 50 % der Blatt-Titel um reine Nebenausgaben, die ihrem politischen, geistigen und kulturellen Inhalt nach eindeutig ein Stück der Hauptausgabe sind, die nur aus Gründen der besseren Existenzbehauptung im lokalen Bereich gegenüber den kleinen Heimatzeitungen einen anderen aus dem Lokalen geborenen Titel angenommen haben. Die Behauptung, daß sich der Anteil der Maternzeitungen am Gesamtbestand der deutschen Presse auf 52 % erhöht habe, ist also nicht zutreffend. Von den verbleibenden 48 % der Gesamtzahl der Zeitungen, die 'Hauptausgaben' genannt sind, haben nur zwei Fünftel eine eigene Vollredaktion, während der Rest weitgehend mit Matern arbeitet (hier muß noch angemerkt werden, daß auch größere Blätter gelegentlich Matern, besonders bei Sonderseiten und Beilagen benützen). Von der Gesamtzahl aller Zeitungstitel können also nur rund 30 % als 'Maternzeitungen' angesprochen werden, die vielleicht 5 - 10 % der Auflagenziffer umfassen. Das Maternprinzip kann also nicht als typisch für einen großen Teil der deutschen Presse erklärt

werden, wie Cron das tut. Die von ihm aufgestellte These, daß die kleinen Zeitungen mit ihrem Maternsystem (das ohne Zweifel als solches die Uniformierung und Reserve klaren politischen Auffassungen gegenüber fördert) im Gesamtbild der deutschen Presse eine wichtige Rolle spielen, kann nicht aufrechterhalten werden.

Daß sich die Zeitungsverhältnisse in der Bundesrepublik nicht konsolidiert haben, wie Cron feststellt, trotzdem Deutschland seinen Rang als zeitungsreichstes Land verloren und fast 70 % seines Zeitungsbestandes eingebüßt hat, beruht auf anderen Ursachen, auf die Marcel Schulte, der Chefredakteur der FRANKFURTER NEUEN PRESSE, in einem Beitrag im JOURNALIST hinwies, als er von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Presse sprach und davon, daß die meisten Verlage noch heute stark überschuldet seien, und diese ihre schwache wirtschaftliche Lage könne natürlich nicht immer ohne Einfluß auf ihre Haltung im Kampf um die Wahrung ihrer Freiheit bleiben. (103)

Er sprach auch jene Worte, die wohlthuend vernünftig die noch etwas dem Geiste der 'Umerziehung' verhafteten und hektisch anmutenden Sentenzen der beiden obengenannten amerikanischen Kritiker über die pressepolitischen Ziele der deutschen Regierung korrigieren und die Dinge wieder in ihre normalen Relationen bringen:

"Die deutsche Regierung wäre die erste in der Welt, die nicht wünschen würde, die Presse zu ihrem Sprachrohr zu machen. Daß sie die vielfach noch geringe wirtschaftliche Widerstandskraft der Presse in ihre Rechnung einsetzt, ist mehr als verständlich..." (104)

Am Ende seiner Betrachtung stellt er zusammenfassend fest:

"Noch ist in Deutschland die Freiheit der Presse unangestastet geblieben. Angriffe gegen sie erfolgten bisher aus Unkenntnis demokratischer Erfordernisse, nicht aber aus Böswilligkeit. Sie werden sich wiederholen, bis die deutsche Praxis im Umgang mit demokratischen Spielregeln Wurzeln gefaßt hat und die Vergangenheit vergessen ist."

(103) Schulte, M.: Presse und Regierung in Deutschland, DER JOURNALIST, Nr. 7/54, S. 1 ff.

(104) a.a.O. S. 1

Er fügte noch hinzu, daß die Fehler der Presse in ihrem Kampf um die Freiheit nicht grundsätzlicher Art, sondern auch auf zu starke Verstrickung mit dem Denken der Vergangenheit zurückzuführen seien. Dazu gehöre die heute immer noch beklagenswerte Eintönigkeit, "um nicht zu sagen Uniformität" der deutschen Presse. Aus alter Gewohnheit werde nicht schnell eine selbständige, vielleicht sogar nicht-alltägliche Meinung entwickelt, sondern es würden Überlegungen angestellt, ob die Regierungspolitik nicht gefährdet werde; viele Journalisten wollten von ihren Nachbar-Kollegen in ihrer Meinung bestätigt werden und kämen dadurch zu Leitartikeln, die ausgetretenen Pfaden glichen.

Zunächst drohe weniger eine Gefahr von Regierung und Bürokratie als vielmehr aus einer übernommenen Gesinnung der Presse selbst. Sie fühle sich noch zu wenig als dritte Macht, sondern noch zu häufig als der verlängerte Arm von Regierung, Bürokratie oder Partei. - Das sei nicht nur der Grund für die weitgehende Einförmigkeit, sondern auch die eigentliche Gefahr.

H. Cron betont in seinem vorhin bereits eingehend erwähnten Beitrag besonders das weitgehende Fehlen einer großen, führenden überregionalen Meinungspresse. Er weist darauf hin, daß von den großen berühmten Blättern, die in ganz Deutschland und draußen in der Welt einen Ruf gehabt haben, wie die FRANKFURTER ZEITUNG, KÖLNISCHE ZEITUNG, BERLINER TAGEBLATT, VOSSISCHE ZEITUNG und DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, bis heute keine wieder erschienen sei. Auch die großen führenden parteipolitischen oder partei-abhängigen Blätter von früher seien verschwunden; soweit ihre Titel noch existieren würden, spielten sie kaum mehr eine Rolle. Obwohl es heute wieder einige überregionale Blätter von hoher journalistischer Qualität und gutem Ansehen gebe, sei doch ein sehr schwerer und gar nicht ernst genug zu nehmender Verlust bei den großen und für die Meinungsbildung entscheidenden Blättern eingetreten. Dieser Verlust sei nach Auffassung von Cron nur schwer zu ersetzen, wobei die Gründe zum Teil in der veränderten Leserstruktur, vielleicht auch in einer betonten Anspruchslosigkeit der Leser lägen.

Als entscheidenden Grund gibt Cron den Verlust Berlins als Hauptstadt an. Er wiederholt seine These, mit der sich diese Arbeit bereits eingehend auseinandersetzte, daß Deutschland heute das einzige Land sei, daß keine hauptstädtische Presse an der Zentrale des Regierungssitzes habe. (USA - Washington?)

Von dieser Gesamtperspektive her - Irrtümer und Einseitigkeiten in Urteil und einzelnen Folgerungen ändern nichts an der Richtigkeit der angeführten Grundtatsachen - eröffnen sich nach Auffassung von Dr. Cron bestimmte Fragestellungen für die von Dr. Nafziger und W. Jordan aufgeworfenen Probleme:

"Sie lassen ... erkennen, daß die Frage nach der demokratischen Einstellung der Presse bei uns nicht so leicht zu beantworten ist, wie sie für andere normal gebaute Länder existieren. In dieser besonderen Art unserer Pressesituation liegen Fragen und Antworten beschlossen, die man in den Berichten von Nafziger und Jordan nicht beantwortet findet."

Es soll hier nur noch zusätzlich ein Punkt aus der Untersuchung von Jordan herausgegriffen werden, der darauf hinzudeuten scheint, daß die beiden Fachleute aus den USA zumindest in einzelnen Sektoren nur sehr oberflächlich mit der deutschen Pressesituation vertraut waren.

Jordan hat die nach seiner Meinung bestehenden Schwächen der deutschen Presse in 8 Punkten zusammengefaßt (s. vorstehende Wiedergabe S. 104). In Punkt 7 konstatiert er "das Fehlen kleiner Lokalblätter und Wochenorgane als breite volkstümliche Grundlage der Presse".

Es existieren in der Bundesrepublik tatsächlich 350 - 400 Blätter dieser Art, ganz abgesehen von den 100 - 150 Heimatzeitungen mittlerer Größe, die in dieser ersten Zahl nicht enthalten sind. Dazu kommen noch 650 - 700 Nebenausgaben, d.h. Kreis- oder Bezirksausgaben großer Blätter mit einem besonderen Lokalteil für ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Gesamtverbreitungsraumes der Zeitung, die in den meisten Fällen sogar einen eigenen Zeitungstitel hat, der die lokale Verbundenheit noch deutlicher machen soll.

Füllt diese Vielzahl von Blättern nicht weitgehend jenen Platz legitim aus, den Jordan einfach als 'Leere' hinstellt? Ist hier nicht die breite, volkstümliche Grundlage der Presse gegeben? Oder soll man die Zahl von über 4000 Zeitungen im Jahre 1932, von denen der größte Teil Klein- und Kleinstblätter war, als Idealzustand ansehen?

Bisher wurde allgemein diese überstarke Zersplitterung im deutschen Pressewesen negativ bewertet. Und schließlich ist es eine direkte Folge des Lizenzierungssystems der Besatzungszeit, daß eben viele kleine Lokalblätter und Wochenorgane nicht mehr erschienen sind.

Bei einigen anderen Punkten der Analyse von Jordan ließen sich ähnliche Betrachtungen anknüpfen, Betrachtungen jedoch, die durch die Untersuchungen in den vorhergehenden Teilen dieser Schrift bereits vorweggenommen sind.

Leidet die von Nafziger und Jordan durchgeführte Analyse der deutschen Presse - abgesehen von einer gewissen Voreingenommenheit - unter einem bestimmten Maß an Oberflächlichkeit und Nichtvertrautsein mit den deutschen Presseverhältnissen, so kann und soll uns ein weiterer Versuch einer Darstellung der Verhältnisse des deutschen Zeitungswesens zeigen, welches verzerrte, bis zur Unkenntlichkeit verzerrte Bild durch weitgehende Unkenntnis, gemischt mit untergründigen Ressentiments, entstehen kann.

Im Oktober 1954 hat die niederländische sozialistische Tageszeitung HET VRIJE VOLK aus Anlaß des Wiederaufbaus ihres Redaktionsgebäudes in Rotterdam eine 54 Seiten starke Festnummer herausgegeben, die in einer Auflage von 300 000 Exemplaren in Süd-Holland verbreitet wurde. - Unter der Überschrift "Deutschland steckt voller kleiner Zeitungen" schreibt der Bonner Korrespondent der Zeitung in dieser Festnummer einen Artikel, der die deutsche Presse-Situation charakterisieren sollte. In dem Bericht heißt es u.a.:

"Es gibt in Deutschland keine einzige Zeitung, die sich journalistisch mit den Blättern der 'Arbeiter Presse' messen könnte. Der Umfang der Zeitungen ist, nachdem wir in den

Niederlanden etwas mehr Papier verbrauchen können, erheblich geringer, und die Qualität des Inhalts der deutschen Zeitungen wird stark von der Boulevard-Presse beeinflusst (?!). Es gibt nämlich eine Reihe Blättchen mit beachtlicher Auflagenziffer, die sich auf sensationelle Nachrichten spezialisieren, welche obendrein noch nachlässig gebracht werden. Fast alle Blätter unterliegen diesem Einfluß (?!), ausgenommen einige wenige Zeitungen mit altmodisch gediegenem Namen, wie z.B. FRANKFURTER ZEITUNG (?)..."

In dem gleichen Jargon wird weiter charakterisiert und analysiert:

"In den Redaktionen sitzen übrigens noch viele Journalisten, die vor 1945 in der gleichgeschalteten Nazipresse schrieben. Die Amerikaner haben viel getan, um den deutschen Journalisten etwas beizubringen, und die Zahl der Journalisten, die drei Monate in Amerika waren, um die amerikanische Presse kennenzulernen, ist sehr groß. Wir haben nicht das Gefühl, daß die Journalisten viel davon verstanden haben..."

Deutschland ist zwar ein Land mit etwa viermal so viel Einwohnern wie die Niederlande, aber eine Zeitung mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren gibt es dort nicht (?!). Im Vergleich zu den Zeitungen der 'Arbeiter-Presse' sind das alles richtig kleine Zeitungen. Aber davon gibt es dann auch eine ganze Menge, und das ist die Folge der Zeitungspolitik, die die Besatzungsmächte betrieben haben (?!)... Die Alliierten glaubten, verhindern zu müssen, daß die Deutschen ebenso einseitig und einformig unterrichtet würden wie zur Zeit des Hitlerregimes. Deswegen erteilten sie einer großen Zahl neuer Zeitungsunternehmungen die Erscheinungslizenz zugleich mit der Bestimmung, daß die Zeitungen (wenigstens ein großer Teil von ihnen) nur in einem bestimmten Gebiet erscheinen durften. Man verhinderte dadurch von Anfang an, daß Deutschlands Journalistik durch eine oder ein paar große Zeitungsunternehmungen beherrscht würde, die ihrerseits die öffentliche Meinung beherrschen könnten. Infolgedessen ist Deutschland von einer unendlichen Anzahl kleiner Blätter überschwemmt..."

Diese Karikatur eines Überblicks über das deutsche Pressewesen zeigt ganz besonders deutlich, wie wenig von der Wirklichkeit der deutschen Presseverhältnisse im Ausland bekannt ist, zumal der Bericht nicht von einem Redakteur der Zeitung stammt, sondern von dem Bonner Korrespondenten des Blattes, der ja eigentlich ein Mindestmaß an Kenntnissen über die deutschen Verhältnisse besitzen sollte. - Zugleich wird aber auch offenbar, wie schwierig es ist, dem Thema ohne Verzerrungen und Verfälschungen der Wirklichkeit gerecht zu werden, wenn sogar führenden deutschen Publizisten und Wissenschaftlern in einzelnen Punkten Irrtümer unterlaufen.

Um so höher ist eine kritische Studie eines weiteren Ausländers, Alfred Grosser, zu bewerten, der als Dozent an der Sorbonne tätig ist. Er versteht es meisterhaft, in wenigen Worten die deutsche Presse zu erfassen und umfassend und korrekt zu charakterisieren. (105)

Aus seiner jahrelangen Zeitungs-Auswertungstätigkeit kann der Verfasser dieser Arbeit nur Wort für Wort bestätigen und feststellen, daß die Auffassung des französischen Wissenschaftlers sich mit seiner eigenen fast völlig deckt.

Die Aufmachung der deutschen Tages- und Wochenzeitungen bezeichnet Grosser mit folgenden Worten:

"Nüchtern, klar, erfreulicherweise fern von jeder Sensationslust und von dem schauderhaften Prinzip 'du sang à la une' (Blut auf der ersten Seite), das bei uns in Frankreich leider so verbreitet ist. Das Ganze wirkt allerdings manchmal etwas grau und einförmig."

"Im allgemeinen gut ausgewählt und betitelt" beurteilt er die alltägliche Information, er meint jedoch einschränkend, daß sie manchmal etwas arm sei, insbesondere über die politischen Ereignisse in den Teilen der Bundesrepublik, wo die betreffende Zeitung nicht erscheint. Als Begründung dafür gibt er an, daß der informatorische Teil viel zu sehr von dem Lokalen, den Beilagen und den Anzeigen beeinträchtigt werde. - In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob die deutsche Presse, die doch das Glück habe, dank der vielen Abonnements eine ziemlich stabile Auflage zu haben, nicht über mehr Auslandskorrespondenten verfügen könne.

Die Leitartikel und Kommentare bezeichnet er in seiner Analyse als im allgemeinen ruhig und klar, genau wie die Aufmachung erfreulich nüchtern. Allerdings würde es an großen Leitartikeln fehlen, die einen wirklichen Einfluß hätten. Wörtlich schreibt er in einer charakterisierenden persönlichen Anmerkung hierzu:

"Darf ich meine Vorliebe für den Ton und den Inhalt (auch wenn ich nicht damit einverstanden bin) der SÜDDEUTSCHEN, der drei Frankfurter und der DEUTSCHEN ZEITUNG zum Ausdruck bringen?"

(105) Grosser, A.: Wie ein Ausländer unsere Presse beurteilt / Eine kritische Studie, DAS PARLAMENT Nr.35/15.9.1954

In Bezug auf die politische Einstellung könne man sich über das Maß und die Ausgeglichenheit freuen. Aber - so sehr die deutsche Presse auch um ihre Unabhängigkeit bemüht sei - sie scheine ihm doch vom Konformismus bedroht, von einer gewissen Eintönigkeit. Trotz einiger Beispiele von 'Angriffslustigkeit' (RHEINISCHER MERKUR z.B.) und mutiger Stellungnahmen (FRANKFURTER RUNDSCHAU), auf die man ihn hinweisen könne, vermisse er doch in der deutschen Presse wirkliche Diskussionen, die um das Wesentliche gingen.

Nach seiner Auffassung fehle vor allem die breite Information über die Grundfragen der inneren Entwicklung und über das Ausland. Es fehlten die "Enquêtes", d.h. Reihen von 4 - 8 längeren Artikeln über die Probleme Deutschlands, Südafrikas, Schwedens oder der Schumanplan-Behörde, wie man sie in der französischen Presse hätte.

Als "unwürdige Typen" bezeichnet er die NACHTAUSGABE oder ABEND-POST (obgleich in der letzteren oft einschlagende und witzige Kommentare auf Seite 2 zu lesen seien - aber eine Zeitung bestehe ja nicht nur aus einer viertel Seite) und die "Matern-Presse", ein altes Übel, dessen Wiederkehr wahrhaftig nicht notwendig gewesen sei. "Muß es wirklich in jedem Tal eine heimatgebundene, bodenständige und in Wirklichkeit 'ferngedachte' Zeitung geben?"

Zusammenfassend meint der französische Autor:

"Wenn man bedenkt, daß die deutsche Presse nach 1945 neu anfangen musste (und unter welchen Bedingungen!), da kann man nur erstaunen über die so schnell erreichte technische und politische Reife. Möge sie noch vielseitiger und einflußreicher werden. Schon hat sie viel dazu beigetragen, aus der Bundesrepublik einen geschätzten Partner der anderen Länder zu machen. " (106)

V. Ausblick

Wenn hier versucht wurde, die Tagespresse der Bundesrepublik zu analysieren und ihre vielfältige Bezogenheit und ihre Bedeutung im Leben einer großen Menschengemeinschaft, eines Staatswesens herauszuschälen, so wird sich immer wieder die Frage aufdrängen:

Welche Wertposition gebührt der Presse innerhalb der menschlichen Gesellschaft,

wie ist sie in ihrer Wirksamkeit, in ihrer 'zwischenmenschlichen' Funktion zu beurteilen?

Ist sie ein Mittel der 'Massenbeherrschung' oder ein Echo der 'Masseninstinkte' oder vermischt sich (je nach Art der Blätter in verschiedenem Ausmaß) beides?

Ist sie ein 'Bildungsmittel' oder dient sie der 'Verdummung der Massen'?

Hilft sie der Menschheit nach oben zu größerer Humanität oder ist sie ein Instrument zur Anheizung der untermenschlichen Instinkte?

Drängt sie die Menschheits- und Gesellschaftsentwicklung in falsche, unheilvolle Bahnen oder kann sie mithelfen, den Menschen einen Weg in eine glückliche Zukunft zu weisen?

Die Grundeinstellung zu diesem chamäleon-artig schillernden Komplex 'Presse' wird immer eine Frage der Weltanschauung sein. Dabei wird wohl die Notwendigkeit ihrer Existenz von niemandem in Frage gestellt werden können. Es kann sich dabei immer nur um die Bedingungen ihrer Existenz, um ihre Bedeutung, ihren öffentlichen Status in einer menschlichen Gemeinschaft handeln, die verschieden beurteilt werden und die das Feld der verschiedenen Konzeptionen bilden.

Wenn wir heute die Ansicht vernehmen, die im Jahre 1910 geprägt wurde, daß die Presse im tiefsten Sinne demokratisch sei (107), dann müssen die Erfahrungen der letzten vierzig Jahre mit zwei Weltkriegen und mit diktatorischen Staatsregierungen verschiedener Art und Schattierung, die aber alle das Instrument

(107) Diez, ...: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin 1910, S.116

'Presse' meisterhaft als Lenkungsmittel handhabten, die Gültigkeit dieser Auffassung wesentlich einschränken. Wir vermögen diesen Satz nur in der Sinngebung und Bedeutung anzuerkennen, daß die Presse am besten im demokratischen Staatswesen (liberal-westlicher Prägung) gedeihen kann, in dem die Meinungsfreiheit postuliert ist und in dem sie tatsächlich in der Praxis herrscht. Überall dort also, wo die öffentliche Meinung sich ohne äußeren Zwang und Druck bilden kann, wo sie einen unmittelbaren Einfluß auf die Geschicke eines Staates nimmt, wo sie den zentralen und Ausgangspunkt der politischen Willensbildung darstellt, da wird die Presse in ihrer Vielfalt wachsen und am besten gedeihen. Das Klima der 'Pressefreiheit' (trotz ihrer ohne Zweifel vorhandenen Problematik, auf die diese Arbeit ausführlich einging) ist die beste Wachstums- und Existenzbedingung für das Pressewesen.

Grundsätzlich ist die Presse, die Zeitung eine wertneutrale Technik, ein Instrument, das in verschiedenster, jeder nur erdenklichen Weise gebraucht und natürlich auch mißbraucht werden kann. Dieses 'Instrument' ist eine Notwendigkeit für unsere hochzivilisierten, also überaus komplizierten menschlichen Gemeinschaftsformen. Ohne sie wäre heute das normale Funktionieren dieser Gebilde in Frage gestellt. Es erscheint also wahrhaftig nicht übertrieben, ihre Aufgabe mit der der Nervenstränge samt ihrer feinsten Verästelungen im Körper zu vergleichen.

Allein aus diesem Grunde wäre es kaum zu verantworten, die Presse als 'quantité négligeable' zu betrachten, wie dies vielfach in politischen Kreisen, aber auch in geistig führenden Schichten geschieht; denn "mit der Entwicklung der Presse ist auch ihr Einfluß gestiegen, ja mit dem Wachstum der Völker, das eine Einwirkung von Person zu Person mehr und mehr erschwerte, ist sie zum allerwichtigsten Beeinflussungsmittel geworden". (108)

Die menschliche Gemeinschaft wird umso vollkommener und lebensfähiger sein, je besser seine lebenswichtigen Einrichtungen

(108) Eltzbacher, P.: Die Presse als außenpolitisches Instrument, Jena 1918, S.19

gepflegt, ausgebaut und intakt sind, genau wie die Leistungsfähigkeit des menschlichen Körpers von der Funktionstüchtigkeit seiner Organe und Teile abhängt. Werden diese Einrichtungen (Organe) oder sonstigen lebenswichtigen Teile vernachlässigt oder gar mißhandelt - sowohl im 'Organismus der Menschengesellschaft' wie im Körper des Individuums - dann 'kranken' die Staatsgebilde genau so wie die Menschengebilde, zumindest sind sie in ihrer Existenzfähigkeit entscheidend geschwächt.

In den Jahren nach dem Kriege hat sich trotz aller Erschütterungen historischer Art, trotz verschiedenartiger Besatzungspraktiken auf dem publizistischen Felde, trotz sonstiger Einflüsse gruppenegoistischer Art eine im Großen und Ganzen gesunde und lebenskräftige Zeitungsflora gebildet. Mit dem beherrschenden Block der unabhängigen Zeitungen, dem sich nur an den Rändern die Organe der Partei- und parteiabhängigen Presse - wie Flügel an das Zentrum - anschließen, hat sich die Presse als bedeutendstes publizistisches Mittel so in das Staatsleben hineinentwickelt, daß man sie nicht besser hätte hineinkonstruieren können. Wie günstig sind allein die Gewichte zwischen dem 'unabhängigen' Zentrum und der parteigebundenen Presse verteilt, die nicht zu schwach ist, um nicht als belebendes Element, als 'Unruhe' im publizistischen Geschehen wirken zu können, und nicht so stark, daß sie das ausgleichende Zentrum zertrümmern könnte.

Auch in der Betrachtung der Größenverhältnisse scheint der 'status quo' für die Bundesrepublik sich einem Idealzustand zu nähern, nachdem durch die Verhältnisse nach dem Krieg jene Überzahl von Zwergzeitungen, die zum Teil ferngesteuert waren, nicht wiedererstanden sind und die Phalanx der großen Regionalblätter, der Stolz des zeitgenössischen deutschen Zeitungswesens, zusammen mit der großen Gruppe von mittleren Heimatzeitungen das Rückgrat der deutschen Tagespresse bildet. Mit 225 echten Zeitungen (im Sinne der 'redaktionellen Einheit') haben im Raum der Bundesrepublik sich die Zeitungsverhältnisse in einer günstigen Mittellage zwischen Zentralisation (aus

wirtschaftlicher und zeitungstechnischer Notwendigkeit) und Volksverbundenheit, die eine Zeitung im Allgemeinen nur bis zu einer gewissen Größe haben kann, konsolidiert. -

Wenn ein leichter Trend auf eine weitere Zentralisation hin- geht, so dürfte das grundsätzlich an diesen Feststellungen nichts ändern, da vorwiegend rund 300 Klein- und Kleinstzeitungen (die zum großen Teil mit Matern 'fabriziert' werden) hiervon, wenn überhaupt, betroffen werden, die zwar auch - so weit sie vorwiegend im Lokalen verankert sind und ihr Hauptgewicht darauf verlegen, eine wertvolle Aufgabe in einer 'lebendigen Demokratie von unten' zu erfüllen haben, aber nicht, soweit sie durch vorwiegende Maternverwendung zum minderen Abklatsch einer größeren eigengestalteten Zeitung geworden sind.

Diese Klein- und Kleinstzeitungen haben noch eine weitere, nicht zu unterschätzende Aufgabe im Gesamtgeschehen der Publizistik. Allein durch ihr Dasein zwingen sie die größeren Blätter zu einer angemessenen Berücksichtigung der Belange des engeren Lebensbereiches, die durchaus nicht selbstverständlich ist. Zur Zeit der Lizenzierung, als die kleinen Blätter fehlten, wurden die 'heimatpolitischen' Interessen, der Lokalteil, von vielen Organen überaus dilatorisch und nachlässig wahrgenommen. Sie stellen also ein natürliches Gegengewicht dar gegen gewisse Tendenzen der großauflagigen Zeitung, das kleine Geschehen gegenüber dem überörtlichen Geschehen und den entsprechenden Entwicklungen zu vernachlässigen.

Es wurde bereits in einem der vorhergehenden Abschnitte an Hand demoskopischer Untersuchungsergebnisse nachgewiesen, daß die Zeitungsleser wesentlich stärker am Gemeinwesen (d.h. am politischen Geschehen) interessiert sind als die Nichtleser. Die Zeitung fördert also das Gefühl für öffentliche Verantwortung beim Staatsbürger. Nachdem die Demokratie liberaler Prägung sich politisch voll durchgesetzt hat, nachdem nicht nur der 'dritte Stand' emanzipiert ist, sondern auch der 'vierte' vollkommen gleichberechtigt an der politischen Willensbildung des Gemeinwesens teilnimmt, hat sich gerade der politische Verantwortungsbereich der Zeitung vervielfacht.

Trotz aller anderen Publikationsmittel hat nach wie vor die Zeitung den größten Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung. Und die öffentlichen Meinungen machen heute die Politik, wenn auch nur zum geringen Teile direkt, so doch indirekt über die Wahlgänge. Durch eine verstärkte Unterrichtung des Volkes würden die emotionellen Elemente in der Politik zurückgedrängt und ausgewogenere Entscheidungen begünstigt werden, die Anteilnahme an den sachlichen Problemen des politischen Lebens würde wachsen. Es ist als Tatsache durch demoskopische Ergebnisse erhärtet, daß die Kreise der Bevölkerung, die am wenigstens über das Geschehen orientiert sind, am ehesten für Radikalismen zugänglich sind.

Wer es mit der demokratischen Staatsform ernst meint, müßte jede nur denkbare Förderung der Presse wollen und wünschen, daß die Zahl der Zeitungsleser sich noch wesentlich steigere, d.h. daß die Leseichte ansteige.

In der Bundesrepublik werden im Verhältnis zu anderen Ländern und gerade zu Ländern, die zumeist alte und vorbildlich funktionierende Demokratien sind (mit Ausnahme Japans, das hier einen Sonderfall darstellt), relativ viel weniger Zeitungen gelesen. Folgende kleine Statistik kann dies deutlich machen:

Je 1000 Einwohner kaufen täglich:

in Großbritannien	615	Zeitungen	
Schweden	490	"	
Luxemburg	447	"	
Island	439	"	
Australien	416	"	
Norwegen	396	"	
Belgien	387	"	
Dänemark	381	"	
Neuseeland	358	"	
Japan	353	"	
USA	346	"	
Schweiz	299	"	
Bundesrepubl. Deutschland	289	"	(109)

Auf 1000 Bewohner der britischen Inseln kommen also mehr als doppelt soviel Zeitungen wie auf die gleiche Anzahl Einwohner

(109) Die Statistik ist wiedergegeben in der HANNOVERSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 5./6. 11. 1955

der Bundesrepublik. Selbst in den dünnbesiedelten Ländern wie Island, Australien und Neuseeland, werden im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mehr Zeitungen gelesen als in der Bundesrepublik.

Japan ist ein Volk von Zeitungslesern. Es werden dort mehr Zeitungen gelesen als selbst in den USA. Die Presseverhältnisse sind vorbildlich. Es gibt dort überhaupt keine Revolverpresse; trotzdem sind die Japaner großartige Presseleute, schnell, gründlich und großzügig arbeitend. Dazu kommt, daß das Wahlgesetz von 1952 jede Parteinahme im innerpolitischen Kampf verbietet. Für den 'westlichen' Ausländer sei es immer verblüffend, schreibt W. Crome, der Japan-Korrespondent der HANNOVERSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG, daß es in Japan keine Parteipresse gebe, daß die Zeitungen höchstens objektiv nach 'Rechts' und 'Links' in gleicher Weise Kritik üben und der Wähler damit tatsächlich in die Lage versetzt werde, sich aus 'seinem' Blatt ein überparteiliches Urteil zu bilden. Das erkläre auch das Vertrauen zur Zeitung, das mühsam erarbeitet sei, ohne 'billige' Sensationen, ohne Schlagzeilen-Parolen und mit relativ wenig Kitsch und sensationeller Effekthascherei, für die auch der Japaner an sich nicht unempfänglich sei. (110) Die japanischen Zeitungen haben bei einer Einwohnerzahl Japans von 89 Millionen eine Tagesauflage von 33,5 Millionen, d.h. eine Zeitung für 2 - 3 Japaner. Dabei ist besonders zu beachten, daß diese Auflage erreicht wurde, obwohl ein Japaner, um eine Zeitung überhaupt lesen zu können (z.B. die 4 Millionen Bezieher der ASAHI, der größten Zeitung des Landes) schon mindestens 2000 chinesische Zeichen kennen muß neben den 92 Silben der japanischen Kana-Schriftzeichen. - Nur 10 % der erwachsenen Männer nehmen keine Zeitung zur Hand und 20 % der Frauen fehlt die Zeit zur täglichen Zeitungslektüre.

Der Bericht des genannten Zeitungskorrespondenten in Japan schließt mit den Worten:

(110) Crome, W.: Japan kommt ohne Boulevard-Blätter aus / Eine Presse mit 33,5 Millionen Tagesauflage unterrichtet 89 Millionen Japaner. HANNOVERSCHER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5./6. November 1955

"Japan ist ein Volk von Zeitungslesern. Aber diese Leser wollen weniger Sensation als Unterrichtung - und trotzdem liest Japan mehr als Westdeutschland und die USA." (111)

Dieser Bericht wurde deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil er zeigen könnte, daß tatsächlich die Möglichkeit besteht, eine 'Massenpresse' auf- und auszubauen, ohne daß man auf die 'unwürdigen Typen' (wie Grosser sie nennt) zurückgreifen muß, und daß die negativen Erscheinungen durchaus nicht dem Pressewesen immanent sind. Noch dazu entwickelten sich diese Presse-Verhältnisse in einem Land, das vielleicht in einem noch stärkeren Ausmaß als Deutschland im Jahre 1945 an einem Punkt '0' seiner Existenz und historischen Entwicklung angelangt war und einen völlig neuen Weg einschlagen mußte.

Der Zeitung wird oft der Vorwurf gemacht, daß sie die 'Vermassung' fördere; besonders wenn man Sätze liest wie den folgenden, kann dieser Schluß naheliegen:

"Die Zeitung lebt von der Masse für die Masse... Der gewaltige Aufschwung des Zeitungswesens fällt in eine Zeit, in der die Kultur Massenkultur zu werden beginnt, und hängt aufs innigste mit diesem Charakterzug des Zeitalters zusammen..." (112)

Es kann nicht die Aufgabe dieser Untersuchung sein, den Begriff der 'Masse' umfassend zu erläutern und zu werten. Nur folgende Gedanken seien zu diesem Problemkreis skizziert, die geeignet sind, den Kern des Problems zu treffen und besonders in Bezug auf den oben angeführten Vorwurf der Förderung der 'Vermassung' durch die Zeitung bzw. Presse klärend zu wirken:

Verschiedene Autoren weisen darauf hin, daß eine eigentliche Bevölkerungspyramide im Hinblick auf die sozialen Schichtungen nicht mehr existiere. In der Tat sind die Abstände zwischen den Schichten nicht mehr sehr groß, und sie trennen in keiner Weise mehr. "Vornehme Herren gibt es kaum noch, und wenn es sie noch gibt, dann handelt es sich um Glücksfälle, denn die anderen leben von ihrer Arbeit. Wenn nun beklagt wird, daß die Pyramide

(111) a.a.O.

(112) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin, 1910, S.115

heute fast eingeebnet ist, sollen wir dann wünschen, daß die alte Ordnung wiederkehre?" (113)

Und hier nähern wir uns dem Zentrum des Begriffes 'Vermassung': Die Menschen sollen alle so furchtbar gleich geworden sein, so sehr sogar, daß sie keine eigene Meinung mehr haben. Ja, von mancher Seite wird selbst die Tendenz zur abwägenden Darstellung in der Zeitung in dieser Richtung gedeutet.

Für jeden, der Fakten sieht, ist von vornherein die Masse (in ihrer ursprünglichen Bedeutung), die große Zahl der Menschen im Zeitalter der industriellen Organisation, gegeben. "Wir leben heute in Menge, Enge und Gedränge - das ist eine Tatsache, die mit werten nichts zu tun hat." (114) Wenn das Zusammenleben der Menschen unter diesen Umständen funktionieren soll, dann kann sich nicht jeder so verhalten, wie es ihm paßt. Dieses Leben ist überhaupt nur möglich, wenn alle auf alle Rücksicht nehmen. Und das ist der wichtigste Punkt: in den Dingen des Alltags mag man, muß man sich ähnlich werden, aber man braucht und soll es nicht in den großen Entscheidungen sein.

Brepohl weist in seinem ausgezeichneten Aufsatz zu diesem Thema, der seine Gedanken abseits von allen abgedroschenen Begriffsschablonen und Gemeinplätzen in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit von heute entwickelt, auf eine Feststellung des englischen Forschers Carpenter hin, der vor etwa einem Jahrhundert festgestellt hat, daß der Mensch so 'gebaut' sei, daß er alles miterlebt und mitmacht, nachmacht, was er an anderen beobachtet. Weil der Mensch nun als Naturwesen kein Genie sei, sondern ein Durchschnittswesen, unterliege er dem 'Carpenter-Effekt', mache er mit, was er von anderen sehe, würden sie untereinander immer mehr ähnlich - und so käme zu einem guten Teil das zustande, was man Vermassung nenne.

(113) Brepohl, W.: Vermassung kam ungerufen / Wir leben heute in der Enge / Das Geld reicht nicht zum großzügigen Leben. RUHRNACHRICHTEN vom 1./2.10.1955

(114) a.a.O.

Nur wenn wir diese wesentlichen Merkmale unserer Zeit ändern würden (falls wir es könnten), könne diese Ähnlichkeit, 'Vermassung' genannt, eingeschränkt werden. Das hieße aber: Die Zahl der Menschen dürfe nicht so groß sein, wie sie heute in Europa tatsächlich ist; jeder lebe wieder im relativ großen räumlichen Abstand vom anderen und lebe 'von der Scholle' statt vom Arbeitslohn. Erst wenn diese und andere Bedingungen erfüllt seien, bestünde die Aussicht, daß sich die Menschen wieder unähnlich würden.

Wenn man das 'Masse'-Problem unter diesem Aspekt betrachtet, bleibt von dem Angstgespenst der 'Vermassung', das eine Art Umkehrung und Rückseite der Fortschrittsgläubigkeit und technischen Glückseligkeitstheorie des 19. Jahrhunderts darstellt, nachdem globaler Krieg und Atombomben die Folgen dieses 'Fortschritts' waren, die Tatsache der vorhandenen Menschenmassen übrig, die zwangsläufig eng aneinander gerückt leben müssen.

Die Masse ist Tatsache, genau wie die Einebnung aller hierarchischen Ordnungen und damit verbunden die politische Emanzipierung der Massen, des dritten und vierten Standes.

Wenn die soziale Entwicklung einen derartigen Verlauf genommen hat, sollte man auch die praktischen Folgerungen daraus ziehen und den Massen, der großen Zahl der vollemanziptierten Staatsbürger, die an der politischen Entscheidung des Staatswesens teilhaben, alle Mittel in die Hand geben, damit sie ihren öffentlichen Aufgaben und Pflichten bestmöglich gerecht werden können.

Es ist eine möglichst umfassende Informierung der Öffentlichkeit zu fordern, d.h. praktische eine intensivere und noch weitere Verbreitung des Informationsstoffes. Und da die Zeitung nach wie vor die Hauptsäule in der Öffentlichkeitsarbeit ist, wäre vor allem eine stärkere Verbreitung der Zeitungen anzustreben. Dabei müsste eine Hinführung des Staatsbürgers zur Zeitung bereits in der Schule (u.a. im Rahmen des staatskundlichen Unterrichts) beginnen und nicht zuletzt von den Zeitungen selbst gefördert werden, einmal durch werbliche Akte bei der gerade in der Bundesrepublik nicht gerade kleinen Gruppe der Nicht-Leser, durch Werbung bei den Lesern, die bereits eine Zeitung halten, für den Bezug von 2 und mehr Blättern und zum anderen durch eine ansprechende Darbietung des Stoffes.

Professor Hagemann sieht die öffentliche Führerstellung der Zeitung gefährdet, er vertritt die Auffassung, daß die Tagespresse als 'öffentliche Versorgungseinrichtung' zwar allgemeinen Interessen diene, aber auf die großen Entscheidungen keinen entscheidenden Einfluß mehr habe. Die öffentlichen Auseinandersetzungen über Tages- und Zeitfragen würden heute überwiegend in wenigen Wochenschriften geführt, die von wirklichen Sachkennern geschrieben und wie vor hundert Jahren in kleinen Kreise gelesen und ernst genommen würden. (115)

Es ist richtig, daß der Weg der Zeitung vom Pionier-Wesen, von der herausragenden Einzelercheinung, von dem suspekten Eindringling in eng geschlossene Lebenskreise, dem noch lange der Ruf des Zwielfichtigen, Unseriösen anhaftete, hin zur Institution, zur Versorgungseinrichtung führt. Die These jedoch, "daß sie auf die großen Entscheidungen keinen entscheidenden Einfluß mehr habe", kann nur sehr bedingt gelten. Einmal schieben sich trotz aller Tendenz zur Institution immer mehr Leitartikel und Leitartikler in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn auch im Prinzip die geistige Auseinandersetzung in der Zeitschrift weitgehend ihren - legitimen und geeigneten - Platz gefunden hat, zum anderen ist die intensive Wirkung der Zeitung durch ihre starke Beeinflussungskraft und -fähigkeit auf weiteste Bevölkerungskreise gegeben, die ihre Ursache in der Frequenz des täglichen Erscheinens, in dem immerwährenden Anstoß hat. Sie hat den stärksten - wenn auch indirekten - Einfluß auf die größte Entscheidung im demokratischen Staat: auf die Entscheidung durch den Wähler.

Es mag sein, daß die Bedeutung des einzelnen Organs und der einzelnen publizistischen Persönlichkeiten geringer geworden ist, aber die Bedeutung und Wirkungskraft der Gesamtheit der Tagespresse ist größer geworden. Die Gewichte haben sich verschoben: von der starken Strahlungskraft der Persönlichkeit in der ersten Zeit der Zeitung über die große Bedeutung der Zeitungspersönlichkeit, der 'großen Zeitung' in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts und bis in die zwanziger

(115) Hagemann, W.: Strukturwandlungen der modernen Presse. Sonderausgabe des ZEITUNGSVERLAG UND ZEITSCHRIFTENVERLAG '50 Jahre Verein Deutscher Zeitungsverleger' vom 30.4.1954, S. 291/292

Jahre dieses Jahrhunderts hin zur verstärkten Wirkung durch Zahl und Masse der Gesamtheit der Zeitungen. Auf der Grundlage dieser Einsichten wird es kaum möglich sein, die These vom Bedeutungsverlust der Zeitung und der Minderung des Zeitungseinflusses auf die öffentliche Meinungsbildung aufrechtzuerhalten.

Es ist durchaus richtig, daß die Zeitung immer weniger der Kampfplatz 'weltanschaulicher' Auseinandersetzungen ist. Zur Illustrierung dieser Tatsache weist Hagemann darauf hin, daß der Anteil der parteigebundenen Presse und Parteirichtungszeitungen 1932 noch 50 % und heute weniger als 10 % beträgt. (116) Immer stärker tritt die Zeitung im Sinne des Ausgleichenden hervor, sie übt in ihrer überwiegenden Mehrheit eine zentripetale Wirkung aus.

Es scheint mir nicht den Kern der Sache zu treffen, diesen Prozeß, der zur Mitte, zur konstruktiven Mitte und tatsächlich damit auch zur staaterhaltenden Konstruktivität hinführt, als einen 'Verdünnungsprozeß' zu bezeichnen. Vielleicht kann man den Zustand sogar als ideal ansehen, den Crome in seinem Bericht über die japanische Presse für die dortigen Zeitungen als typisch angibt, daß nämlich in den Zeitungen politische Streitpunkte nur dargelegt, objektiv dargelegt werden, und die Zeitung selbst in den innerpolitischen Kampf überhaupt nicht eingreift....

Wenn man die Wohlfahrt und das Gedeihen des Individuums als das Ziel der Politik ansieht und somit zugleich dem Evolutiö-nären anhängt, dann kann man die Entwicklung der Presse: weg von den Ideologien, weg vom betont Kämpferischen, Streitbaren (und damit Einseitigen), nur als positiv für das Staatswesen und den einzelnen Menschen betrachten.

Unsere Zeit ist auf Grund ihrer politischen Grundtendenzen nach wie vor ein fruchtbarer Nährboden für die Zeitung, und

(116) a.a.O. S.292

wenn H. Diez 1910 in seinem bereits zitierten Buch "Das Zeitungswesen" geschrieben hat, "daß die Bedeutung der Presse in den nächsten Jahrzehnten immer noch weiter steigen wird und daß es die Aufgabe der wirklichen Führer unseres Volkes sein muß, sie nicht zu mißachten, sondern ihre guten Seiten zu suchen und aus ihnen den Mut und die Freudigkeit zur Arbeit an der Presse selbst zu schöpfen" (117), dann gilt das nicht nur für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, sondern ist auch heute genau so gültig und wichtig.

Ich möchte mit den Worten von Diez diese Untersuchung schließen, mit denen er in seinem vorstehend mehrfach genannten Werk die Position der Presse gültig umreißt und erfaßt, Worte, die heute, ja sogar morgen geschrieben werden könnten:

"Die Gegenwart mit all ihren Wundern hat in der Tat kaum etwas Imposanteres aufzuweisen als den milliardenfältigen Gedankenaustausch durch das geschriebene und gedruckte Wort, der nicht nur die Menschen derselben Zunge unablässig und unlöslich miteinander verknüpft, sondern auch die Völker verbindet, und zwar viel enger und wirksamer als alle Verbrüderungsreisen, alle internationalen Kongresse und alle Monarchenbesuche es vermögen...

Die Bedeutung der Presse für unsere Gegenwart ist kaum mehr zu überschätzen; sie ist charakteristisch und konstitutiv für die Gestaltung des öffentlichen Lebens unserer Zeit...." (118)

(117) Diez, H.: Das Zeitungswesen, Leipzig-Berlin 1910, S. 119

(118) a.a.O. S. 122

ANHANG I

Die Presse der Bundesrepublik im Lichte der Statistik

Es erscheint in Verbindung mit der vorstehenden Ausarbeitung notwendig, eine statistische Analyse über die Entwicklung des Zeitungswesens in der Bundesrepublik zu geben. Ohne diese exakten Angaben wäre die Untersuchung nicht vollständig.

Im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin waren bis Ende 1945 wieder 29 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 6 Millionen Exemplaren erschienen. Bis zum März 1949 war die Zahl der Zeitungen auf 140 mit 712 Nebenausgaben und einer Gesamtauflage von rund 17 Millionen Exemplaren angewachsen (119) Dies war der Stand der deutschen Presse bis zur Aufhebung des Lizenzierungszwanges.

Da die Vorarbeiten der Altverleger bereits vor dem Termin der Beendigung des Lizenzierungsverfahrens - dem 21.9.1949 - eingesetzt hatten, waren bereits Ende 1949 387 Heimatblätter wieder bzw. neu erschienen. Im Jahre 1950 vermehrte sich die deutsche Tagespresse um weitere 170 Organe. Mit dieser Zunahme war die stürmische Periode in der Entwicklung des deutschen Zeitungswesens der Nachkriegszeit weitgehend abgeschlossen und auf dem Zeitungsmarkt eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Manche der Neugründungen hatten jedoch nicht den von den Altverlegern erhofften Erfolg, und so erlitten eine Reihe von Verlegern Fehlschläge. Zwischen Ende 1949 und Ende 1950 mußten 92 Blätter ihr Erscheinen wieder einstellen. In den folgenden Jahren ergaben sich keine wesentlichen Verschiebungen mehr im Mosaikbild der deutschen Tagespresse. Folgende Zahlenreihe mag diese hier angeführten Tatsachen noch deutlicher machen:

(119) Diese Zahlen wurden dem Lizenzhandbuch Deutscher Verleger 1949 entnommen.

1949	erschienene Zeitungen	387	(26)
1950	" "	172	(66)
1951	" "	44	(27)
1952	" "	23	(16)
1953	" "	34	(5)
1954	" "	20	(14)

die in () gesetzten Zahlen bedeuten die im gleichen Zeitraum wieder erloschenen Zeitungen. (120)

Bis zum Jahre 1955 - der 31. Juni 1955 ist der letzte Zeitpunkt, von dem diese Untersuchung ausgeht - stieg die Zahl der Hauptausgaben (d.h. der selbständigen Blätter) langsam aber stetig weiter an mit einer kleinen Periode der Stagnation 1952/53.

Nach den Gabler-Unterlagen bestanden

März 1949	140	Zeitungen (mit 712 Nebenausgaben)
Ende 1949	527	"
Ende 1950	605	"
Ende 1951	623	" (" 612 ")
Ende 1952	620	" (" 612 ")
Ende 1953	658	" (" 605 ")
Ende 1954	665	" (" 596 ")
Mitte 1955	673	" (" 617 ")

Neben diesen Angaben der Gabler-Werbegesellschaft, die auf Arbeitsunterlagen der Kartei der Planungsabteilung dieses Unternehmens fußen und - wie es in den Gabler-Mitteilungen 2/55 heißt -

"als vollständige Ermittlung über die deutsche Tagespresse Westdeutschlands gelten können" (121) stehen für das Jahr 1953/54

Untersuchungen zweier wissenschaftlicher Institute zur Verfügung:

für das Jahr 1953 (Stichtag 31.10.1953) die Untersuchung des Instituts für Publizistik an der Freien Universität Berlin, niedergelegt in dem Handbuch "Die deutsche Presse 1954"

für das Jahr 1954/55 (ungefähre Terminangabe: Dezember 1954) die Untersuchungen des Instituts für Publizistik an der Universität Münster. (122)

Im Handbuch "Die Deutsche Presse 1954" sind als Ziffern für die selbständigen deutschen Zeitungen im Jahre 1953 angegeben:

680 Hauptausgaben mit 723 Nebenausgaben.

(120) Gabler-Mitteilungen 2/55, München, S. 7

(121) a.a.O. S. 18

(122) Hagemann, W.: Wieviele Zeitungen gibt es in Deutschland?
DER JOURNALIST, Heft 8/55, S. 6/7

Die Untersuchung des Instituts in Münster hatte folgendes Ergebnis:

225 Hauptausgaben mit 975 Nebenausgaben
+ ca. 190 sog. "Zeitungen". (123)

Bei diesem doch sehr unterschiedlichen Ergebnis ist noch zu berücksichtigen, daß bei allen hier angegebenen Untersuchungen die Kriterien der Auswahl eine überaus große Ähnlichkeit aufwiesen.

So schreibt z.B. Prof. Hagemann in dem eben erwähnten Untersuchungsbericht:

"Das Institut mußte ferner eine strenge methodische Sichtung vornehmen, und zwar unter dem Gesichtspunkt jener Zeitungskriterien, die seit langem in der Zeitungswissenschaft gültig sind, die aber von der Praxis leider bisher noch vielfach ignoriert werden. In die Untersuchungen wurden einbezogen alle periodischen Veröffentlichungen im Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlin, die 2 - 7mal wöchentlich erscheinen und durch folgende Eigenschaften bestimmt sind:

a) Universalität b) primäre Aktualität.

Nicht berücksichtigt wurden also:

- a) "Wochenzeitungen" und "Sonntagszeitungen"
- b) Lokale Anzeigen-, Mitteilungs- und Amtsblätter
- c) Lokalzeitungen, deren Inhalt ausschließlich aus lokalgebundenen Nachrichten und Berichten besteht
- d) mehrmals wöchentlich erscheinende Fachzeitschriften." (124)

In dem Handbuch "Die Deutsche Presse" heißt es entsprechend:

"Im Zeitungsteil aufgenommen sind die im Sprachgebrauch als 'Zeitung' bezeichneten und zur 'Tagespresse' gerechneten Blätter, die das jüngste Zeitgeschehen allgemein und ohne fachliche Begrenzung in kürzester regelmäßiger Folge festhalten. Darunter sind ebenso die großen, täglich erscheinenden, auflagestarken Blätter zu rechnen, wie die kleinen und kleinsten, oft nur wöchentlich erscheinenden Blätter, wenn sie die Aufgabe regelmäßiger, allgemeiner und aktueller Nachrichtenübermittlung erfüllen." (125)

(123) a.a.O. S. 7

(124) a.a.O. S. 7

(125) - : Die Deutsche Presse 1954, herausgegeben vom Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin, 1954, S. 25

In den Gabler-Mitteilungen wurde mit folgender Definition eine Abgrenzung gefunden:

"Unter 'Tageszeitungen' sind hier Presseerzeugnisse gemeint, die in einem rechtlich selbständigen Verlag hergestellt werden und die besonderen Merkmale der Aktualität und Universalität der Themenbehandlung aufweisen, ganz gleich, ob die Erscheinungsweise eine einmal oder mehrmals wöchentliche ist." (126)

In den drei Definitionen ist eine einzige Differenz zwischen denen des Instituts für Publizistik Berlin und der Gabler-Gesellschaft einerseits und der des Instituts für Publizistik in Münster auf der anderen Seite feststellbar: während Münster von einer Mindesterscheinungsweise von zweimal wöchentlich spricht, sagen die beiden anderen Stellen ausdrücklich, daß sie auch einmal wöchentlich erscheinende Organe unter die Zeitungen aufgenommen haben, wenn sie "die besonderen Merkmale der Aktualität und Universalität der Themenbehandlung aufweisen" (Gabler), bzw. wenn sie die Aufgabe regelmäßiger, allgemeiner und aktueller Nachrichtenübermittlung erfüllen. (Institut für Publizistik Berlin).

Es wird in der Untersuchung von Prof. Hagemann nicht näher ausgeführt, was unter den 'sog. Zeitungen' exakt zu verstehen ist. Es ist nur folgender Satz gegeben:

"...190 scheinbare Zeitungen, die nach zeitungswissenschaftlichen Kriterien nicht als solche berücksichtigt werden dürfen."

In dieser ominösen Gruppe der 190 'sog. Zeitungen' und in der Festlegung des Zeitungsbegriffes auf eine Mindesterscheinungsweise von zweimal wöchentlich dürfte der Schlüssel dafür liegen, daß sich die Untersuchung des Instituts Münster in der Zahl der 'Hauptausgaben' von der der beiden anderen Stellen so sehr unterscheidet.

Der Vollständigkeit halber soll hier wörtlich die exakte Definition der "Neben- oder Bezirksausgaben" wiedergegeben werden,

wie sie in der Untersuchung des Berliner Publizistischen Instituts gefaßt worden ist:

"Nebenausgabe oder Bezirksausgabe ist jede Teilaufgabe einer Hauptzeitung, die von dieser inhaltlich abweicht, um die regionalen Besonderheiten bestimmter Verbreitungsgebiete zu berücksichtigen und den Wünschen der dortigen Leserschaft Rechnung zu tragen. Dementsprechend paßt sie ihren Titel oder Untertitel den örtlichen Verhältnissen an..." (127)

Die besonderen Organisationsformen der Nebenausgaben (Zentralverlage, Verlagsgemeinschaften, Redaktionsgemeinschaften, Werbegemeinschaften) spielen hierbei keine Rolle.

Wenn wir den hier vorgenommenen Versuch eines Vergleiches überblicken, so bleibt es (trotz aller Erklärungs- und Angleichungsversuche) ein überaus überraschendes und für den wissenschaftlichen Statistiker betrübliches Ergebnis, daß die Vielfalt der Erscheinungen im Gesamtbild des Zeitungswesens, besonders in den "Grenzbereichen" des Übergangs zu anderen Gruppen bzw. zu publizistischen Gruppen "ominöser Beschaffenheit, die man nicht mehr als Zeitungen ansprechen kann," es unmöglich macht, zu eindeutig klaren Zahlenergebnissen zu kommen. In einem Lande von der Größe und vielgliedrigen Beschaffenheit der Bundesrepublik Deutschland, die sich auch trotz der Zäsur nach 1945 in seinem Pressewesen widerspiegeln, läßt sich nach den Ergebnissen dieses Vergleichs die Zahl der Zeitungen nicht mit exakt-eindeutigen Zahlen festlegen. Die Vielgestaltigkeit des Lebens in seinen Äußerungen läßt uns auch besonders auf diesem Gebiet die Mangelhaftigkeit jedes Typisierungs- und Katalogisierungsversuches erkennen.

Einen völlig neuen Gesichtspunkt in der Betrachtung des deutschen Zeitungswesens stellte die Untersuchung des Instituts der Universität Münster heraus. Während man bisher nur zwischen "Haupt- und Nebenausgaben" unterschied, wurden im Institut

(127) - : Die Deutsche Presse 1954, herausgegeben vom Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin, 1954, S. 25

Münster die Zeitungsexemplare selbst untersucht und verglichen. Dabei ging Prof. Hagemann von folgender Überlegung aus:

"Wenn wir die Zeitung als ein publizistisches Medium in seiner Eigenständigkeit werten, so müssen wir daran festhalten, daß das Kernstück der Zeitung im klassischen Sinne der allgemeine politische Teil ist, nicht aber irgendeine Sparte. Zeitungen können aber nur dann als eigenständig anerkannt werden, wenn sie in ihren wesentlichen Teilen publizistisch selbständig gestaltet sind." (128)

Er unterscheidet daher

- a) 'Zeitungen' als Sammelbezeichnung für alle Tageszeitungen, die in wesentlichen Teilen fast oder ganz übereinstimmen (insbesondere in ihrem politischen Teil und der Gestaltung der Titelseite) und deren einzelne 'Ausgaben' nur in einzelnen Sparten (insbesondere im lokalen Teil) voneinander abweichen. 'Zeitungen' können also verlegerisch selbständig und dabei doch 'Ausgaben' einer als solchen existenten (Hauptausgabe, Neben- oder Bezirksausgabe) oder nicht existenten (Maternfabrik, Gemeinschaftsredaktion) 'Zeitung' sein.
- b) 'Ausgaben' als allgemeine Bezeichnung aller aus besonderen Bedürfnissen des Leserkreises publizistisch abweichend von der Zeitung gestalteten Sparten (Lokal- und Regionalseiten, Anzeigenseiten).

So erschienen nach dieser Einteilung im Dezember 1954 225 'Zeitungen' in 1500 'Ausgaben'. Von 525 selbständigen Zeitungsverlagen würden also nur 225 Zeitungen ihren gesamten Inhalt selbst herstellen; die restlichen Zeitungen hätten einen großen Teil ihres Zeitungsinhalts entweder von dritter Seite bezogen oder ihn in Gemeinschaft mit anderen Verlagen hergestellt.

Es darf hier eingefügt werden, daß der Verfasser, der gleichfalls von der Überlegung ausgeht, daß das Kernstück der Zeitung der politische Teil ist, bereits im Jahre 1953 mit einer Zahl von 212 Zeitungen als selbständige publizistische Meinungsträger arbeitete, die ihren gesamten Inhalt selbst herstellten. In der Auswertung der Presseorgane in der Praxis wurde von dieser Zahl ausgegangen.

(128) Hagemann, W.: Wieviele Zeitungen gibt es in Deutschland?
DER JOURNALIST, Heft 8/55, S. 7

Natürlich war es im Rahmen dieser Tätigkeit nicht möglich, methodisch weiter zu forschen und dadurch Ergebnisse zu liefern, die die gegenwärtige Zeitungsstruktur in Deutschland tatsächlich erst erschließen, während die bisherigen Untersuchungen mit ihrer Einteilung leicht zu Fehlschlüssen verleiten konnten.

Wenn wir die beiden Ziffern gegenüberstellen: die der "Hauptausgabe" im bisherigen Sinne und "Voll-Zeitung" auf der anderen Seite, so fällt der Unterschied stärker ins Auge und verdeutlicht mehr als alle Worte, wie leicht selbst der Mann vom Fach, der sich nicht intensiv mit diesem Problem beschäftigt hat, zu Fehlschlüssen verführt werden konnte.

	Berlin	Gabler	::	Münster	
	1953/54	1953/54	::	1954	
Haupt-			::		Voll-
ausgaben	680	658	::	225	Zeitungsen

Die bisherigen Untersuchungen, die nach Haupt- und Nebenausgaben unterscheiden (also eine große Zahl der kleinen und kleinsten Maternblätter als selbständige Zeitungseinheiten werten - Hagemann ordnet sie als "Ausgaben" ein) sind durch die Forschungsergebnisse des Institutes Münster durchaus nicht wertlos geworden. Sie erhalten jedoch durch die neuen Untersuchungen dieses Instituts ein Korrektiv und verlieren ihre Bedeutung als absoluter Maßstab für die Feststellung der Zeitungsstruktur der Bundesrepublik. Diese Einteilung in Haupt- und Nebenausgaben wird in ihrer Bedeutung relativiert und kann zur Strukturbestimmung nur zusammen mit der Hagemannschen Gruppierung herangezogen werden.

Es ist natürlich klar, daß angesichts dieser Ergebnisse des Münsterschen Instituts alle Statistiken, die auf der Unterscheidung Haupt- und Nebenausgabe aufgebaut sind, an Bedeutung verlieren und dringend einer Ergänzung durch Statistiken bedürfen, die auf der Unterscheidung "Voll-Zeitung" - "Ausgabe" beruht.

Wenn auch die von Prof. Hagemann dargestellten Forschungsergebnisse geeignet sind, die ganze Betrachtung der deutschen

Zeitungsstruktur - auch in die Vergangenheit hinein - zu revolutionieren und unwillkürlich gegenüber allen Zahlenangaben, die auf der bisherigen Basis beruhen, eine gewisse Skepsis hervorrufen, so scheint es doch sehr aufschlußreich, nur von der Gesamtzahl der Zeitungstitel her statistische Ziffern wiederzugeben, die in dem Handbuch "Die Deutsche Presse 1954" die Entwicklung der deutschen Tagespresse von 1932 bis 1953 in den gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik vergleichen.

Die für die Jahre 1932 und 1937 notwendige Umrechnung auf den Gebietsstand der Bundesrepublik wurde mit statistischen Methoden ermittelt, die im einzelnen in einem einleitenden Aufsatz des eben erwähnten Handbuches eingehend dargelegt sind. (129)

Die Entwicklung der deutschen Tageszeitungen

von 1932 bis 1953 in den gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik

	1932		1937		1947		1949		1953	
	Anzahl	Druckauflage	Anzahl	Druckaufl.	Anzahl	Druckaufl.	Anzahl	Druckaufl.	Anzahl	Druckaufl.
Schlesw.	143	600 000	64	318 000	21	506 000	28	515 000	62	498 206
Holst.	41	900 000	19	511 300	11	1210 000	24	1885 550	16	1970 963
Hamburg	346	2000 000	175	1001 600	56	1120 000	111	1399 000	182	1455 139
Nied.-Sachs.	8	199 000	3	119 900	3	155 000	8	139 000	7	352 229
Preußen	326	3500 000	308	2700 000	217	2955 000	277	2990 500	346	3583 451
Rheinl.-Wf.	309	2000 000	129	826 000	24	750 000	37	939 590	119	1662 583
Westfalen	183	1250 000	89	571 000	26	998 000	45	950 000	98	979 935
Brand.-	521	2800 000	217	1560 000	106	2340 000	185	2512 550	251	1992 987
Meckl.-	606	3250 000	302	1700 000	70	3400 000	82	4375 468	302	2502 170
Bayern										
Bundes-	2483	16499 000	1306	9307 800	534	13434 000	797	15706 658	1333	14997 663
gebiet										
West-	110	600 000	36	2377 000	10	1565 000	8	1615 000	20	1086 089
Berlin										
Bundes-										
gebiet										
inschl.										
Berlin	-	-	-	-	544	14999 000	805	17321 658	1403	16083 752

(130)

(29) Greiser, F.: Gesamtstatistik der deutschen Presse.

Die Deutsche Presse 1954, Berlin 1954, S.58 ff.

(30) - : Die Deutsche Presse 1954, Berlin 1954, S.69

Zur Abrundung des Bildes wären noch die Ziffern der Gesamtzahl der deutschen Zeitungen vor dem ersten Weltkrieg anzufügen, die jedoch nur für das gesamte Reichsgebiet vorliegen. Nach Brunnhuber hätten im Deutschen Reich 1905 etwa 3566 Blätter, im Jahre 1908 ungefähr 4000 Blätter bestanden. (131)

Die in der vorstehenden statistischen Aufstellung des Instituts für Publizistik Berlin genannten Gesamtauflageziffern differieren ebenfalls mit denen der Gabler Werbegesellschaft:

	<u>Gabler</u>	<u>Institut Berlin</u>
1945	6 Mio Ex.	-
1947	keine Angabe	13,4 Mio
1949	18 Mio	15,7 Mio
1951	12,7 Mio	-
1952	12,5 Mio	-
1953	14,8 Mio	16 Mio
	(14 839 625)	(15 997 663)
1954	15,1 Mio	-
1955	15,3 Mio	-
	(15 326 600)	

Die Gabler-Mitteilungen 2/55 geben eine Gesamtübersicht nach dem Stand vom 31. Juli 1955. Es ist die neueste Übersicht, die bei Abfassung dieser statistischen Ausarbeitung vorlag. (132)

Statistische Zahlen über die Tagespresse Westdeutschlands
einschließlich Westberlins

Gesamtübersicht nach dem Stand vom 31.7. 1955

Länder	Anzahl d. Ztg.	Aufgliederung in Hpt. ausg.	Neben- ausg.	Gesamt- ausga- ben	Gesamt- auf- lagen
Bad.-Württbg.	116	116	92	208	1 739 654
Bayern	143	143	128	271	2 253 012
Berlin-West	12	12	10	22	940 718
Bremen	4	4	-	4	189 017
Hamburg	17	17	9	26	2 900 976
Hessen	97	97	42	139	1 507 771
Niedersachsen	99	99	58	157	1 276 692
Nordrh.-Westf.	101	101	215	316	3 307 543
Rheinl.-Pfalz	39	39	54	93	712 120
Schlesw.-Holst.	45	45	9	54	499 097
Bundesgebiet mit W.-Berlin	673	673	617	1290	15 326 600

(133)

(131) Brunnhuber, R.: Das deutsche Zeitungswesen, Leipzig 1908

(132) Nach der neuesten statistischen Untersuchung des Instituts für Publizistik an der Universität Berlin ist die Zahl der Tageszeitungen von 1403 (1954) auf 1464 (1956) gestiegen; davon sind 774 Nebenausgaben.

(133) Gabler-Mitteilungen 2/55, S.18

Die Gesamtauflage der in der Bundesrepublik und in West-Berlin erscheinenden Tageszeitungen wurde von der Gabler Werbegesellschaft, da IVW (Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern) nur etwa 71 % der Gablerschen Zählung erfaßt, unter Verwendung der durch Fragebogen-Angaben der Werbegesellschaft zur Verfügung stehenden bekannten Auflageziffern mit Hilfe statistischer Methoden erschlossen.

Das publizistische Institut Berlin errechnete in seiner Untersuchung eine bekanntgegebene Druckauflage von 14 537 152 Exemplaren und erschloß daraus eine Gesamtauflage von 16 083 752.

Nach den Angaben des Instituts Berlin ist die Zuverlässigkeit des gefundenen Wertes an Hand einer geschichteten Stichprobe überprüft worden.

Bei den im Handbuch "Die deutsche Presse 1954" bekanntgegebenen Zahlen handelt es sich um die Druckauflage, während Gabler seine Angaben nicht näher definiert. Die verkaufte Auflage liegt erfahrungsgemäß im Durchschnitt 9 - 10 % unter der Druckauflage. Da sich die Gablersche Ziffer (aus dem Geschäftszweck einer Werbeagentur zu erklären) wahrscheinlich auf die verkaufte Auflage bezieht, wäre der relativ hohe Unterschied der Zahlen für das Jahr 1953 natürlich und fände eine einfache Aufklärung.

Die Zuverlässigkeit der Berechnung durch das Institut für Publizistik Berlin wurde durch die von IVW veröffentlichte Auflagenziffer für das 4. Quartal 1953 bestätigt, die diese mit 15,5 Mio angab und die sich auf rund 95 % der erscheinenden Tageszeitungen bezog.

Die Gabler-Gesellschaft errechnete auch die Durchschnittsauflage der deutschen Zeitungen nach Ländern geordnet. Sie geht dabei entsprechend ihrem übrigen Errechnungssystem von der Ziffer der Hauptausgaben aus:

Länder	Durchschnitts-Auflage pro Zeitung	
Baden-Württemberg	14 297	
Bayern	15 755	
Berlin-West	78 793	
Bremen	47 254	
Hamburg	170 645	
Hessen	15 544	
Niedersachsen	12 896	
Nordrhein-Westfalen	32 748	
Rheinland-Pfalz	18 259	
Schleswig-Holstein	11 091	
Bundesgebiet mit West-Berlin	22 773	(1)

Auf der gleichen Basis der 'Hauptausgaben' gibt die Gabler-Gesellschaft in dem bereits mehrfach angeführten Heft eine aufschlußreiche Übersicht über die Verteilung der Zeitungsgröße auf die einzelnen Bundesländer:

	bis 5 000	5000 bis 25 000	25 001 bis 50 000	50 001 bis 100 000	100 001 bis 200 000	200 001 bis 500 000	500 001 bis 2 000 000	Zusamm. Zeitung.
Bad.-Wttbg.	58	42	7	7	3	-	-	117
Bayern	84	29	16	9	3	1	-	142
Berlin	-	2	4	4	2	-	-	12
Bremen	-	1	2	1	-	-	-	4
Hamburg	2	7	1	3	-	2	1	16
Hessen	60	23	6	2	5	-	-	96
N.-Sachsen	47	42	5	2	3	-	-	99
Ndrh.-Westf.	33	28	16	7	5	4	-	95
Rhld.-Pfalz	24	9	2	1	3	-	-	39
Schl.-Holst.	29	12	1	3	-	-	-	45
Bundesgebiet	339	195	60	39	24	7	1	665

Aus dieser Tabelle ist abzulesen, daß das Land Bayern mit 113 Zeitungen mit einer Auflage bis zu 25 000 Exemplaren an der Spitze der "Heimatspresse" steht.

(134) a.a.O., S.18

(135) a.a.O., S. 8

In diesem Zusammenhang dürfte eine Gegenüberstellung der selbständigen und scheinbar selbständigen Zeitungen bis zu 25 000 mit den in gleichem Raum verbreiteten Bezirksausgaben großer Blätter von Interesse sein.

Länder	Einzelzeitungen bis 25 000	Bezirksausgaben
Bayern	113	124
Baden-Württemberg	100	97
Niedersachsen	89	57
Hessen	83	33
Nordrhein-Westfalen	63	204
Schleswig-Holstein	41	9
Rheinland-Pfalz	33	53

Die Erscheinungshäufigkeit der Blätter stieg nach 1949 stark an. Bis zu diesem Zeitpunkt erschienen die meisten Tageszeitungen 2 bis 3 mal wöchentlich. Nur ein kleinerer Teil 6 mal. - 1950 erfolgte allmählich der Übergang zu einer 6maligen Erscheinungsweise. Ab 1951 kamen die Tageszeitungen durchschnittlich 6 mal wöchentlich heraus, lediglich in Bayern erscheinen auch heute noch mehrere Blätter (besonders in wirtschaftlich weniger begünstigten Gebieten) 3 bis 4 mal wöchentlich.

Bei einer Berechnung der Leserhaushaltsdichte (Streudichte), die den durchschnittlichen Anteil der Auflage auf 100 Haushaltungen angibt, wurde bei der Berliner Untersuchung ein Bundesdurchschnitt von 97 Exemplaren und unter Einbeziehung von West-Berlin ein Durchschnitt von 98 Exemplaren auf 100 Haushaltungen festgestellt. Da die Druckauflage zugrunde lag und nicht die verkaufte Auflage, erscheinen diese Zahlen zu günstig. Weiterhin müßten, um eine exakte Berechnungsgrundlage zu erhalten, Doppelbezieher und alle von Behörden, Organisationen und Unternehmungen bezogenen Blätter unberücksichtigt bleiben. Nach dem oben genannten Handbuch wird bei vorsichtiger Abschätzung der aufgeführten Einschränkungen die Leserhaushaltsdichte bei 75 Zeitungen liegen, d.h. eine Zeitung auf 1,33 Haushalte.

Die Gabler-Gesellschaft errechnet ohne Berücksichtigung der eben angeführten Faktoren für Ende 1954 (bei gestiegener Gesamtauflage) für das Bundesgebiet je eine Zeitung auf 1,08 Haushalte, das sind rund 93 Zeitungen auf 100 Haushalte (die Ziffer bezieht sich wahrscheinlich auf die verkaufte Auflage).

Eine besondere Note erhält die Berliner Untersuchung durch die Klassifikation der deutschen Tagespresse nach Richtung und Tendenz. Dieser Teil der Untersuchung von Prof. Dovifat ist völlig neu. Jedoch ist auch hier bei der Bewertung der Ergebnisse einige Zurückhaltung angebracht (abgesehen von der Einteilung von Haupt- und Nebenausgaben), da die Angaben der Verlage ohne kritische Sondierung als Grundlage für die Auswertung genommen werden mußten. In einigen Fällen firmieren die Verlage ihre Erzeugnisse als "unabhängig", obwohl sie in ihrer politischen Linie eindeutig festliegen und einer bestimmten Richtung verpflichtet sind, nur aus dem Wissen heraus, daß viele Leser in ihrer "neutralistischen Haltung" Partei- und ähnlich festgelegte Zeitungen ablehnen.

Prof. Dovifat hat eine 3-Gruppen-Klassifikation vorgenommen:

festrichtungsbestimmt (parteigebundene und parteinahestehende Zeitungen)

grundrichtungsbestimmt (unabhängige, aber eine bestimmte Weltanschauung vertretende Zeitungen)

ohne Richtungsbestimmung (unabhängige und überparteiliche Zeitungen und neutrale Heimatzeitungen).

Die bei der Erhebung gestellte Frage nach der politischen Richtung wurde von 84,7 % aller Zeitungen beantwortet, d.h. von 1189 Blättern. Die Verteilung auf die 16 vorhandenen Einzelrichtungen dürfte - nach den Angaben im Handbuch "Die deutsche Presse 1954" - mit geringen Abweichungen in den Prozentzahlen auch auf die Gesamtheit der deutschen Tageszeitungen zutreffen, da eine außerordentlich günstige Repräsentation vorliegt.

Der ersten Gruppe sind 10 % der Tageszeitungen zugerechnet (1932 entfielen auf diese damals eindeutig mit "Parteizeitungen" gekennzeichneten Gruppe 47,6 %, also nahezu die Hälfte). Die Gruppe

der parteilosen Zeitungen, die 1932 43,3 % der Blätter umfaßte, stehen heute 64,1 % gegenüber, die unter die Klassifikation "ohne Richtungsbestimmung" fallen. Die grundrichtungsbestimmten Zeitungen des Jahres 1953 (Anteil 10,6 %) können mit keiner Gruppe aus dem Jahre 1932 verglichen werden. Sie können höchstens mit Vorbehalt der erstgenannten Gruppe zugerechnet werden, um den Vergleich zu vervollständigen.

Die prozentuale Aufschlüsselung der 1403 Zeitungstitel (Aufschlüsselung der absoluten Zahlen: 141 festrichtungsbestimmte Blätter, 149 grundrichtungsbestimmte Zeitungen und 899 Zeitungen ohne Richtungsbestimmung, keine Angaben 294 Zeitungen) entspricht weitgehend den prozentualen Auflageanteilen, die auf die einzelnen Richtungen entfallen. Diese Aufschlüsselung nach den Anteilen an der Gesamtauflage ergibt ja eigentlich erst den entscheidenden Überblick über den Einfluß der von den Zeitungen vertretenen Richtungen und die tatsächliche Breite der Einwirkung auf die Leserschaft.

9 % von der gesamten, von den Verlagen bekanntgegebenen Auflage wird von den festrichtungsbestimmten Zeitungen verbreitet (= 1277,700); davon sind 4,3 % der CDU und 4,1 % der SPD zuzurechnen (prozentualer Anteil der festrichtungsbestimmten Zeitungstitel: 10 %).

Der Auflagenanteil der Zeitungen ohne Richtungsbestimmung beträgt 69,2 % = 10 125 000 Exemplare; (entsprechend prozentualer Anteil der Zeitungstitel 64,1 %). Die grundrichtungsbestimmten Zeitungen sind mit 16,1 % an der Gesamtauflage = 2 314 900 Exemplare beteiligt; (prozentualer Anteil der Zeitungstitel 10,6 %).

Mit nahezu 70 % wird also das Richtungsbild der deutschen Tagespresse bestimmt von den unabhängigen, überparteilichen und den "unpolitischen" Zeitungen, sowie von den neutralen Heimatblättern.

Keinerlei Angaben haben gemacht 5,7 % der Blätter mit einer Auflage von 8 196 000 Exemplaren.

In Anbetracht der großen Bedeutung dieses Abschnittes seien die eben erläuterten Ergebnisse noch einmal eingehend in einer statistischen Übersicht zusammengefaßt:

Richtung	Anzahl	%
CDU	70	4,9
SPD	50	3,5
FDP	1	0,1
KPD	20	1,4
Bürgerlich)	35	2,5
Demokratisch)		
Liberal)		
Christlich	92	6,5
Katholisch	16	1,2
Sozialistisch	6	0,5
Heimatzeitungen	192	13,7
Überparteilich	178	12,7
Unabhängig	367	26,2
Überparteilich-)	138	9,8
Unabhängig)		
Unpolitisch	22	1,5
Verschiedene	2	0,2
Ohne Angaben	214	15,3
Insgesamt	1403	100 %

(136)

Verteilung der bekanntgegebenen Auflage auf die Richtungen:

	Bekanntgegeb. Aufl. in 1000	%
CDU	613,4	4,3
SPD	582,0	4,1
KPD	82,3	0,6
Bürgerlich)	552,2	3,8
Demokratisch)		
Liberal)		
Christlich	1009,3	7,0
Katholisch	284,6	2,0
Sozialistisch	468,8	3,3
Heimatzeitungen	853,0	5,9
Überparteilich	2339,5	16,0
Unabhängig	3951,7	27,0
Überparteil.-Unabhäng.	2746,1	18,8
Unpolit. u. Verschiedene	234,7	1,5
Ohne Richtungsangabe	819,6	5,7
Insgesamt	14 537,2	100 %

(137)

(136) - : Die deutsche Presse 1954, S. 74

(137) a.a.O. S. 77

Anteile der Richtungsgruppen in der Bundesrepublik einschließl. West-Berlin:

Festrichtungsbestimmt	141 Zeitungen	=	10 %	
Grundrichtungsbestimmt	149	"	=	10,6 %
Ohne Richtungsbestimmung	899	"	=	64,1 %
Ohne Angaben	214	"	=	15,3 % (138)

Abschließend seien noch einige Zahlen am Rande gegeben, die gleichfalls der Berliner Untersuchung entnommen sind und beleuchten, wie weit trotz des alliierten Trennungsversuches nach 1945 die deutsche Presse ihre Brücken in die Vergangenheit schlug. Rund 55 % aller deutschen heute bestehenden Zeitungen stammen aus der Zeit vor 1900, darunter 4 % sogar aus der vor 1800. Nach 1945 sind 36,3 % der s.Zt. bestehenden Blätter gegründet worden. Von den heute wiedererscheinenden mußten die meisten eine Zwangspause einschalten. 44 der bisher wieder aufgetauchten Blätter verzeichnen eine Unterbrechungszeit von 10 bis 18 Jahren.

Anhang II

Ü b e r s i c h t

über die grössten Tageszeitungen der Bundesrepublik Deutschland
nach dem Stand vom Januar 1958

Name der Zeitung	Auflage in Tausend	Erscheinungs- ort	Polit. Richtung	Chefredakteur
a) <u>BADEN-WÜRTTEMBERG</u>				
Stuttgarter Zeitung	135,2	Stuttgart	unabhäng.	Dr.J.Eberle P. Härlin
Badische Neueste Nachrichten	125,6	Karlsruhe	"	W. Baur
Mannheimer Morgen	121,1	Mannheim	"	E.F.v.Schilling Dr.K.Ackermann
Schwäbische Zeitung	113,4	Leutkirch	"	Th.Walterscheid
Badische Zeitung	87,5	Freiburg/Br.	"	Dr.R. Gießler
Südkurier	83,0	Konstanz	"	A. Gerigk
Stuttgarter Nachrichten	75,9	Stuttgart	"	H. Bernhard
Rhein-Neckar- Zeitung	66,5	Heidelberg	"	Dr.H. Knorr
b) <u>BAYERN</u>				
Süddeutsche Zeitung	195,4	München	unabhäng.	W. Friedmann
Nürnberger Nachrichten	163,1	Nürnberg	"	R. Buschmann
(Sa.Aufl. Schwäbische Landeszeitung	199,1 160,0	Augsburg	"	C. Frenzel
Münchner Merkur	154,4	München	"	Dr.F.Buttersack
Passauer Neue Presse	92,5	Passau	"	Dr.H.Kapfinger
c) <u>BREMEN</u>				
Weser-Kurier	105,5	Bremen	unabhäng.	Dr.K. Bachler
Bremer Nachrichten u. Nordsee-Ztg.	84,3	Bremerhaven	"	W. Schmalfeldt

d) HAIBURG

Hamburger Abendblatt (Sa.Aufl.	345,1 438,0)	Hamburg	unabhäng.	O. Siemer
Die Welt (Sa.Aufl.	202,2 236,1)	Hamburg(Essen)	"	H. Zehrer
Hamburger Echo	56,3	Hamburg	SPD	J. Richter
Bild-Zeitung	2677,3	Hamburg	unabhäng.	R. Michael
Hamburger Morgen- post	235,1	Hamburg	SPD	H. Braune

e) HESSEN

Frankfurter All- gemeine (Sa.Aufl.	181,4 235,1)	Frankfurt/M.	unabhäng.	J. Tern (pol. Red.)
Abendpost	141,0	Frankfurt/M.	"	E. Frotscher
Frankfurter Rundschau	106,6	Frankfurt/M.	"	K. Gerold
Frankfurter Neue Presse	99,2	Frankfurt/M.	"	M. Schulte
Hessische Nach- richten	76,1	Kassel	"	Dr.W.Pöschl

f) NIEDERSACHSEN

Hannoversche Presse	150,2	Hannover	SPD	Dr.F.Rasche F. Wesemann
Braunschweiger Zeitung	128,5	Braunschweig	unabhäng.	H.Eckensberger
Hannoversche Allge- meine Zeitung	118,5	Hannover	"	W. Plog

g) NORDRHEIN-WESTFALEN

Westdeutsche Allgemeine	400,4	Essen	unabhäng.	E. Brost
Ruhr-Nachrichten u. Westfalenpost	301,1	Dortmund	CDU	Rob.Schmelzer
Rheinische Post	253,7	Düsseldorf	CDU	H. Darius
Westfälische Rundschau	244,1	Dortmund	SPD	W. Poller
Neue Ruhr-Ztg. u. Neue Rhein-Zeitung	228,0	Essen	SPD	A.Müller-Engst- feld

Kölner Stadt- anzeiger (Sa.Aufl.	156,2 187,8)	Köln	unabhäng.	G. Dohms
Kölnische Rund- schau (Kölnische Rund- schau am Sonntag	148,6 63,1)	Köln	CDU	Dr.R. Heinen E. Pesch
Freie Presse	96,2	Bielefeld	SPD	Georg Strutz
Westfälische Nachrichten	96,8	Münster	CDU	Dr. Eickhoff
Westfalen-Zeitung	90,2	Bielefeld	CDU	Dr. K. Bader
Aachener Volkszeitung	77,9	Aachen	CDU	Dr. J. Hofmann

h) RHEINLAND-PFALZ

Rhein-Zeitung	171,9	Koblenz	unabhäng.	T. Weber Dr. H. Leicher (pol. Red.)
Die Rheinpfalz	166,7	Ludwigshafen	"	W. Hück Dr. K. Biedermann L. Barth (pol. Red.)
Allgemeine Zeitung	101,3	Mainz	"	E. Dombrowski
Trierischer Volksfreund	68,1	Trier	"	W. Pesch

i) SAARLAND

Saarbrücker Zeitung	131,2	Saarbrücken	unabhäng.	C. Becker
---------------------	-------	-------------	-----------	-----------

k) SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kieler Nachrichten	93,9	Kiel	CDU	T. Dotzer
Lübecker Nachrichten	82,9	Lübeck	unabhäng.	H. Schrem
Flensburger Tageblatt	55,1	Flensburg	"	Dr. Schmidt
Schleswig-Holst. Volkszeitung	46,7	Kiel	SPD	K. Rickers

WEST-BERLIN

B.Z.	254,5	Berlin-Tempelhof	unabh.	K.H.Hagen
Berliner Morgenpost	232,5	Berlin-Tempelhof	"	H.Meyer Dietrich

Der Tagesspiegel (So.Aufl.)	92,9 119,0)	Berlin-Tempelhof	unabhäng.	Dr. K. Silex
Telegraf (Telegraf am Sonntag)	90,2 171,7)	Berlin-Grünwald	SPD	A. Scholz
Der Abend	88,1	Berlin-Tempelhof	unabhäng.	M.Müller- Jabusch F.E.W.Drexler
Der Kurier	24,7	Berlin-N	CDU	R. Frei B. Müßig (pol. Red.)
Der Tag	23,0	Berlin-Charlot- tenburg	CDU	W. Gries

Die Auflagenangaben sind den IVW-Auflagemeldungen, 4. Vierteljahr 1957 (abgeschlossen 25.1.58) entnommen. Sieht die Redaktionsstruktur keinen Chefredakteur vor, so ist jeweils der politische Redakteur angegeben. Sind in den Impressa mehrere gleichberechtigte Chefredakteure bzw. Redakteure für Politik angeführt, so wurden sämtliche Namen in der Liste wiedergegeben.

Sa. Aufl. = Auflage der Samstag-Ausgabe

So. Aufl. = Auflage der Sonntag-Ausgabe

Literaturverzeichnis

Bücher und Zeitschriftenaufsätze:

- Baschwitz, K.: "Die Zeitung in unserer Zeit", Sonderheft des ZEITUNGS- und ZEITSCHRIFTENVERLAG Nr.8 vom 30.4.1954, 51. Jgg., S. 283 ff
- Bitter, G.: "Zur Typologie des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland", München 1951
- Brunnhuber, R.: "Das moderne Zeitungswesen", Leipzig 1907, Sammlung Götschen Nr.320
- Brunnhuber, R.: "Das deutsche Zeitungswesen", Leipzig 1908
- Cron, H.: "Die deutsche Presse - terra incognita" DER JOURNALIST, Nr.2/1954
- Diez, H.: "Das Zeitungswesen", Leipzig-Berlin 1910
- Dovifat, E.: "Zeitungswesen I", Leipzig 1939, Sammlung Götschen Nr. 1039
- Dovifat, E.: "Die deutsche Zeitung 1953/54. In: Die deutsche Presse 1954", Berlin 1954, S. 45 ff.
- Dovifat, E.: "Deutsche Zeitungstypen seit 1945". Zs: ZEITUNGS-VERLAG, Sondernummer 50-JAHRE-ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2 vom 31.Januar 1953, S. 35 ff.
- Eltzbacher, P.: "Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik", Jena 1918
- Greiser, F.: "Gesamtstatistik der deutschen Presse", In: Die deutsche Presse 1954, Berlin 1954, S. 58 ff.
- Groth, O.: "Die Zeitung", ein System der Zeitungskunde, Bd. IV, Berlin 1930
- Hagemann, W.: "Konkurrenten der Zeitung". Zs: ZEITUNGSVERLAG, Sondernummer 50-JAHRE-ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2 vom 31.1.1953, S. 23 ff
- Hagemann, W.: "Wieviele Zeitungen gibt es in Deutschland?" Zs.: DER JOURNALIST, Heft 8/55
- Hagemann, W.: "Strukturwandlungen der modernen Presse", Zs.: ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG, Sonderheft Nr.8/1954, 51. Jgg. vom 30.4.1954, S.287 ff
- Jaenecke, W.: "Wandlungen im Zeitungswesen / Zwei Jahrzehnte deutscher Presse". Zs: ZEITUNGSVERLAG, Sondernummer 50-JAHRE-ZEITUNGSVERLAG, Nr.1/2 vom 31.1.1953 S.17 ff.
- Jaspers, K.: "Die geistige Situation der Zeit", 6.Aufl., Berlin 1947
- Koestler, A.: "Pfeil ins Blaue", München 1954
- Kulkies, K.: "Die Information der Öffentlichkeit", Zs.: DER JOURNALIST, Heft 6/1953
- v. Mangoldt, H.: "Das Bonner Grundgesetz", Berlin-Frankfurt/M. 1953

- Maurer, B.: "Zur inneren Freiheit der Presse", Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Dissertation, Mainz 1953
- Mayer, J.: "Denkschrift des Präsidenten des Bundesrechnungshofes zur Bundeshaushaltsrechnung", Drucksache 1140 des Deutschen Bundestages/2. Wahlperiode 1953
- Müller-Meiningen jun., E.: "Der Daumen des Staates". Zs.: DER JOURNALIST Nr.5/1955
- Nafziger, R.O. und Jordan, W.: "Die Pressefreiheit in der Bundesrepublik", Zs.: IPI-RUNDSCHAU vom 1.10.1951
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: "Deutschland heute - 8 Jahre danach", Bonn 1953
- Reichel, E.: "Der Sozialismus der Fabier", Heidelberg 1947
- Schmidt, R.: "Zum politischen Streik". Zs.: GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, Januar 1954
- Schulte, M.: "Presse und Regierung in Deutschland", Vortrag auf der Jahresversammlung des Internationalen Presseinstituts in Wien 1954. Zs.: DER JOURNALIST, Nr.7/1954
- Schultze-Pfälzer, G.: "Propaganda, Agitation, Reklame" / Eine Theorie des gesamten Werbewesens, Berlin 1923
- Sodeikat, E.: "Sind Pressestellen notwendig?", München 1953
- Strauß, R.: "Postwar Development of the German Press". Zs.: DEPARTMENT OF STATE BULLETIN of Febr. 23, 1953, DEPARTMENT OF STATE PUBLICATION 4992, S. 294 ff.
- Wirth, U.: "Die möglichen Leistungen der neuzeitlichen Presse im Dienste des Friedens", München 1951

ohne Verfassernennung:

- : The history of the Times, Bd. I-IV, London 1935-1952

Tages- und Wochen-Zeitungen:

- Brepohl, W.: "Vermassung kam ungerufen", RUHR NACHRICHTEN v. 1./2. 10. 1955
- Crone, W.: "Japan kommt ohne Boulevardblätter aus", HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG v. 5./6.11.1955
- Cron, H.: "Nicht mehr das zeitungsreichste Land / Strukturwandel und politisches Relief der deutschen Presse", DEUTSCHE ZEITUNG UND WIRTSCHAFTSZEITUNG vom 29.9.1953
- Deneke, J.F.V.: "Mittler zwischen Volk und Politik / Die Presse im Verhältnis zu den Parteien", DAS PARLAMENT Nr.38 vom 15.1.1954
- d'Ester, K.: "Was bedeutet uns die Heimatzeitung?", DONAU-KURIER vom 29.Mai 1954
- Großer, A.: "Wie ein Ausländer unsere Presse beurteilt / Eine kritische Studie", DAS PARLAMENT, Nr.35 vom 15.9.1954

Heine, E.: "Socialistische Presse - gestern und heute", NEUER
VORWÄRTS, Jubiläumsausgabe "75 Jahre VORWÄRTS" vom
1.10.1951

Müller-Meinungen jun., E.: "Die Presse ist an allem schuld"
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15./16.5.1954

Naumann, J.: "Öffentliche Meinung und kirchliche Presse",
DEUTSCHE TAGESPOST vom 6.10.1954

Stern-Rubarth, E.: "Kein Leben ohne Zeitungen", STUTTGARTER
ZEITUNG vom 29.4.1955

Trautmann, E.: "Das Recht auf Information", ECHO DER ZEIT vom
5.9.1954

ohne Verfassernennung:

- : "Lesermehrheit will unabhängige Blätter", RHEIN-NECKAR-ZEITUNG
vom 27.4.1951
- : "Goldene Bäume im Blätterwald", FORTSCHRITT vom 20.10.1951
- : "Zeitung behauptet sich gegen Fernsehen", HESSISCHE NACH-
RICHTEN, Kassel, vom 21.11.1951
- : "Der eigene Betrieb als Grundlage der Unabhängigkeit",
NEUE WÜRTEMBERGISCHE ZEITUNG vom 15.8.1952, Sonderbeilage
S.1
- : "Parteien und Presse", RHEIN-NECKAR-ZEITUNG vom 29.10.1952
- : "Der Bildleser", CHRIST UND WELT vom 10.12.1953
- : "Krise der guten Zeitung - Krise des Lesers", SONNTAGSBLATT
vom 7.11.1954

Handbücher und Zeitschriften:

Gabler-Mitteilungen: "Entwicklung der deutschen Tagespresse",
Mitteilung 2 - München 1955

Handbuch der deutschen Tagespresse von 1932, herausgegeben vom
Deutschen Institut für Zeitungskunde

DER JOURNALIST, Jahrgänge 1950 - 1955

Der Leitfaden für Presse und Werbung, Essen 1952, 1953, 1954,
1955, 1956

Lizenzhandbuch Deutscher Verleger, Berlin 1949

ZEITUNGSVERLAG (bzw. ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG)
Jahrgänge 1950 - 1955

Lebenslauf

Am 15. April 1927 wurde ich, Franz Mannhart, in Waldmünchen im Bayerischen Wald als Sohn des Franz Mannhart und seiner Ehefrau Emma, geb. Riederer, geboren.

Nach fünfjähriger Volksschulzeit trat ich in die Oberschule über, die ich jedoch im Sommer 1944 - da ich zum RAD und anschliessend zum Wehrdienst einberufen wurde - ohne Abschluss verlassen musste, nachdem ich bereits seit Februar 1943 während der Schulzeit bei der Flak im Luftraum München als Luftwaffenhelfer im Kampfeinsatz stand.

Im Mai 1945 wurde ich durch die US-Streitkräfte gefangen genommen und anschliessend 5 Monate in Polizeihaft interniert. Nach meiner Entlassung sicherte ich über einen längeren Zeitraum von mehreren Monaten hinweg meinen Lebensunterhalt durch Notstandsarbeiten, landwirtschaftliche und kunstgewerbliche Tätigkeit.

Von Februar bis Juli 1947 besuchte ich den Dolmetscherkurs für Englisch an der Bayerischen Dolmetscherschule in Regensburg, den ich mit der Diplomprüfung abschloss. Im Herbst 1947 - nach 3-monatiger Tätigkeit als Sprachlehrer für Englisch - trat ich erneut in die achte Klasse Oberschule ein und schloss meine Schulausbildung im Juli 1948 an der Oberrealschule in Cham/Opf. mit dem Abitur ab.

Mein Studium absolvierte ich an folgenden Hochschulen: Phil. theol. Hochschule Regensburg, Universität München und Universität Bonn (Studienfächer: Zeitungswissenschaft, Geschichte, Philosophie, Anglistik, Germanistik).

Der Beginn meines Studiums im Herbst 1948 war zugleich der Beginn meiner beruflichen Tätigkeit, da ich seit dieser Zeit als Lokalreporter für die MITTELBAYERISCHE ZEITUNG, Regensburg, arbeitete. Der Verdienst aus dieser Tätigkeit ermöglichte mir die Finanzierung meiner ersten Studiensemester. - In den folgenden Jahren hatte ich bereits kleinere Erfolge als freier Mitarbeiter angesehener Zeitungen (u.a. FRANKFURTER ALLGEMEINE, WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE, RHEIN-RUHR-ZEITUNG, MÜNCHNER ALLGEMEINE). Im Jahre 1952 wurde ich als Sachbearbeiter für die deutsche Tagespresse und Presseauswertung in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung übernommen, nachdem ich bereits vorher

in diesem Amt als Werkstudent tätig war. Im Jahre 1956 war ich als Redakteur in der 'Redaktion Morgenbericht' des Amtes tätig, bis ich im Dezember 1956 die Position des stellvertretenden Leiters des Pressearchivs und der Bibliothek des Amtes übernahm.

Vom März 1955 bis Oktober 1956 besuchte ich die Werbefachschule Bonn (Abendkurs), die ich mit der Abschlussprüfung beendete. - Durch meinen starken und relativ frühen beruflichen Einsatz zog sich die Ausarbeitung meiner Dissertation über einen längeren Zeitraum hin. Am 19.12.1957 unterzog ich mich an der Maximilian-Universität München der mündlichen Prüfung.

Seit 4. August 1951 bin ich mit Karin Irmgard Pillmeier verheiratet.

